

Jahresbericht



'05



Deutsches Institut für Urbanistik

Impressum

Jahresbericht 2005
Deutsches Institut für Urbanistik, Difu

Redaktion

Cornelia Schmidt
Sybille Wenke-Thiem (verantwortlich)

DTP

Christina Blödorn

Gestaltung Außentitel

Elke Postler
Eva Hernández

Druck

Difu-Kopierstelle

Bestellung

Deutsches Institut für Urbanistik
– Pressestelle –
Straße des 17. Juni 112
D-10623 Berlin
Telefon: (030) 39001-208/209
Telefax: (030) 39001-130
E-Mail: presse@difu.de
Internet: www.difu.de

Inhalt

Bericht des Institutsleiters für das Jahr 2005	11
Aktivitäten der Institutsleitung	19
Redaktion	23
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	31
Arbeitsbereich Stadtentwicklung und Recht	
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	37
1. Abgeschlossene Projekte	39
1.1 Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit	39
1.2 Gender Mainstreaming im Städtebau	40
1.3 Bundestransferstelle Soziale Stadt (Baustein I)	41
1.4 Aktuelle Konzepte und Maßnahmen der städtischen Freiraumentwicklung	42
2. Laufende Projekte	43
2.1 Entscheidungshilfen zum novellierten Städtebaurecht	43
2.2 Monitoring und Bauleitplanung	43
2.3 Bauleitplanung & Internet – Zur Umsetzung der neuen Regelungen des § 4a Abs. 4 BauGB in der kommunalen Planungspraxis	44
2.4 Bundestransferstelle Soziale Stadt (Baustein II und Baustein III)	44
2.5 Arbeitsgruppe Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung	45
2.6 Forschungsverbund „Stadt 2030“	46
2.7 Zuwanderer in der Stadt	47
2.8 Raum – Gebiet – Lebenswelt? Chancen und Restriktionen gebietsbezogenen kommunalen Verwaltungshandelns	48
3. Projektvorbereitende Arbeiten	48
3.1 Bauleitplanung und europäisches Immissionsschutzrecht	48
3.2 Friedhofsentwicklung	48
4. Andere Aktivitäten (Auswahl)	49
5. Veröffentlichungen	52
5.1 Difu-Publikationen	52
5.2 Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen	54

Arbeitsbereich Wirtschaft und Finanzen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	57
1. Abgeschlossene Projekte	59
1.1 Umfrage zum Stadtmarketing in deutschen Städten 2004.....	59
1.2 Stadtmarketing: Fachtagung und Reader	60
1.3 Mobilfunk III	60
1.4 Public Private Partnership Projekte – Eine Bestandsaufnahme in Bund, Ländern und Kommunen.....	61
1.5 Zur fiskalischen Wirkungsanalyse von unbebauten und bebauten Flächen und deren Nutzungsveränderungen unter besonderer Berücksichtigung von Naturschutzflächen	62
2. Laufende Projekte	63
2.1 Regionale und kommunale Strategien zur Aktivierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenziale einer alternden Gesellschaft.....	63
2.2 Arbeitskreis Metropolregionen.....	64
2.3 Umfrage zum kommunalen E-Government.....	64
3. Projektvorbereitende Arbeiten	65
3.1 Hartz IV	65
3.2 Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen durch E- Government.....	65
3.3 Vom Corporate Citizenship zu strategischen Partnerschaften zwischen Kommunen und Unternehmen.....	66
3.4 Aufbau einer fachspezifischen Wiki-Lösung im Bereich Flächenmanagement und Flächenrecycling	66
3.5 Regional Intellectual Capital Reporting – Development and Application of a Methodology for European Regions (RICARDA)67	
4. Andere Aktivitäten (Auswahl).....	68
5. Veröffentlichungen	70
5.1 Difu-Publikationen.....	70
5.2 Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen	71

Arbeitsbereich Umwelt und Verkehr

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	73
1. Abgeschlossene Projekte	75
1.1 Brownfield Redevelopment/Flächenrecycling – Austausch von Erfahrungen und Strategien zwischen US-amerikanischen und deutschen Städten („Site specific Management Approach and Redevelopment Tools – SMART Guidance“)	75
1.2 Handlungsempfehlungen für einen umweltfreundlichen, attraktiven und leistungsfähigen ÖPNV	75
1.3 Kommunalen Erfahrungsaustausch Lärminderungsplanung	76
1.4 Fachtagung Lärminderungs- und Luftreinhalteplanung	76
1.5 Fachtagung Europäischer Nahverkehr	76
1.6 Stellplatzobergrenzenverordnung	77
2. Laufende Projekte	77
2.1 Sozial-ökologische Regulation netzgebundener Infrastruktursysteme (Forschungsverbund netWORKS)	77
2.2 Management und Qualitätssicherung des ÖPNV (TELLUS)	78
2.3 Fahrradportal	78
2.4 Mobilität und Siedlung 2050	79
2.5 Fläche im Kreis – Kreislaufwirtschaft in der städtischen/ stadtrionalen Flächennutzung	80
2.6 Flächenmanagement und Bodensiegelung in Ober-, Mittel- und Unterzentren des Freistaates Sachsen	80
2.7 Bundesaktion „Bürger initiieren Nachhaltigkeit“	81
2.8 The Impact of Demographic Changes on Local and Regional Government	82
2.9 Qualifizierung eines Handlungsrahmens für das Flächenrecycling in der Hansestadt Rostock (Policy Framework)	82
2.10 Luftreinhaltung Verkehr	83
2.11 Erfahrungsaustausch mit AG Nahverkehrsplanung der BAG ÖPNV Aufgabenträger	83
3. Projektvorbereitende Arbeiten	84
3.1 Wirtschaftlichkeit der ÖPNV-Steuerung durch Aufgabenträger und ÖPNV-Unternehmen	84
4. Andere Aktivitäten (Auswahl)	85
5. Veröffentlichungen	87
5.1 Difu-Publikationen	87
5.2 Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen	89
5.3 Projektforen im Internet	89

Abteilung Köln

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	91
1. Abgeschlossene Projekte	93
1.1 Die Denkmaltopographie als Erfassungsinstrument und kulturgeschichtliches Unternehmen	93
1.2 Kommunale Zusammenarbeitsstrukturen zur Berücksichtigung von Umwelt- und Gesundheitsbelangen in Planungsprozessen	93
1.3 10. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten	94
2. Laufende Projekte	95
2.1 EU-Aktivitäten deutscher Städte und Gemeinden	95
2.2 Deutsche Städte und Globalisierung	96
2.3 Städte und Denkmalschutz in Deutschland	97
2.4 Schule und Bildung im Stadtteil	97
2.5 Umgebungslärmrichtlinie: Strategische Lärmkartierung	98
2.6 UmSicht – Internet-Zeitschrift für den kommunalen Umweltschutz	99
2.7 11. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten	100
3. Projektvorbereitende Arbeiten	100
3.1 Aktivitäten von Denkmalpflegegestiftungen in Städten	100
3.2 Die Bedeutung der Wasserrahmenrichtlinie für die Kommunen	100
4. Andere Aktivitäten	101
5. Veröffentlichungen	103
5.1 Difu-Publikationen	103
5.2. Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen	103

Arbeitsbereich Fortbildung

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	105
1. Überblick	107
2. Fortbildungsaktivitäten des Difu	108
2.1 Berlin-Seminare	108
2.2 Vor-Ort- und Regionalseminare, Fachtagungen, Inhouse- Seminare, Difu-Dialoge	108
3. Projektarbeit	110
3.1 Wohnen in der Innenstadt	110
3.2 Zielvorstellungen über das künftige Leistungsspektrum der Berliner Bezirke auf der Grundlage von Infrastrukturdaten	110
3.3 Gemeinsame Difu/DST-Umfrage zum Stand der Verwaltungsmodernisierung	110
3.4 Internetlösung Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg	111
3.5 Nahversorgung in Großstädten – Entwicklungen, Probleme, Handlungsmöglichkeiten	111
3.6 Kommunale Planungspraxis – quo vadis	112
4. Andere Aktivitäten (Auswahl)	113
5. Veröffentlichungen	113
5.1 Veröffentlichungen in Difu-Publikationen	113
5.2. Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen	114

Arbeitsbereich Information und Dokumentation

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	115
1. Zur Situation des Arbeitsbereichs „Information und Dokumentation“	117
2. Datenbankproduktion und -betrieb	117
2.1 Literaturdatenbank ORLIS	117
2.2 Umfragedatenbank <i>kommDEMOS</i>	118
2.2.1 Dateninput	118
2.2.2 Datenbankverwendung	118
3. Informationsdienstleistungen und -produkte	118
3.1 Difu-Internetangebote	118
3.2. Datenbankprodukte und -dienstleistungen	123
3.2.1 Dokumentationen	123
3.2.2 ORLIS-Datenbankprofile	123
3.2.3 Online-Datenbanken im Difu-Extranet und Datenbankrecherchen	124
3.2.4 Europäisches Datenbankportal URBADOC	124
3.2.5 Difu-Datenbanken auf IRBdirekt	125
3.3 Profildienste	125
4. Kooperationen	125
5. Servicefunktionen innerhalb des Difu	126
5.1 EDV-Planung, -Beratung und -Betreuung	126
5.2 Bibliothek	127
6. Projekte	128
6.1 Umfrage „Probleme der Stadtentwicklung und Kommunalpolitik 2004“	128
6.2 Kommunalen Wettbewerb „Alkoholprävention vor Ort“	128
6.3 Tagungsbegleitende Informationsdienste auf dem Gebiet der Jugendhilfe	128
6.4 Projekt COMMUN (Promoting Spatial Development by Creating COMmon MINd scapes)	129
7. Weitere Aktivitäten (Auswahl)	129
8. Veröffentlichungen	130
8.1 Difu-Publikationen	130
8.2 Publikationen außerhalb des Difu	131

Anhang

Allgemeine Informationen über das Difu	135
Zuwanderstädte	137
Institutsausschuss	138
Personalstruktur	139
Beschäftigte im Deutschen Institut für Urbanistik 2000/2005 im Vergleich ..	140
Abkürzungsverzeichnis	150

Bericht des Institutsleiters

Aktivitäten der Institutsleitung

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Regina Haschke

Cathrin Kameni

Dr. jur. Rolf-Peter Löhr

Prof. Dr. rer. pol. Heinrich Mäding

Dipl.-Verw.Wiss. Daniel Zwicker

Bericht des Institutsleiters

Aktuelle Themenschwerpunkte

Im zurückliegenden Jahr widmeten Medien und öffentliche Diskussionen städtischen Themen eine bemerkenswerte Aufmerksamkeit. So lenkte etwa die Debatte um überschrittene EU-Grenzwerte für Feinstaub den Blick auf die gesundheitlichen Auswirkungen des Stadtverkehrs. Die Ausschreitungen in zahlreichen französischen Stadtvierteln rückten das Thema der Integrationspolitik auch hierzulande ins Rampenlicht. Und die Bilder über den Abriss von Wohngebäuden im Rahmen des Stadtumbaus Ost führten die räumlichen Folgen des demographischen Wandels einem breiten Publikum vor Augen. Die genannten Themen sind nicht zufällig „bad news“. Sie verweisen auf schwerwiegende Probleme und Herausforderungen für die Stadtpolitik. Und daher ist es ebenso wenig zufällig, dass sie auch Fragestellungen sind, denen sich das Difu in seiner Arbeit widmet, wie ein Blick in den vorliegenden Jahresbericht zeigt. Wo jedoch die Medien Themen oftmals zuspitzen müssen und in der öffentlichen Debatte immer wieder „schnelle“ Lösungsansätze propagiert werden, setzt das Difu auf die systematische Analyse und Aufbereitung von Themenfeldern und lokalen Politikansätzen in der Gesundheitspolitik, der Integrationspolitik oder beim demographischen Wandel.

Kommunale Gesundheitspolitik ist ein Themenfeld, dem sich das Institut in letzter Zeit verstärkt zuwendet. An der Tatsache, dass Gesundheitsfragen in mehreren Arbeitsbereichen des Difu bearbeitet werden, werden die Bezüge dieses Querschnittsthemas etwa zu den Bereichen Umwelt und Planung deutlich:

- Unmittelbar mit der Gesundheitsvorsorge in Zusammenhang standen 2005 eine „Fachtagung zur Lärminderungs- und Luftreinhalteplanung“ sowie der „Kommunale Erfahrungsaustausch Lärminderungsplanung“ (vgl. AB 3, Ziff. 1.3 u. 1.4).
- Kommunale Strategien und Beispiele guter Praxis wurden im Projekt „Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit“ aufgearbeitet (vgl. AB 1, Ziff. 1.1).
- Wie Planungs-, Umwelt- und Gesundheitsressorts besser zusammenarbeiten können, wurde für eine Reihe nordrhein-westfälischer Großstädte im Projekt „Kommunale Zusammenarbeitsstrukturen zur Berücksichtigung von Umwelt- und Gesundheitsbelangen in Planungsprozessen“ ausgelotet (vgl. AB 4, Ziff. 1.3).
- Mit der Arbeitsgruppe „Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung“ organisiert der Verein für Kommunalwissenschaften e.V. seit 2002 einen interdisziplinären und programmübergreifenden Austausch im Bereich kommunaler Gesundheitspolitik (vgl. AB 1, Ziff. 2.5).
- Schließlich betreut das Difu erneut im Auftrag der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung 2005/2006 den inzwischen dritten Wettbewerb zur Kommunalen Suchtprävention und trägt damit zur Publizität der vielerorts entwickelten Ideenvielfalt städtischer Gesundheitsförderung bei (vgl. AB 7, Ziff. 6.2).

Schon seit vielen Jahren stehen Fragen der Integrationspolitik auf der Forschungsagenda des Difu. Dies verdeutlichen einige aktuelle Aktivitäten in diesem Themenfeld:

- Innerhalb des Forschungsverbunds „Zuwanderer in der Stadt“ untersuchte das Difu auf Grundlage zahlreicher Fallstudien das Potenzial der ethnischen Ökonomien für die sozialräumliche Integration (vgl. AB 1, Ziff. 2.7).
- Ergebnisse der Expertise und weitere Beiträge standen im Mittelpunkt des Seminars „Migrantinnenunternehmen und lokale wirtschaftliche Entwicklung“.

- Das Zusammenleben mit unterschiedlichen ethnischen Gruppen im Stadtteil ist ein wichtiges Handlungsfeld der „Sozialen Stadt“. Im Rahmen seiner Rolle als Bundestransferstelle dieses Programms konnte das Difu im vergangenen Jahr seine Informations- und Vernetzungsdienstleistungen fortsetzen (vgl. AB 1, Ziff. 1.3).

Kaum ein Themenfeld macht z. Zt. so Karriere in der kommunalen Aufmerksamkeit wie die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Kommunen und die Entwicklung von Handlungsansätzen. Das Difu beschäftigt sich seit dem Jahr 2000 nicht nur in Dutzenden von Vorträgen des Institutsleiters mit diesen Fragen, sondern auch in empirischen Projekten, die neues Wissen in Umfragen generieren, oder in Veranstaltungen:

- Das Projekt „Kommunale Planungspraxis – quo vadis“ ermittelte erstmals auf einer breiten empirischen Grundlage die Anforderungen für den planerischen Umgang mit Stadtumbau und -rückbau (vgl. AB 5, Ziff. 3.6).
- Das viel beachtete Projekt „Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance?“ verdeutlicht mit seinen empirischen Erhebungen, dass das neue Interesse am Wohnen in der Stadt und insbesondere der Innenstadt auf einer grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen, ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen beruht. Die Voraussetzungen, das politische und planerische Ziel „Neues Wohnen in der Innenstadt“ zu fördern, scheinen so günstig wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Es ist zu erwarten, dass die begonnene Debatte über eine „Rückkehr in die Städte“ in den Kommunen wie in der Wissenschaft verstärkt fortgeführt wird (vgl. AB 5, Ziff. 3.1).
- Neben Difu-Seminaren widmeten sich eine ganze Reihe von Veranstaltungen am Difu Fragen des demographischen Wandels, so etwa im November ein gemeinsamer Workshop von DST und Difu „Demographischer Wandel – Auswirkungen und Herausforderungen für die Stadtpolitik“ und im Dezember, in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung, die Veranstaltung „Stadtstruktur und demographischer Wandel“.

Neben solchen Themenfeldern, die in gewisser Korrespondenz zu aktuellen öffentlichen Diskussionen stehen, bleibt das Institut in seiner Analysefunktion natürlich auch weiterhin solchen Fragen auf der Spur, die mehr unter der Oberfläche, aber nicht minder wirksam kommunales Handeln schon heute und vermehrt in der Zukunft bestimmen werden, etwa dem Einfluss der Globalisierung auf die Stadtentwicklung oder dem Einfluss der Europäischen Union auf die kommunalen Handlungsspielräume.

Leistungsüberblick

- In den Arbeitsbereichen des Instituts wurden 2005 25 Projekte abgeschlossen, weitere 33 waren zum Jahreswechsel in Arbeit.
- Außergewöhnlich positive Zahlen weisen die Veröffentlichungsaktivitäten des Instituts auf: Mit 50 Titeln wurde 2005 rechnerisch beinahe jede Woche eine neue Publikation fertig gestellt. In den Difu-Reihen der Difu-Beiträge zur Stadtforschung, der Difu-Materialien, der Aktuellen Informationen und Arbeitshilfen erschienen 28 Titel. Daneben stehen 22 Sonderveröffentlichungen, im Wesentlichen innerhalb von Projektreihen wie „Soziale Stadt“ oder dem Projektverbund „netWORKs“ (Vorjahr: 13). Die beiden vom Institut herausgegebenen Zeitschriften „Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK)“ sowie „Informationen zur modernen Stadtgeschichte IMS“ weisen steigende Abonnentenzahlen und eine Zunahme bei den Einzelbestellungen auf.

- Die Fortbildungsaktivitäten des Instituts umfassten 31 Veranstaltungen (Vorjahr: 28). Darunter fallen sowohl die etablierten Berlin-Seminare für Kommunalverwaltungen zu einem breiten Themenspektrum, die eher wissenschaftlich ausgerichteten Fachtagungen, als auch Inhouse-Veranstaltungen bei einzelnen Zuwanderstädten.
- Die Basis und Verbreitung des kommunalwissenschaftlichen Informationsangebotes konnte im vergangenen Jahr durch nationale und internationale Kooperationen gesteigert werden. Eine zentrale Rolle, sowohl im Hinblick auf exklusive Dienstleistungen für Zuwanderstädte (Extranet), als auch für generelle und projektspezifische Informationen, nimmt mittlerweile das Internet ein: Zum Jahresende 2005 umfasste das Internetangebot des Difu rund 12 500 Seiten auf 15 Domänen und Subdomänen – bei weiterhin steigenden Abrufzahlen.

Bundesinteresse an kommunalwissenschaftlicher Forschung

Das Engagement des Bundes bei der institutionellen Förderung und der Vergabe von kommunalrelevanten Projekten an das Difu unterstützt dessen Arbeit für die Städte. So erfährt das Difu im Interesse der Städte eine begrüßenswerte Verstärkung durch Aufträge verschiedener Bundesressorts und nachgeordneter Einrichtungen (BBR, UBA, BfN). Erfreulich ist vor allem die damit eröffnete Chance einer Vergrößerung der thematischen Vielfalt, was die Inhalte der Projekte am Institut betrifft. Darüber hinaus profitieren die jeweils an den Projekten teilnehmenden Fallstudienstädte in erkennbarem Maße von Projekten wie etwa „Stadt 2030“ oder „Soziale Stadt“ und anderen Projekten, bei denen der Bund Auftraggeber ist.

Im Anschluss an diesen Bericht informiert eine gesonderte Aufstellung über die Projekte, die im Geschäftsbereich des BMVBS von unmittelbarem Bundesinteresse sind und gleichzeitig hohe Kommunalrelevanz haben.

Wissenschaftlicher Diskurs

Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Instituts sind über ihre Publikations- und Vortragstätigkeiten in vielfacher Weise in die jeweiligen wissenschaftlichen Fachdiskurse eingebunden. Exemplarisch genannt werden der Erfahrungsaustausch zwischen den neun großen außeruniversitären raumwissenschaftlichen Instituten (9R-Institute), die im Jahre 2005 unter anderem einen Workshop zum „Demographischen Wandel“ im Ernst-Reuter-Haus veranstalteten sowie das Difu-Engagement in der Urban Policy Working Group von EURO CITIES.

Im Rahmen seiner jeweils im Winterhalbjahr stattfindenden „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ konnte das Institut jeweils auch im Winterhalbjahr 2004/2005 und 2005/2006 zahlreiche Interessierte aus der (kommunal-)politischen Praxis und Wissenschaft bei einer Reihe von Veranstaltungen im Ernst-Reuter-Haus zu aktuellen, vornehmlich eigenen Forschungsaktivitäten, willkommen heißen. Die einzelnen Themen sind im Kapitel 2.2 des Arbeitsbereichs „Fortbildung“ genannt.

Finanzen

Das Haushaltsvolumen des Jahres 2005 liegt mit 0,4 Prozent leicht über dem Ergebnis des Jahres 2004.

Die Zuweisungen des Vereins für Kommunalwissenschaften mussten um 50 000 Euro gekürzt werden. Die Zuwendungen des Bundes und Berlins blieben unverändert.

Die schwierige Haushaltslage der Städte zeichnet sich weiterhin auch bei den Städtezuwendungen an das Institut ab. Es ist ein Rückgang der Zuwendungen von nominal 2,8 Prozent zu verzeichnen. Fünf Städte mit insgesamt 548 000 Einwohnern verließen 2004 für die Zeit ab 2005 den Zuwenderkreis. Erfreulicherweise hat sich dieser Rückgang 2005 für die Zeit ab 2006 halbiert, ja es konnte eine Stadt mit rund 44 000 Einwohnern für 2006 als neuer Zuwender gewonnen werden. Die durch die Zuwenderstädte des Instituts repräsentierte Einwohnerzahl beträgt jetzt rund 23 Millionen. Im Jahre 2006 sind nunmehr 103 Städte und sechs Verbände Zuwender des Difu.

Die folgende Tabelle ermöglicht einen Vergleich der Rechnungsergebnisse der Jahre 2003 – 2005.

(in Euro)	2003		2004		2005	
Städtezuwendungen	1.632.291	23,0%	1.556.477	23,7%	1.512.955	23,0%
Zuwendungen VfK	897.320	12,7%	897.320	13,7%	847.320	12,9%
Kommunale Zuwendungen	2.529.611	35,7%	2.453.797	37,4%	2.360.275	35,9%
Zuwendungen Berlin	687.430	9,7%	677.430	10,3%	677.430	10,3%
Zuwendungen Bund	687.430	9,7%	677.430	10,3%	677.430	10,3%
Staatliche Zuwendungen	1.374.860	19,4%	1.354.860	20,6%	1.354.860	20,6%
Projekteinnahmen	2.817.411	39,7%	2.389.179	36,4%	2.519.414	38,2%
Sonstige marktliche Einnahmen (Veröffentli- chungen, Seminare, Informationsdienste)	367.312	5,2%	368.539	5,6%	357.779	5,3%
Marktliche Einnahmen	3.184.723	44,9%	2.757.718	42,0%	2.877.193	43,5%
Gesamtergebnis	7.089.194	100,0%	6.566.375	100,0%	6.592.328	100,0%

Rückblick und Dank

Ende September 2006 werde ich nach gut vierzehn Jahren als Institutsleiter in den Ruhestand treten. Da dies also der letzte Jahresbericht des Difu unter meiner Verantwortung ist, möchte ich im Folgenden einige Aspekte hervorheben, die Veränderungen aber auch Kontinuitäten der Arbeit des Difu in diesem Zeitraum belegen können.

- *Vielfalt der Projektformen:* Überfliegt man die Projektbeschreibungen der letzten 15 Jahre, so wird deutlich, dass die Bandbreite der Projektformen neben der „klassischen“ wissenschaftlichen Studie am Institut stark zugenommen hat. Zu Beginn der 1990er Jahre nahm die Unterstützung des Aufbaus der Kommunalen Selbstverwaltung in den – damals – „neuen Bundesländern“ in Form von Arbeitshilfen und Vor-Ort-Beratung einen wichtigen Raum ein. Die ostdeutschen Städte sind inzwischen adäquat in den vom Difu organisierten kommunalen Erfahrungsaustausch eingebunden, etwa in den zur Stadterneuerung (vgl. AB 5, Ziff. 2.2), zur Jugendhilfe oder zur Energieeinsparung (vgl. AB 4, Ziff. 1.3). Die Durchführung von Planspielen zur Folgenabschätzung kommunalrelevanter Gesetzesvorhaben (etwa zu Novellierungen des Baugesetzbuchs) ist durch den wiederholten Einsatz dieses Instrumentes in den vergangenen Jahren bereits zu einem Markenzeichen des Instituts geworden. Zugleich konnte das Verfahren auf neue Problemkonstellationen (Ausschreibungen im ÖPNV, vgl. AB 3, Ziff. 2.2; Flächenrecycling, vgl. AB 3, Ziff. 2.5) ausgeweitet werden.

Die inzwischen zahlreichen Fälle einer Betreuung und Forschungsbegleitung von kommunalen Wettbewerben in einer großen Bandbreite von Themen (erinnert sei hier nur an TAT-Orte, Kinder- und familienfreundliche Gemeinde, Stadt 2030, MEDIA@Komm oder Kommunale Suchtprävention) belegen nicht nur die zunehmende Beliebtheit dieses Instruments für die Ideengenerierung und –verbreitung kommunaler Politiken, sondern auch das Vertrauen der verschiedenen Auftraggeber, das dem Difu als einem verlässlichen Akteur an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Kommunen entgegengebracht wird.

- *Neue Vermittlungsformen:* Mit seinem Dreiklang aus Forschung, Fortbildung und Informationsdienstleistungen wies das Difu schon immer eine Vielfalt an Produkten auf. Nicht zuletzt die rasanten Entwicklungen im informationstechnischen Bereich haben die Produktpalette in der letzten Dekade deutlich erweitert. Heute führt das Institut kaum mehr ein größeres Projekt ohne begleitende Workshops, eine eigene Internetpräsenz und zielgruppenspezifisch aufbereitete Printmedien durch. Auch die umfangreichen Informations- und Dokumentationsangebote (z.B. die Literatur- und Umfragedatenbanken ORLIS und *kommDEMOS*) sind nunmehr völlig internetbasiert. Damit konnten auch neue Angebote für unsere Zuwernderstädte entwickelt werden: Ihnen stehen im Difu-Extranet zahlreiche exklusive Informationsangebote zur Verfügung.
- *Europäisierung und Internationalisierung:* Den Blick „über den Tellerrand“ hat das Difu auch zu Beginn der 1990er Jahre hin und wieder gewagt. Heute ist der internationale Vergleich Bestandteil zahlreicher Projekte. Die Auswirkungen der Europäischen Rechtsetzung, etwa im Planungs- und Umweltrecht und im Bereich der Kommunalwirtschaft, gehören zu den drängenden Themen auf lokaler Ebene, denen sich das Difu in vielfacher Weise stellt. Aber auch die „EU-Aktivitäten deutscher Städte und Gemeinden“ haben wir 2005 zum Gegenstand einer (Wiederholungs-)Befragung gemacht. Auch im Hinblick auf die Forschungsfinanzierung nimmt die Bedeutung Europas zu. Ab 2006 ist das Difu erstmals als Koordinator im Forschungsrahmenprogramm der EU tätig.

- *Kommunale Gemeinschaftseinrichtung und Bewährung im Wettbewerb:* Die „kommunale Verfasstheit“ des Difu – auch durch seinen Rechtsträger, den Verein für Kommunalwissenschaften (VfK) e.V. – und seine solidarische Grundfinanzierung durch über hundert Zuwerderstädte sind, auch im internationalen Vergleich, eine Besonderheit des Instituts. Sie sind zugleich eine Verpflichtung für die Ausrichtung der Institutsarbeit in Inhalt und Produktformen an den kommunalen Interessen. Um das Leistungsspektrum des Difu im Interesse seiner Zuwerder auszubauen, ist das Institut in den letzten Jahren stark in der Akquise marktlicher Projektmittel aktiv. Der Anteil der am Markt eingeworbenen Projektmittel hat sich von rund 20 Prozent um 1990 im Schnitt der letzten Jahre mehr als verdoppelt, das Volumen wegen des Haushaltswachstums vervierfacht. Auf diesem Feld hat sich das Institut als außergewöhnlich wettbewerbsfähig erwiesen – immer mit der Maßgabe, durch diese Aktivitäten sein Leistungsspektrum für die Städte zu stabilisieren oder zu erweitern.

Konstant geblieben ist der Anspruch des Difu, den Städten durch wissenschaftlich fundierte Forschung, Fortbildung und Information die Lösung ihrer kommunalen Aufgaben zu erleichtern und darüber hinaus längerfristige Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten für die städtische Entwicklung aufzuzeigen. Im Jubiläumsheft „100 Jahre Deutscher Städtetag: Die Zukunft liegt in den Städten“ der Zeitschrift „Der Städtetag“ (3/2005) habe ich diesen spezifischen Beitrag des Instituts zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland unter dem Titel „Difu leistet unverzichtbare Arbeit für die Kommunen“ skizziert.

Zum Erfolg haben viele Menschen beigetragen: An erster Stelle die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts, die Mitglieder des Institutsausschusses aus Städten, Ministerien und der Wissenschaft, aber auch unsere Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den einzelnen Städten. Ihnen allen möchte ich für Ihr Engagement herzlich danken.

Berlin, 1. März 2006



Heinrich Mäding

Difu-Projekte im unmittelbaren Bundesinteresse

2005 abgeschlossene Projekte:

- Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit
- Gender Mainstreaming im Städtebau
- Bundestransferstelle Soziale Stadt (Baustein I)
- Aktuelle Konzepte und Maßnahmen der städtischen Freiraumentwicklung
- Mobilfunk III – Monitoring zur Umsetzung der Selbstverpflichtung der Mobilfunknetzbetreiber gegenüber der Bundesregierung
- Public Private Partnership Projekte – Eine Bestandsaufnahme in Bund, Ländern und Kommunen
- Wohnen in der Innenstadt
- Zur fiskalischen Wirkungsanalyse von unbebauten und bebauten Flächen und deren Nutzungsveränderungen unter besonderer Berücksichtigung von Naturschutzflächen
- Brownfield Redevelopment/Flächenrecycling – Austausch von Erfahrungen und Strategien zwischen US-amerikanischen und deutschen Städten („Site specific Management Approach and Redevelopment Tools – SMART Guidance“)
- Handlungsempfehlungen für einen umweltfreundlichen, attraktiven und leistungsfähigen ÖPNV
- Kommunaler Erfahrungsaustausch Lärminderungsplanung

Laufende Projekte:

- Entscheidungshilfen zum novellierten Städtebaurecht
- Monitoring und Bauleitplanung
- Bauleitplanung und Internet – Zur Umsetzung der neuen Regelungen des § 4a Abs. 4 BauGB in der kommunalen Planungspraxis
- Bundestransferstelle Soziale Stadt (Baustein II und Baustein III)
- Arbeitsgruppe Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung
- Forschungsverbund „Stadt 2030“
- Zuwanderer in der Stadt
- Raum – Gebiet – Lebenswelt? Chancen und Restriktionen gebietsbezogenen kommunalen Verwaltungshandelns
- Regionale und kommunale Strategien zur Aktivierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenziale einer alternden Gesellschaft
- Management und Qualitätssicherung des ÖPNV (TELLUS)
- Fahrradportal zum Nationalen Radverkehrsplan (2002-2012)
- Mobilität und Siedlung 2050
- Luftreinhaltung Verkehr
- Umgebungslärmrichtlinie: Strategische Lärmkartierung
- Fläche im Kreis – Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung
- Bundesaktion „Bürger initiieren Nachhaltigkeit“
- Städte und Denkmalschutz in Deutschland
- Kommunaler Wettbewerb „Alkoholprävention vor Ort“ der BZgA

Aktivitäten 2005

Prof. Dr. Heinrich Mäding (Institutsleiter)

- ständiger Gast in DST-Gremien
 - ▲ Konferenz der Oberbürgermeister der Kreisfreien Städte der neuen Bundesländer
 - ▲ Hauptausschuss
 - ▲ Finanzausschuss
 - ▲ Umweltausschuss
- Akademie für Raumforschung und Landesplanung
 - ▲ Vizepräsident
 - ▲ Ordentliches Mitglied
 - ▲ Landesarbeitsgemeinschaft Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern
 - ▲ Arbeitskreis „Metropolregionen“
 - ▲ Ad hoc-Arbeitskreis „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“
- Mitherausgeber
 - ▲ Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften
 - ▲ European Journal of Spatial Development
- Mitglied
 - ▲ URBANDATA Association (Präsident)
 - ▲ Expertenkommission „Demographischer Wandel“ der Staatskanzlei des Freistaates Sachsen
 - ▲ Kompetenzzentrum Stadt und Region in Berlin-Brandenburg (Sprecher)
 - ▲ Kuratorium des Kommunalwissenschaftlichen Instituts der Universität Potsdam (Sprecher)
 - ▲ Beirat des Kompetenzzentrums „Revitalisierender Städtebau“ der TU Dresden in Görlitz
 - ▲ Jury des Wettbewerbs „Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ des Bundeskanzleramtes (Vorsitz)
 - ▲ Jury des Programms „REFINA“ des BMBF
 - ▲ Normprüfungskommission des Landes Berlin (bis 1.3.2005)

Veröffentlichungen 2005

Prof. Dr. Heinrich Mäding

Heinrich Mäding, Öffentliche Haushalte zwischen demokratischer Steuerung und administrativer Effizienz, in: Blanke, B. u. a. (Hrsg.), Handbuch zur Verwaltungsreform, 3. Aufl., Wiesbaden 2005, S. 341–351.

Heinrich Mäding, Stadtforschung, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover 2005, S. 1071–1079.

Ingo Einacker/Heinrich Mäding, Kräfte und Akteure in der Zwischenstadt, in: Bölling, L./Sieverts, Th. (Hrsg.), Mitten am Rand. Auf dem Weg von der Vorstadt über die Zwischenstadt zur regionalen Stadtlandschaft (Zwischenstadt Bd. 1), Wuppertal 2004, S. 186–189.

Heinrich Mäding, Demographischer Wandel in Großstadtregionen – Einführung des Moderators, in: Strubelt, W./Zimmermann, H. (Hrsg.), Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir? Gemeinsamer Kongress 2004 von ARL und BBR, FoSiB Nr. 225, Hannover 2005, S. 79–81.

Heinrich Mäding, Statement „Demographischer Wandel und Kommunalfinanzen“, Enquete-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderung an die Landespolitik“, 13. Landtag von Baden-Württemberg, Öffentliche Anhörung VI am 9.5.05, Wortprotokoll, S. 78–88.

Heinrich Mäding, Gleichwertige Lebensverhältnisse, FAZ 3.6.2005.

Michael Bretschneider/Heinrich Mäding u.a., Der Aufbau Ost als Gegenstand der Forschung, Untersuchungsergebnisse seit 1990, in: Difu-Materialien 4/2005, Berlin 2005.

Heinrich Mäding, Difu leistet unverzichtbare Arbeit für die Kommunen, in: Der Städtetag (2005) 3, S. 27/28.

Klaus Brake/Ingo Einacker/Heinrich Mäding, Kräfte, Prozesse und Akteure – zur Empirie der Zwischenstadt (Zwischenstadt Bd. 3), Wuppertal 2005.

Ingo Einacker/Heinrich Mäding, Kräfte im Suburbanisierungsprozess, in: Brake, K./Einacker, I./Mäding, H. (Zwischenstadt Bd. 3), Wuppertal 2005, S. 69–101.

Ingo Einacker/Heinrich Mäding, Akteure und ihre Räume in der Rhein-Main-Region, in: Brake, K./Einacker, I./Mäding, H. (Zwischenstadt Bd. 3), Wuppertal 2005, S. 102–127.

Klaus Brake/Heinrich Mäding u.a., Gespräch über Botschaften, Implikationen und Erkenntnisse des vorliegenden Kolleg-Beitrags, in: Brake, K./Einacker, I./Mäding, H. (Zwischenstadt Bd. 3), Wuppertal 2005, S. 128–137.

Klaus Borchard/Heinrich Mäding/Horst Zimmermann, Gleichwertige Lebensverhältnisse (Diskussionspapier des Präsidiums der ARL), ARL-Nachrichten 2/2005, S. 1–3.

Heinrich Mäding, Die kommunale Selbstverwaltung, in: Dienel, P. (Hrsg.), Die Befreiung der Politik, Wiesbaden 2005, S. 14–17.

Heinrich Mäding, Schrumpfen ist keine Schande, Frankfurter Rundschau 10.8.2005.

Heinrich Mäding, Standpunkt: Schrumpfen ist keine Schande!, in: Difu-Berichte 3/2005, S. 2/3.

Heinrich Mäding, Kommunale Investitionen – vor einer Neueinschätzung?, in: Saarländische Kommunalzeitschrift, 55. Jg. (2005), H. 10, S. 246–256.

Aktivitäten 2005

Dr. Rolf-Peter Lühr (Stellvertretender Institutsleiter)

- Projektleitung
 - ▲ Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit, Forschungsprojekt im Auftrag des Umweltbundesamtes
- Mitgliedschaften
 - ▲ Bau- und Verkehrsausschuss des Deutschen Städtetages (ständiger Gast)
 - ▲ Wissenschaftlicher Beirat bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit
 - ▲ Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesverband Deutscher Gartenfreunde
 - ▲ Forum gegen Rassismus beim Bundesministerium des Innern
 - ▲ Kuratorium des Deutschen Volksheimstättenwerkes e.V., Bundesverband für Wohneigentum, Wohnungsbau und Stadtentwicklung (vhw)
 - ▲ Gesprächskreis Wohnungswirtschaft und Stadtentwicklung des GdW, Bundesverband Deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V.
- Mitwirkung
 - ▲ Jour Fixe zur Sozialen Stadt beim Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
 - ▲ Beirat der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V.
 - ▲ Arbeitsgruppe Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung beim Verein für Kommunalwissenschaften e.V.
- Ehrenämter
 - ▲ Oberer Umlegungsausschuss des Landes Brandenburg (Vorsitz)
 - ▲ Stiftungsbeirat der Zentral- und Landesbibliothek Berlin (Mitglied)

Veröffentlichungen

Dr. Rolf-Peter Löhr

Rolf-Peter Löhr, in: Ulrich Battis/Michael Krautzberger/Rolf-Peter Löhr, Baugesetzbuch, Kommentar, 9. Aufl. 2005.

Rolf-Peter Löhr/Helene Luig-Arlt, Soziale Stadt, Gesundheitsförderung und Umweltschutz, in: Rainer Fehr/Hermann Neus/Ursel Heudorf, Gesundheit und Umwelt – ökologische Prävention und Gesundheitsförderung, 2005, S. 62–76.

Rolf-Peter Löhr/Martin Anderle, Fachplanungen und ihre Bedeutung für den Gesundheits- und Umweltschutz, in: Rainer Fehr/Hermann Neus/Ursel Heudorf, Gesundheit und Umwelt – ökologische Prävention und Gesundheitsförderung, S. 279–294.

Heidede Becker/Rolf-Peter Löhr, Socially Integrative City Strategies in Germany – Experience and Prospects, in: Peter Herrle/Uwe-Jens Walther, Socially Inclusive Cities, 2005, S. 241–272.

Rolf-Peter Löhr, Schlechte Zeiten, gute Beispiele, in: SOZIALwirtschaft aktuell, Heft 8/2005, S. 3 f.

Rolf-Peter Löhr, Stadtumbau – Abriss und Aufwertung, in: Der Fachberater Heft 1/2005, S. 6 f.

Rolf-Peter Löhr, Artikel „Baugesetzbuch“ und „Stadterneuerung“, in: Dieter Kreft, Ingrid Mielenz (Hrsg.), Wörterbuch Soziale Arbeit, Aufgaben, Praxisfelder, Begriffe und Methoden der Sozialarbeit und Sozialpädagogik, 5. Aufl. 2005, S. 130–133, 914–917.

Rolf-Peter Löhr/Thorsten Wiechmann, Artikel „Flächenmanagement“, in: Handwörterbuch der Raumordnung, 4. Aufl. 2005, S. 315–322.

Redaktion

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Klaus-Dieter Beißwenger (Staatsexamen Germanistik, Geschichte)

Christina Blödorn

Dipl.-Pol. Patrick Diekelmann

Dipl.-Pol. Beate Hoerkens

Sylvia Koenig-Venker

Angelika Meller

1. Rückblick auf das Jahr 2005

Das Jahr 2005 war gekennzeichnet durch eine überdurchschnittlich große Zahl von Veröffentlichungen des Instituts und – auch infolge dessen – eine hohe Zahl insgesamt abgesetzter Exemplare. Anders als im Vorjahr dominierten klassische Difu-Publikationen gegenüber Sonderveröffentlichungen – sicherlich auch bewirkt durch den Abschluss von Großprojekten. Kontinuierlich wachsende Bedeutung haben im Übrigen Online-Publikationen, sei es zusätzlich zur jeweiligen Printversion, sei es als reines Internet-Produkt.

Der Arbeitsbereich „Veröffentlichungen“ wurde zum 1. April 2005 mit dem Ausscheiden der langjährigen Koordinatorin in den Ruhestand als eigenständiger Arbeitsbereich formal aufgelöst und als Stabsstelle „Redaktion“ dem Institutsleiter direkt zugeordnet.

Nachfolgend werden die beiden Veröffentlichungsbereiche näher beleuchtet und einige besonders beachtete Produkte vorgestellt.

a) Der klassische Bereich

- Im so genannten klassischen Bereich, vor allem den etablierten Difu-Reihen, verdoppelte sich die Zahl der Veröffentlichungen gegenüber dem Vorjahr beinahe: von 15 auf 28. Besondere Aufmerksamkeit in Fachöffentlichkeit und Presse erregte die Studie „Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance?“, die in der Reihe „Difu-Beiträge zur Stadtforschung“ erschien. Besonders stark nachgefragt waren auch die beiden Difu-Arbeitshilfen „Umweltprüfung in der Bauleitplanung“ und „Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch“. Insgesamt elf Bände aus der Reihe „Difu-Materialien“ boten thematisch einen Querschnitt aktuell relevanter kommunaler Themen: vom Vergaberecht über Flächenrecycling, interkommunale Kooperation, integrative Stadtteilentwicklung bis zu einer Bestandsaufnahme der Verwaltungsmodernisierung.
- Neue Leserinnen und Leser konnten die beiden Zeitschriften, die „Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK)“ sowie die „Informationen zur modernen Stadtgeschichte (IMS)“ gewinnen – auf dem bekanntermaßen schwierigen Markt der wissenschaftlichen Zeitschriften keine Selbstverständlichkeit. Die IMS hatte im Dezember 2005 853 zahlende Abonnenten (Vorjahr: 807), die DfK 305 (Vorjahr 251). Hinzu kommen bei Letzterer 209 Freiabonnements, insbesondere für die Difu-Zuwanderstädte. Das Konzept des Schwerpunktheftes hat sich bei der DfK bewährt; die Schwerpunktausgaben werden je nach Themenattraktivität und -aktualität unterschiedlich häufig auch als Einzelhefte erworben. Im Jahr 2005 wurde insbesondere der Band „Demographischer Wandel in Kommunen“ so stark nachgefragt, dass bereits nach kurzer Zeit ein Nachdruck erschien. Auch die Zahl der Zugriffe auf die Internetfassungen der DfK ist gestiegen: Auf die deutschsprachige Version (Zusammenfassungen) gab es 65 204 Zugriffe (2004: 46 949), auf die englischsprachige Volltextfassung 131 866 Zugriffe (2004: 65 149).

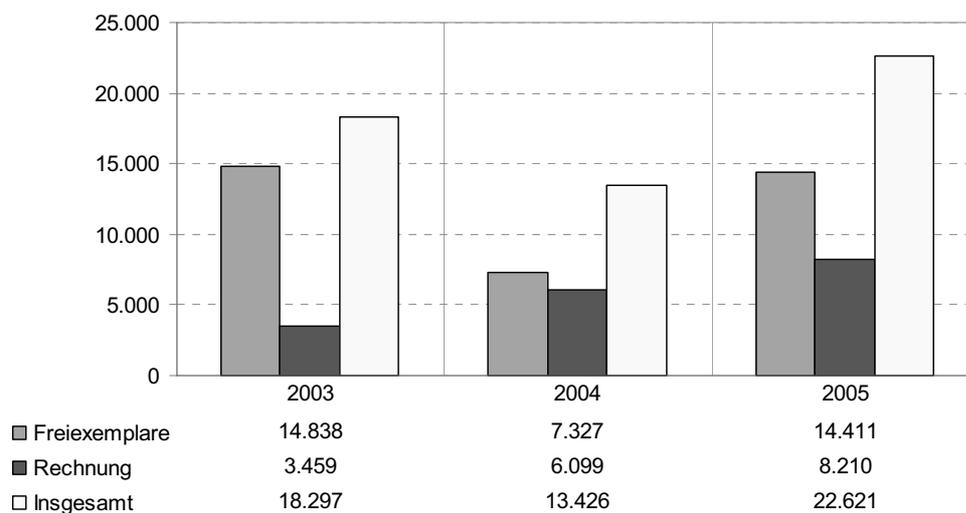
b) Sonderveröffentlichungen

- Unter den insgesamt 22 Sonderveröffentlichungen des Jahres 2005 (Vorjahr: 13) verdienen die beiden ersten Abschlussbände aus dem Forschungsverbund „Stadt 2030“ besondere Erwähnung: „Integration und Ausgrenzung in der Stadtgesellschaft“ und „Perspektiven der Regionalisierung“. Im Jahr 2006 folgen drei weitere Bände, die die Ergebnisse dieses Großprojekts dokumentieren und zusammenfassen. Alle Bände erscheinen im VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden.
- Insgesamt zehn „netWORKS-Papers“ wurden vom Forschungsverbund netWORKS veröffentlicht, der aktuelle Veränderungen in den netzgebundenen Infrastrukturbereichen der Ver- und Entsorgung untersucht und Vorschläge zur Gestaltung dieser Bereiche im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung unterbreitet.
- Auf starke Nachfrage und großes Interesse stieß eine weitere Sonderveröffentlichung, die im Auftrag der „PPP Task Force“ im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen entstand: „Public Private Partnership Projekte“. Darin wird eine Bestandsaufnahme öffentlich-privater Partnerschaften in Bund, Ländern und Kommunen vorgenommen.

2. Der Absatz von Veröffentlichungen im Jahresvergleich

Mit der großen Zahl von insgesamt 50 Veröffentlichungen stieg im Jahr 2005 auch die Zahl der abgesetzten Exemplare auf einen überdurchschnittlich hohen Stand. Die Anzahl der Freixemplare war ähnlich hoch wie im Jahr 2003, in dem 48 Publikationen erschienen waren (2004 waren es 28 Neuerscheinungen gewesen). Erfreulicherweise ist jedoch die Anzahl der auf Rechnung abgesetzten Exemplare nicht auf dem niedrigen Niveau des „Referenzjahres“ 2003 geblieben, sondern hat sich mehr als verdoppelt.

Abgesetzte Veröffentlichungen im Jahresvergleich



Durch die große Zahl der gegen Rechnung abgesetzten Exemplare stiegen die Gesamteinnahmen im Jahr 2005 auf rund 114 000 Euro – etwa 38 000 Euro mehr als im Jahr 2004. In diesem Betrag sind wie üblich auch Einnahmen, die vom Arbeitsbereich „Information und Dokumentation“ durch die Lieferung von Daten an andere Institutionen erzielt wurden, enthalten.

3. Veröffentlichungen im Jahr 2005

a) Die „klassischen“ Difu-Publikationen

Titel	Autor(en)/Hrsg.	Auflage	Umfang/S.
Difu-Beiträge zur Stadtforschung			
Bd. 40 Verkehrssystem und Raumstruktur Neue Rahmenbedingungen für Effizienz und Nachhaltigkeit	Lehmbrock/Bracher/ Eichmann/Kühn/ Preuß	630	408
Bd. 41 Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance?	Brüh/Echter/Frölich- v. Bodelschwingh/ Jekel	760	336
Arbeitshilfen			
Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch (2. Auflage)	Strunz/Wallraven-Lindl	1040	170
Umweltprüfung in der Bauleitplanung	Bunzel	1210	160
Materialien			
1/2005 Gestaltungsoptionen öffentlicher Auftraggeber unter dem Blickwinkel des Vergaberechts	Tomerius	410	78
2/2005 Flächenrecycling – Risikobewertung und Risikokommunikation	Preuß/Barczewski/Schrenk/ Weber	400	162
3/2005 Interkommunale Kooperation in der Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik	Hollbach-Grömig/Floeting/ v. Kodolitsch/Sander/Siener	430	178
4/2005 Der Aufbau Ost als Gegenstand der Forschung Untersuchungsergebnisse seit 1990	Bretschneider/Henckel/ Mädling/Reidenbach/ Sander/Zwicker	400	178
5/2005 Hauptprobleme der Stadtentwicklung und Kommunalpolitik 2004	Bretschneider	350	102
6/2005 Verwaltungsmodernisierung in deutschen Kom- munalverwaltungen – Eine Bestandsaufnahme	Knipp/Fogt/Frischmuth/ Frölich-von Bodelschwingh/ Grömig/v. Kodolitsch/ Seidel-Schulze	500	180
7/2005 Kommunale Abfallwirtschaft – Marktöffnung und sichere Entsorgung	Huter/Kühn	350	134
8/2005 Management gebietsbezogener integrativer Stadtteilentwicklung	Franke/Strauss	400	94

Veröffentlichungen

Titel	Autor(en)/Hrsg.	Auflage	Umfang/S.
9/2005 Soziale Aspekte des Flächenrecyclings in den Städten	Preuß/Barczewski/Schrenk/ Weber	350	262
10/2005 Nachhaltige Wiedernutzung und Revitalisierung von Brachflächen	Preuß/Barczewski/Schrenk/ Weber	350	198
11/2005 Die Beteiligung an kommunalen Bürgerumfragen 1970–2004	Bretschneider	350	60
Umweltberatung für Kommunen (UfK)			
UfK 38 Wirtschaftlichkeit durch Energiemanagement	Rösler	400	218
UfK 39 Informationspool für kommunale Energiebeauftragte	Rösler	350	296
Aktuelle Information			
Interkommunale Kooperation in der Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik	Hollbach-Grömig/Floeting	500	16
Stadtmarketing – Bestandsaufnahme und Entwicklungstrends	Hollbach-Grömig/Grabow/ Jekel	1300	16
Von „Tante Emma“ zu „Onkel Ali“ – Entwicklung der Migrantenökonomie in den Stadtquartieren deutscher Großstädte	Floeting/Reimann/Schuleri- Hartje	500	20
Kommunale Umwelt gesundheitsfördernd gestalten – Praxis der Lokalen Agenda 21	Böhme/Reimann/ Schuleri-Hartje	500	16
Dokumentationen			
Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung H. 1, Juli 2005 H. 2, Dezember 2005	Bretschneider/Fuchs		
Kommunalwissenschaftliche Dissertationen	Walter/Gräber		

Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK)

Nach der Absatzstatistik hatte die DfK im Dezember 2005 305 zahlende Abonnement-Bezieher. Zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahrs waren es 251. Hinzu kommen 209 Freiabonnements. Im Einzelbezug erzielten die Schwerpunktheft unterschiedliche Absatzzahlen. Mit Stand 15.1.2006 wurden von Heft 1/2005 (Schwerpunkt „Kommunale Wirtschaftspolitik“) 215 Exemplare abgesetzt (142 gegen Rechnung und 73 Freixemplare). Daten zu Heft 2/2005 (Schwerpunkt „Europa und die deutschen Städte“) sind nicht einbezogen, da das Heft erst in 2006 erschienen ist.

Informationen zur modernen Stadtgeschichte (IMS)

Veröffentlichungen

Die Zahl der Abonnenten betrug zum Jahresende 2005 853 (im Vorjahr 807), davon wurden 506 (im Vorjahr 454) Abonnements gegen Rechnung bezogen.

Heft 1/2005

Schwerpunkt „Stadtbilder und Stadtrepräsentationen“

Heft 2/2005

Schwerpunkt „Stadt und jüdisches Leben“

b) Sonderveröffentlichungen

Titel	Autor(en)/Hrsg.	Auflage	Umfang/S.
Soziale Stadt			
Band 11 Bildung im Stadtteil Dokumentation der Fach- tagung zur Sozialen Stadt am 30.5.2005 in Berlin		1300	
Newsletter „Soziale Stadt info“			
Nr. 16 Schwerpunkt „Bildung im Stadtteil“		4000	
Nr. 17 Schwerpunkt „Integration von Migrantinnen und Migranten“		4000	
Nr. 18 Schwerpunkt „Quartiersimage, Sicherheit und Öffentlichkeit im Stadtteil“		4000	
Forschungsverbund „Stadt 2030“			
Zukunft von Stadt und Region Bd. 1: Integration und Ausgrenzung in der Stadt- gesellschaft	Göschel/Reimann	VS Verlag	310
Zukunft von Stadt und Region Bd. 2: Perspektiven der Regionalisierung	Göschel/Bock	VS Verlag	250
netWORKS-Papers			
H. 11 Privatisierung und Vergaberecht	Rehbinder	550	28
H. 12 Sicherung kommunaler Gestaltungsmöglichkeiten in unterschiedlichen Privatisierungsformen – Beispiel Wasserversorgung	Döring	550	40
H. 13 Netzgebundene Infrastrukturen unter Verände- rungsdruck – Gender-Analyse am Beispiel ÖPNV	Spitzner	140	96

Veröffentlichungen

Titel	Autor(en)/Hrsg.	Auflage	Umfang/S.
H. 14 Naturale Aspekte sozial-ökologischer Regulation	Schramm	200	80
H. 15 Ansätze zur sozial-ökologischen Regulation der Ressource Wasser – neue Anforderungen an die Bewirtschaftung durch die EU-Wasserrahmenrichtlinie und Privatisierungstendenzen	Kluge	550	106
H. 16 Handelbare Wasserrechte – Stand der internationalen Debatte	Malz/Scheele	480	45
H. 17 Benchmarking in der Wasserwirtschaft – Möglichkeiten und Grenzen einer Erweiterung des Benchmarking um ökologische und soziale Aspekte	Lux/Scheele/Schramm	480	87
H. 18 Water Governance – Partizipation in der Wasserversorgung	von Braunmühl	190	97
H. 19 Handelbare Wasserentnahmerechte als Ergänzung der ordnungsrechtlichen Vergabepolitik? Mit einem juristischen Gutachten von Eckard Rehbinder	Lux, Alexandra	200	74
H. 20 Privatisierung und Kommerzialisierung als Herausforderung regionaler Infrastrukturpolitik – Eine Untersuchung der Berliner Strom-, Gas- und Wasserversorgung sowie Abwasserversorgung	Monstadt, Jochen/ v. Schlippenbach, Ulrike	200	72
Einzelne Titel			
Public Private Partnership-Projekte Eine aktuelle Bestandsaufnahme in Bund, Ländern und Kommunen	Grabow/Reidenbach/ Rottmann/Seidel-Schulze	1800	84
Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit Teil 1, Expertise: Kommunale Praxis	Böhme/Reimann/ Schuleri-Hartje		240
Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit Teil 2, Gute-Praxis-Beispiele in Kommunen – Mitmachen lohnt!	Böhme/Reimann/ Schuleri-Hartje		254
Flächen- und Maßnahmenpools in Deutschland	Böhme/Bunzel/u.a.	Landwirtschaftsverlag	260
Jahresgutachten 2004 zur Umsetzung der Zusagen der Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber	Grabow/Jekel/Reidenbach/ u.a.	Informationszentrum Mobilfunk	132
Ethnische Ökonomie Integrationsfaktor und Integrationsmaßstab	Schuleri-Hartje/Floeting/ Reimann	Schader-Stiftung	130

Pressestelle: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Mitarbeiterinnen

Cornelia Schmidt
Sybille Wenke-Thiem

Praktikantinnen und Praktikanten

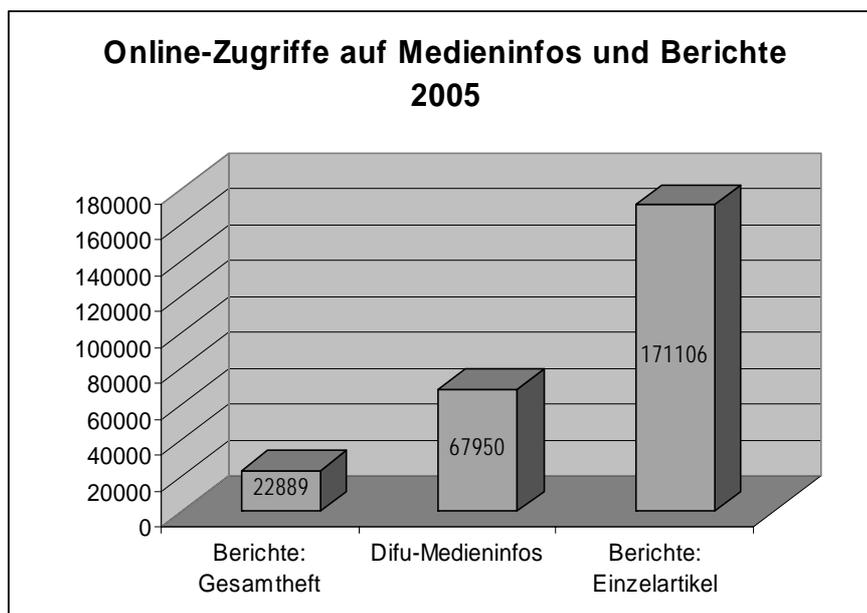
Andreas Balz
Daniel Dorgau
Carsten Fritsche
Daniela Humcke
Anja Kaun
Michael Rhein
Britta Siepmann
Astrid Sundsboe
Sabine Westemeier

Aktivitäten im Rahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Difu-Pressestelle informiert Medien und allgemeine Öffentlichkeit über aktuelle Forschungsergebnisse, Veranstaltungen, Veröffentlichungen sowie weitere Institutsaktivitäten. Zudem initiiert und vermittelt sie Gespräche zwischen Medien und Difu-Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftlern. Tages- und Fachpresse berichteten 2005 ausführlich über das Institut und seine Arbeit. Durch zahlreiche Autorenbeiträge in Tagespresse, Fachmedien sowie dem Difu-Newsletter „Berichte“ sorgten die Difu-Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftler für eine umfangreiche Medien-Präsenz des Instituts, die auch in Hörfunk und Fernsehen durch eine Reihe von Interviews hör- und sichtbar war.

2005 standen bei der Medienberichterstattung vor allem zwei Difu-Studien im Vordergrund: „Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance?“ und „Public Private Partnership-Projekte“. Auch die Difu-Studie über den notwendigen kommunalen Investitionsbedarf in Deutschland wurde weiterhin von vielen Medien zitiert. Die Pressestelle begleitete mit intensivem zielgruppenorientierten Publikationmarketing die Difu-Neuveröffentlichungen und konnte so zur Einnahmesteigerung in diesem Bereich beitragen. Besonders hervorzuheben ist der erfreuliche Abonnentenzuwachs der Difu-Zeitschriften „Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften“ (DfK) und „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“ (IMS).

Von Jahr zu Jahr stärker nachgefragt sind die Difu-Medieninfos und Artikel des Difu-Newsletters „Berichte“ im Internet.



Im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit präsentierte sich das Institut 2005 erneut bei der „Langen Nacht der Wissenschaften“. Mit einem anspruchsvollen wissenschaftlichen und gleichzeitig kulturellen Programm ermöglichte das Difu der allgemeinen Öffentlichkeit Einblicke in die Institutsarbeit und regte mit Kurzstatements zu lebhafter Diskussion oder auch zum Mitmachen bei Stadtrallye und besonderen Kinderaktivitäten an <http://www.difu.de/presse/051028/welcome.shtml>. Diese öffentlichkeitswirksame Aktivität unterstützten viele Difu-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit hohem Engagement (Wenke-Thiem, Albrecht, Brühl, Floeting, Gietzen, Grabow, Göschel, Hamann, Diekelmann, Kaube, König, Kunert-Schroth, Löhr, Mäding, Pätzold, Preisler-Holl, Reimann, Reichel, Rösner, Schmidt, Strauss, Zwicker).

Konzeption, Planung und Durchführung des jährlichen Ansprechpartnertreffens, zu dem sich die Städtevertreter und -vertreterinnen in jeweils wechselnden Städten treffen, war eine weitere Aufgabe der Pressestelle. Die im Jahr 2005 angebotene Veranstaltung fand vom 28. Februar bis 1. März in der Freien und Hansestadt Hamburg statt. Auch die organisatorische Begleitung und Öffentlichkeitsarbeit für die „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ oblag der Pressestelle. Diese bereits im siebten Jahr angebotene Veranstaltungsserie hat sich inzwischen zu einem intensiv genutzten „Termin“ der an Stadtentwicklungsthemen interessierten Community aus Berlin und Brandenburg entwickelt.

Für die Außendarstellung wurde bereits 2004 ein neues Gestaltungskonzept entwickelt, das 2005 eingeführt und seitdem sukzessive umgesetzt wird. Auffälligstes Produkt der Reihe ist der Difu-Newsletter „Berichte“, der seit 2005 nicht nur in einem neuen gestalterischen Gewand erscheint, sondern auch konzeptionell überarbeitet wurde. Hilfreich für diese Aufwertung war die von der Pressestelle im Vorjahr durchgeführte Leserumfrage: Viele Anregungen und Wünsche, die aus dem – erfreulich hohen – Fragebogenrücklauf hervorgingen, fanden im neuen Konzept Berücksichtigung. Die Pressestelle koordinierte die Entwicklung und Umsetzung der zahlreichen Flyer und Informationsmaterialien für die allgemeine Institutsdarstellung und verschiedene Einzelprojekte.

Kurzüberblick über die Aktivitäten der Difu-Pressestelle:

- Beantwortung bzw. Vermittlung der Anfragen aus Medienbereich, Kommunen und allgemeiner Öffentlichkeit.
- Redaktion und Distribution von Medieninformationen und Presstexten.
- Organisation bzw. Durchführung von Pressegesprächen und -konferenzen.
- Redaktion und Layout des vierteljährlich erscheinenden Difu-Newsletters „Berichte.“
- Redaktion und Layout des Jahresberichts.
- Redaktion und Layoutarbeit neuer PR-Materialien.
- Konzeption, Organisation und Durchführung des jährlich stattfindenden Difu-Ansprechpartnertreffens.
- Auswertung der Tagespresse und Zusammenstellung eines täglichen Pressespiegels (zum Presse-Archiv kommen jährlich rund 8300 Presseartikel hinzu).
- Zusammenstellung und Auswertung der Jahrespresseresonanz.
- Redaktion des Difu-Internetangebots.
- Planung und Durchführung der Marketingaktionen für die Difu-Publikationen.
- Pflege verschiedener Adressverteiler.
- Organisation und Durchführung verschiedener Ausstellungsaktivitäten bzw. die Organisation von Bücher- und Informationstischen sowie Teilnahme unter anderem an folgenden Veranstaltungen:
 - ▲ „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ am 16.2., 2.3., 30.11. sowie 14.12.2005 in Berlin.
 - ▲ Fachtagung „Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“ am 11.3.2005 im Umweltforum Berlin-Friedrichshain.
 - ▲ Fachtagung „Lokale Agenda und Gesundheit“ am 14. und 15.4.2005 in Berlin.
 - ▲ Fachtagung „Brachflächenrecycling: Herausforderungen, Lösungen, Nutzen“ vom 18. bis 19.4.2005 in Berlin.
 - ▲ Hauptversammlung des Deutschen Städtetages, vom 31.5. bis 2.6.2005 in Berlin.
 - ▲ DST-Seminar städtischer Pressereferenten vom 15. bis 17.6.2006 in Magdeburg.
 - ▲ „Lange Nacht der Wissenschaften“ am 11.6.2005.
 - ▲ DST-Konferenz städtischer Pressereferenten vom 28. bis 30.09.2005 in Frankfurt am Main.

- ▲ Fachtagung „Stadtmarketing: Stand – Entwicklung – Perspektiven“ vom 28. bis 30.9.2005.
 - ▲ Gemeinsame Veranstaltung von Bundeszentrale für politische Bildung und Difu zum Thema „Stadtstruktur und demografischer Wandel“ am 1.12.2005 in Berlin.
 - ▲ Sitzungen des Institutsausschusses am 22.4. und 2.12.2005 in Berlin.
 - ▲ Fachtagung „Europäischer Nahverkehr – Planung, Organisation, Finanzierung“ vom 12. bis 14.12.2005 in Berlin.
- Planung und Koordination der Betreuung nationaler und internationaler Besuchergruppen sowie Betreuung von Pressestellenbesuchern. Neben inländischen Besuchergruppen wurden 2005 im Difu unter anderem folgende Delegationen von Difu-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern empfangen:
- ▲ 24.1.2005 University of Delaware (USC), College of Human Services, Education & Public Policy, Delaware, USA (Eichmann, Franke).
 - ▲ 15.6.2005 Kommunalpolitiker aus Marikina, Tuguegarao, aus der Provinz Southern Leyte, Bohol, Marawi City und Cagayan de Oro, Philippinen (von Kodolitsch).
 - ▲ 21.6.2005 Delegation aus verschiedenen Institutionen (Universitäten, Landes-, Kommunal- und Regionalverwaltungen Südafrikas (Franke, Strauss).
 - ▲ 23.9.2005 Kommunalpolitiker und Verwaltungsmitarbeiter der Stadtverwaltung Kairo, Ägypten (Brühl).
 - ▲ 6.10.2005 Istituto Nazionale di Urbanistica (INU), Rom, Italien (Franke, Löhr, Strauss).
 - ▲ 18.10.2005 Standing Committee of Anhui Provincial People’s Congress, Provinz Anhui, China (Strauss).
 - ▲ 26.10.2005 Executive Director des Cities for Life Forum (CLF) in Lima, Peru, (Preuß).
 - ▲ 8.11.2005 Institut für Umwelt, Technologie und Soziale Studien, Roskilde, Dänemark (Lehmbrock).
 - ▲ 17.11.2005 Ministerium für angewandte Forschung, Prag, Tschechische Republik (Grabow, Hollbach-Grömig).
 - ▲ 18.11.2005 Jordanische Bürgermeister und führende Mitarbeiter der kommunalen Entwicklungsbank, Jordanien (Hollbach-Grömig, Mäding).
 - ▲ 12.12.2005 University of Stellenbosch, School of Public Management and Planning, South Africa (Trapp).

Arbeitsbereich Stadtentwicklung und Recht

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Dr.-Ing. Heidede Becker
Dr. rer. pol. Stephanie Bock
Viola-Dagmar Boehle
Dipl.-Ing. Christa Böhme
Dr.-Ing. Arno Bunzel, Ass. jur.
Dipl.-Geogr. Gregor Jekel
Dipl.-Geogr. Thomas Franke
Dipl.-Ing. Franciska Frölich-von Bodelschwingh
Dr. rer. pol. Albrecht Göschel
Susanna Mayer
Dipl.-Ing. Ulrike Meyer
Franziska Paiteris
Dipl.-Ing. Luise Preisler-Holl
Dr. rer. soc. Bettina Reimann
Christa Rothäusler
Dipl.-Volksw. Ulla-Kristina Schuleri-Hartje
Dipl.-Ing. Wolf-Christian Strauss

Rechtsreferendarin

Julia Much

Praktikantinnen und Praktikanten

Anna Dunkel
Mattias Herrmann
Isabell Kurz
Katharina StremLOW
Figen Uzar
Sonja Weinhold

1. Abgeschlossene Projekte

1.1 Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit

Im Auftrag des Umweltbundesamtes und in Zusammenarbeit mit dem Institut für Medizinsoziologie am Universitätsklinikum Eppendorf der Universität Hamburg, der Hochschule Magdeburg-Stendal, Agenda-Transfer sowie dem Landesinstitut für den Öffentlichen Gesundheitsdienst Nordrhein-Westfalen hat das Difu im Rahmen des bundesweiten Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit von August 2004 bis Dezember 2005 das Projekt Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit bearbeitet.

Im ersten Projektabschnitt wurde im Rahmen einer Expertise untersucht, ob und inwieweit die Potenziale der Lokalen Agenda 21 in Hinblick auf eine Verknüpfung der Themenbereiche Umwelt und Gesundheit auf kommunaler Ebene bereits ausgeschöpft sind und welche erfolgreichen Strategien und Projekte in der kommunalen Praxis entwickelt und umgesetzt werden, aber auch in welchen Bereichen Kooperations- und Kommunikationsbarrieren oder andere Hemmnisse bestehen. Dazu führte das Projekt bearbeitende Konsortium eine Umfrage bei allen kreisfreien Städten und Landkreisen mit Lokale-Agenda-Beschluss, eine Befragung der Länderministerien für Umwelt sowie für Gesundheit, diverse Expertengespräche, Fallstudien in Heidelberg, Magdeburg, München und Viernheim sowie eine Fachtagung durch. Die Expertise ist auf der Internet-Seite des Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit (www.apug.de) sowie des Difu (<http://edoc.difu.de/orlis/DF9853.pdf>) veröffentlicht. Darüber hinaus ist eine Kurzfassung mit den zentralen Ergebnissen und Empfehlungen in der Difu-Reihe „Aktuelle Information“ unter dem Titel „Kommunale Umwelt gesundheitsfördernd gestalten – Praxis der Lokalen Agenda 21“ erschienen, die auch ins Englische übersetzt wird.

Ein wesentliches Ergebnis der Expertise ist, dass eine bewusste und systematische Verbindung von Umwelt und Gesundheit vielerorts noch nicht ausreichend gelungen ist. Aspekte des gesundheitsbezogenen Umweltschutzes/der umweltbezogenen Gesundheitsförderung fließen eher implizit in Themenfelder wie Verkehr, Wohnen und Energie ein. Um die Einbindung und Bearbeitung des Themenfeldes „Umwelt und Gesundheit“ zu befördern, scheinen daher insbesondere Informationen, Aufklärung und Bewusstseinsbildung im Hinblick auf die Zusammenhänge zwischen Umwelt und Gesundheit erforderlich. Als weiteres zentrales Ergebnis hat sich herausgestellt, dass die meisten Vorortakteure Informationen und Arbeitshilfen in Form von praxisnahen Gute-Praxis-Beispielen gegenüber grundlagenorientierten Handbüchern deutlich favorisieren.

Ziel des zweiten Projektabschnitts war es daher, für das kommunale Handeln eine dem Informationsbedarf der Vor-Ort-Akteure entsprechende pragmatische Arbeitshilfe mit Gute-Praxis-Beispielen sowie mit Anregungen, Hilfestellungen und Kontakten für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ zu erstellen und somit Anreize für weitere Initiativen im Alltagshandeln auf der kommunalen Ebene zu schaffen. In der Arbeitshilfe werden sowohl strategische (z.B. Entwicklung von Leitbildern und Zielen, Verträglichkeitsprüfungen bei kommunalen Planungen und Vorhaben) als auch inhaltliche Handlungsfelder (z.B. Reinhaltung der Außenluft, Lärmbekämpfung, umweltschonende und gesundheitsfördernde Mobilität, Wohnumfeldverbesserung) behandelt. Die Darstellung der Handlungsfelder umfasst jeweils eine knappe „theoretische“ Einführung zur Ausgangslage, zur Relevanz des Handlungsfeldes für das Themenfeld „Umwelt und Gesundheit“ sowie zu existierenden kommunalen Strategien im Handlungsfeld. Hieran schließt sich die Darstellung drei bis vier ausgewählter Gute-Praxis-Beispiele an. Die Dokumentation von Gute-Praxis-Beispielen wird ebenfalls im Internet veröffentlicht und bildet gleichzeitig den Grundstein für ein Internet-Portal „Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit“ (www.la21-umwelt-gesundheit.de) (Böhme, Frölich, Löhr [IL], Reimann, Schuleri-Hartje).

1.2 Gender Mainstreaming im Städtebau

Das im Auftrag des Bundesministeriums für Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung (BMVBS) und des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) gemeinsam vom Deutschen Institut für Urbanistik und zwei kooperierenden Planungsbüros (Büro für integrierte Planung, Berlin, plan-werkStadt, Bremen) durchgeführte Forschungsvorhaben „Gender Mainstreaming im Städtebau“ zielte auf die Umsetzung von Gender Mainstreaming (GM) in die konkrete kommunale Planungspraxis (Laufzeit 11/2003–11/2005).

Das Kernstück des Vorhabens bildete die Erarbeitung übertragbarer Verfahrensschritte und ihre Erprobung in den ausgewählten Modellstädten Dessau und Pulheim sowie der Referenzstadt Bremen. Die Städte repräsentieren unterschiedliche stadtstrukturelle Rahmenbedingungen und Ressourcen. Es wurden unterschiedliche Planungsverfahren z.B. Freiraumplanungen, formelle Verfahren (Bauleitplanung) und informelle Verfahren (Stadtumbaukonzept) begleitet. Darüber hinaus wurde eine Datenbank mit „Guten Beispielen“ eingerichtet, die Umsetzung des Querschnittszieles „Chancengleichheit“ im EU-Programm URBAN II in ausgewählten Kommunen (Bremerhaven, Leipzig) untersucht sowie ein Ziel- und Indikatorenset erarbeitet.

Die Auswertung dieser verschiedenen Bausteine lässt folgende übertragbare Schlussfolgerungen zu. Die beteiligten Kommunen bewerten die Umsetzung von Gender Mainstreaming in ausgewählten Pilotvorhaben ihrer Städte als Qualitätssteigerung ihrer Planungen. Bezogen auf die Prozesse verbuchten sie den systematischen, transparenteren und damit weitgehend konsensualen Planungsprozess sowie die frühzeitige Einbindung der Planungsbetroffenen und anderer Behörden als zusätzlichen Gewinn. Bezogen auf die veränderten Planinhalte hoben sie die höhere Alltagstauglichkeit der Planungen hervor, die Ergebnis einer differenzierten Einbeziehung der NutzerInneninteressen war. Die geschlechterdifferenziertere Bestandsanalyse sowie eine qualitative Betrachtung von Nutzungsansprüchen und -bedürfnissen führte in den begleiteten Pilotvorhaben zu effektiveren und passgenaueren Planungsergebnissen, die Planungsfehler vermeiden helfen. GM erfordert einen stringenten Planungsprozess (Analyse, Zielformulierung, Maßnahmenfestlegung, Umsetzung und Controlling).

Um den neu akzentuierten Belang der „Chancengleichheit“, der nun frühzeitig in die Planung als gleichwertiger Belang eingestellt werden muss (§ 1, Abs. 6, Satz 3 BauGB), für die Gebietskörperschaften zu konkretisieren, wurde eine Handreichung „Gender Mainstreaming in der Bauleitplanung“ erarbeitet. Sie liefert Beispiele, „Chancengleichheit“ in die verschiedenen Verfahrensschritte zu integrieren und beschreibt Möglichkeiten einer inhaltlichen Festsetzung von Gender-Zielen; darüber hinaus bietet eine ergänzende „Checkliste“ auch den politischen EntscheidungsträgerInnen eine Orientierung über abzurufende Kriterien.

Durch die Vielzahl der zu schulenden Akteure im Kontext eines GM-Prozesses wurde ein systematisierte Wissenstransfer notwendig, der im Rahmen des ExWoSt-Vorhabens, neben allgemeinen Gender-Trainings, durch konkret aufgabenbezogene Workshops, aber auch über die Erarbeitung allgemein nutzbarer Arbeitshilfen erfolgte:

- Einstiegsinformationen „Was ist „gegenderte“ Planung?“
- ExWoSt-Info „Gute Beispiele“ (ExWoSt-Informationen 26/4),
- Arbeitshilfe: „Gender Mainstreaming in der Bauleitplanung“,
- Ziel- und Indikatorenkatalog „Gender Mainstreaming im Städtebau“.

Geplant ist darüber hinaus die Durchführung einer Abschlussveranstaltung im Frühjahr 2006 (Bock, Meyer, Frölich, Hamann [AB 3], Bauer [ext.], Wohltmann [ext.]).

1.3 Bundestransferstelle Soziale Stadt (Baustein I)

Der Baustein I diene vor allem mit seinen Arbeitspaketen „Internetforum“ (www.sozialestadt.de), „Projektdatenbank“ und „Internationaler Erfahrungsaustausch“ insgesamt dem Informationstransfer zwischen den vielen beteiligten Akteuren und Akteurinnen vor Ort, aus Bund, Ländern und Kommunen sowie der Fachöffentlichkeit. Das Schwergewicht der Bearbeitung lag im Jahr 2005 beim Ausbau des Internationalen Erfahrungsaustauschs.

Das *Internetforum* hat sich seit seiner Freischaltung im Januar 2000 zu einer tragenden Säule des bundesweiten Netzwerks zur Sozialen Stadt entwickelt. Nach einem Höhepunkt der inhaltlichen Zugriffe auf Menübereiche des Internetforums Soziale Stadt im Januar 2005 mit 214 397 pendelten sich die Abrufzahlen auf Werte zwischen 150 000 und 170 000 Abrufen ein. Einen erheblichen Anteil an den hohen Abrufzahlen haben kontinuierlich steigende Zugriffe auf die Informationsangebote in englischer und französischer Sprache. Darin spiegelt sich zum einen das wachsende Interesse am internationalen Vergleichswissen, zum anderen aber auch der weitere Ausbau der Informationsangebote in diesen Menübereichen. Lag die Zahl der Abrufe englischer Informationen im Dezember 2003 noch bei rund 850, so betrug sie Ende 2005 bereits knapp unter 10 000. Kontinuierliche Steigerungen sind auch bei den (insgesamt aber niedrigeren) französischen Abrufzahlen zu verzeichnen: von rund 100 Abrufen im Dezember 2003 auf etwa 6 500 Abrufe (Ende 2005).

Die Freischaltung der *Projektdatenbank* zur Sozialen Stadt als neuer Teil des Internetforums im Frühjahr 2001 stellt einen Meilenstein in der Entwicklung des Internet-Forums dar. Diese seitdem kontinuierlich ergänzte Datenbank enthält Informationen über Projekte und Maßnahmen – vorwiegend in den Programmgebieten Soziale Stadt –, die für eine Erfolg versprechende Programmumsetzung typisch und hilfreich sind. Im Dezember 2005 enthielt die Datenbank die Dokumentation von 390 Projekten.

Die Internetplattform www.sozialestadt.de/international als Teil des Internationalen Erfahrungsaustauschs wurde im Rahmen des Bausteins I laufend fortgeschrieben, aktualisiert und im Jahr 2005 um Informationen zu vergleichbaren Programmen in weiteren europäischen Ländern ergänzt, so dass inzwischen ein vielfältiges Angebot an Informationen und Links zu Programmansätzen in Dänemark, England, Frankreich, Italien, den Niederlanden und Schweden abgerufen werden kann.

Zum Ausbau des Internationalen Erfahrungstransfers gehört aber auch die Analyse vergleichbarer Programmansätze im europäischen Ausland, um Anregungen für die Weiterentwicklung des nationalen Programms zu gewinnen. Die Bundestransferstelle wählte im Jahr 2005 für eine solche erste Vergleichsstudie das übergeordnete Handlungsfeld „Management- und Organisationsformen“ aus, weil es im Zentrum jeglicher Programmumsetzung steht.

Kriterium für die Auswahl der Fallstädte war eine möglichst große Ähnlichkeit der dort für eine Programmumsetzung aufgebauten Management- und Organisationsstrukturen mit denen in deutschen Programmgebieten. Nach detaillierten Recherchen zur Eignung der Städte Amsterdam, Birmingham, Bristol, Glasgow, Kopenhagen, Manchester, Stockholm und Wien wurden Managementenerfahrungen bei der Integrativen Stadtteilentwicklung in den Fallstädten Wien („Grätzelmanagement“) und Kopenhagen („Kvarterloeft“) im Vergleich zur Programmumsetzung in Deutschland untersucht.

Anregungen aus der Praxis in Kopenhagen und Wien für die Umsetzung und Weiterentwicklung des Programms Soziale Stadt in Deutschland beziehen sich vor allem auf eine Stärkung des bottom-up-Prinzips, auf Qualitätsvereinbarungen zur Erarbeitung integrierter Handlungskonzepte, Formulierung von Mindeststandards für die Umsetzung, För-

derung über ressortungebundene Budgets, frühzeitige Überlegungen zur Verstetigung und Ansiedlung der programmverantwortlichen Federführung bei anderen Verwaltungsstellen als bei der Stadterneuerung/-planung, z.B. bei der Wirtschaftsförderung wie es in Wien der Fall ist oder beim Sozialbereich.

Die Vergleichsstudie der Autoren Franke und Strauss wurde im Mai 2005 abgeschlossen und in den Difu-Materialien 8/2005 veröffentlicht (Becker, Beißwenger [AB 6], Böhme, Franke, Reichel [AB 7], Schuleri-Hartje, Strauss).

1.4 Aktuelle Konzepte und Maßnahmen der städtischen Freiraumentwicklung

Angesichts von demografischem und wirtschaftlich-strukturellen Wandel kann städtische Freiraumentwicklung zu einem tragenden Element der Flächenentwicklung werden. Abhängig von den jeweiligen städtischen Rahmenbedingungen kann es sinnvoll sein, „heruntergekommene“ Flächen und Brachen mit allen ihren negativen Ausstrahlungen auf das soziale Umfeld wieder zu beleben und für den öffentlichen Raum zurück zu gewinnen sowie Stadträume bei mangelnder baulicher Nachfrage ökologisch aufzuwerten. Handelt es sich um Städte in Wachstumsregionen wird es dabei allerdings eine Konkurrenz der Nutzungen geben, wobei die Freiräume für die Naherholung und den Naturschutz knapp und selten werden können. Handelt es sich dagegen um Städte in Schrumpfungsregionen, wird es ein Überangebot an freien und wirtschaftlich nicht verwertbaren Flächen geben, die den Bewohnern mehr „Frei-Raum“ bieten. Folgende Tendenzen der Freiraumentwicklung lassen sich erkennen:

- Eine Schrumpfung von Wohnflächen- und Infrastruktur mit Zunahme von Freiräumen auf Brachen.
- Eine Stagnation der baulichen Entwicklung mit dem Umbau zu dauerhaften und temporären Freiräumen auch als Zwischennutzung.
- Eine naturnahe Aufwertung mit neuen Nutzungsangeboten und der Beseitigung von Gründefiziten bei gleichzeitigem baulichem Wachstum in begehrten Stadtlagen.
- Die Gelder für den Neubau und den Unterhalt von Freiräumen werden drastisch gekürzt.
- Mit weniger Geld und Personal sind mehr Flächen zu gestalten und zu pflegen.

Im Rahmen des Mitte 2005 abgeschlossenen Projekts wurden aktuelle Konzepte und Maßnahmen der städtischen Freiraumentwicklung verschiedenartiger Fallbeispielen untersucht und Handlungsanregungen entwickelt. Bei den untersuchten Beispielen arbeiten öffentliche, halb-öffentliche und private Akteure zusammen, Die Kooperationen haben dabei unterschiedliche Raumbezüge von kleinteiligen Entwicklungen im Stadtteil über gesamtstädtisch bis zu interkommunalen Freiraumprojekten im Stadtumlandbereich. Zukünftige Aufgabe und Chance wird es danach vermehrt sein, mit den vorhandenen Instrumenten der Landschaftsplanung eine großräumige Vernetzung und Bewirtschaftung von Grünräumen zu erreichen und – soweit möglich – Fehler der Vergangenheit wie die Zerstückelung oder die Versiegelung von Flächen zu beseitigen. Eine weitere Herausforderung in Städten unterschiedlichster Problemlagen ist die Beseitigung von Gründefiziten sowie die Aufwertung und Benutzbarkeit von Freiräumen unter anderem auch durch experimentelle Formen der Zwischennutzung in begehrten, aber auch benachteiligten Stadtlagen. Eine Veröffentlichung als Difu-Materialien wird im ersten Quartal 2006 erfolgen (Preisler-Holl, Rothäusler).

2. Laufende Projekte

2.1 Entscheidungshilfen zum novellierten Städtebaurecht

Das Projekt zielt auf die Vermittlung von Anwendungswissen. Die städtebaulichen Aufgabenstellungen, die strukturellen Rahmenbedingungen der Bauverwaltungen aber auch die rechtlichen Grundlagen unterliegen einem fortwährenden Wandel. Das Difu will durch Vermittlungen strategischen und instrumentellen Wissens und praktischer Handlungsempfehlungen die betroffenen Aufgabenträger in den Kommunen bei der notwendigen Anpassung ihrer Praxis unterstützen. Dies erfolgt durch die Erstellung von Arbeitshilfen und mittels Seminarveranstaltungen. Dabei kann auf Ergebnisse aus diversen empirisch ausgerichteten Forschungsprojekten, vielfältige bilaterale Kontakte mit Bauverwaltungen im ganzen Bundesgebiet, sowie der Erfahrungsschatz kommunaler Praktikerrinnen und Praktiker, die als Autoren oder Autorinnen gewonnen werden konnten, zurückgegriffen werden.

Im Jahre 2005 wurden die Arbeitshilfen zur „Umweltprüfung in der Bauleitplanung“ sowie zu den „Satzungen nach dem BauGB“ fertig gestellt. Begonnen wurde mit der grundlegenden Überarbeitung des Handbuchs Städtebauliche Verträge. Die dritte Auflage soll im Sommer 2006 erscheinen. Ebenfalls begonnen wurde eine Neubearbeitung der Arbeitshilfe „Verfahren zur Aufstellung von Bebauungsplänen“. Zudem wurden Fortbildungsveranstaltungen u.a. zum Thema „Monitoring und Bauleitplanung“ durchgeführt (Bunzel).

2.2 Monitoring und Bauleitplanung

Das Forschungsvorhaben dient der Prüfung, wie die nach § 4c BauGB geforderte Überwachung der Umweltauswirkung bei der Durchführung von Bauleitplänen praktisch umgesetzt wird. Methodisch basiert das Vorhaben auf der Analyse von etwa 30 Fallbeispielen in sechs Städten/Gemeinden unterschiedlicher Größe (München, Krefeld, Gütersloh, Jena, Güstrow und Ostfildern). Wegen der erst kurzen Geltungsdauer der gesetzlichen Regelung ist es notwendig, die Städte und Gemeinden bei der Entwicklung ihrer Konzeptionen für die Umsetzung der neuen Aufgabe zu begleiten (Begleitforschung), um anhand von exemplarisch ausgewählten Bauleitplänen Möglichkeiten einer anwendungsfreundlichen und kostengünstigen Erfüllung der Monitoringaufgabe aufzuzeigen. Dieser empirische Ansatz wird ergänzt durch eine modellhafte Konzeptentwicklung. deren Ziel ist es, anhand bestehender Pläne ein idealtypisches Monitoring zu entwickeln, dass ohne erheblichen zusätzlichen Aufwand (Personal, Kosten) durchgeführt werden kann.

Berücksichtigt werden auch international vorliegende Erfahrungen. Dabei kann das Difu die im Rahmen des Netzwerkes europäischer Städtebaurechtler „Plannet Europe“ bestehenden Kontakte nutzen, um den Stand der Umsetzung der gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben in Bezug auf das Monitoring in den beteiligten Mitgliedsstaaten der EU abzufragen.

Mit der Projektbearbeitung wurde Mitte November 2004 begonnen. Die Verfahrens begleitenden Fallstudien sollen Anfang März 2006 abgeschlossen werden. Das Projekt soll im Mai 2007 abgeschlossen werden (Bunzel, Frölich, Jekel).

2.3 Bauleitplanung & Internet – Zur Umsetzung der neuen Regelungen des § 4a Abs. 4 BauGB in der kommunalen Planungspraxis

Seit August 2004 enthält das Baugesetzbuch (BauGB) in § 4a Abs. 4 eine Regelung zur Nutzung von elektronischer Informationstechnologie im Rahmen der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung. Ziel des Projektes ist es, einen ersten Überblick über Erfahrungen und Probleme der Kommunen mit der Umsetzung der Regelung in der täglichen Planungspraxis zu sammeln. Dabei sollen u.a. folgende Themen bearbeitet werden:

- Vorerfahrungen der Kommunen mit dem Einsatz elektronischer Informationstechnologien in Beteiligungsverfahren,
- Erstellung und Visualisierung von Bauleitplänen (Technik, Software, interne oder externe Erstellung),
- Erfahrungen oder Schwierigkeiten (Aufwand, Kosten, technische Probleme) mit der rein digitalen Planerstellung,
- Probleme bei der Umsetzung der Planzeichenverordnung (PlanzV),
- Technische Umsetzungen und Probleme im Zusammenhang Neuregelung des § 4a Abs. 4 BauGB,
- Informationstechnologien im Bauleitplanverfahren vor und nach Einführung der Neuregelung,
- Erfahrungen bei der Öffentlichkeitsbeteiligung, bei der Beteiligung von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange,
- Technischer, personeller oder finanzieller Mehraufwand für die Kommunen durch die Umsetzung der Regelung
- Potenziale zur Verfahrensbeschleunigung und/oder Kosteneinsparung durch die Neuregelung.

Im Mittelpunkt der ersten Projektphase stehen eine schriftliche Umfrage sowie eine Internetrecherche zu vorhandenen Beispielen von „elektronischen“ Beteiligungsverfahren in der Bauleitplanung. Im Rahmen der schriftlichen Umfrage soll ermittelt werden, welche Kommunen bereits über Erfahrungen mit dem Einsatz elektronischer Informationstechnologien im Rahmen der Bauleitplanung verfügen und auf welche rechtlichen, technischen und organisatorischen Probleme sie dabei gestoßen sind. In einem zweiten Schritt ist eine vertiefende Betrachtung ausgewählter Fallbeispielkommunen vorgesehen, in denen bereits umfangreichere Erfahrungen mit der Umsetzung der Neuregelung des § 4a Abs. 4 BauGB vorhanden sind.

In der zweiten Jahreshälfte 2005 wurde die schriftliche Umfrage durchgeführt und erste Zwischenergebnisse und Tendenzaussagen zu Erfahrungen mit der Umsetzung der neuen Regelungen des § 4a Abs. 4 BauGB in der kommunalen Planungspraxis auf Basis einer vorläufigen Auswertung erstellt. Endgültige Ergebnisse werden im zweiten Quartal 2006 vorliegen (Strauss, Bunzel, Rothäusler).

2.4 Bundestransferstelle Soziale Stadt (Baustein II und Baustein III)

Im August 2004 wurde zur inhaltlichen Ergänzung Baustein I auch der Baustein II zur Bundestransferstelle Soziale Stadt an das Difu vergeben. Bei diesem Baustein geht es vor allem um die Durchführung von Veranstaltungen und die Erarbeitung von Veröffentlichungen. Im Oktober 2005 wurde der Auftrag noch um den Baustein III erweitert, der drei Arbeitsschritte umfasst: die Weiterführung des Internet-Forums www.sozialestadt.de für ein weiteres Dreivierteljahr bis September 2006, die Durchführung und Auswertung einer dritten bundesweiten Umfrage zum Programm Soziale Stadt und die Durchführung eines Kongresses zur Sozialen Stadt im Jahr 2006.

Im Rahmen des Bausteins II veröffentlichte das Difu 2005 drei weitere Ausgaben der Publikationsreihe „Infos zur Sozialen Stadt“: das Info 16 mit dem Themenschwerpunkt „Bildung im Stadtteil“ im Februar, das Info 17 mit dem Themenschwerpunkt „Integration von Migrantinnen und Migranten“ im September und das Info 18 mit dem Themenschwerpunkt „Quartiersimage, Sicherheit und Öffentlichkeit im Stadtteil“ im Dezember.

Ebenfalls im Rahmen des Bausteins II führte das Difu am 30.5.2005 in Berlin die Fachtagung „Bildung im Stadtteil“ durch, denn unbestritten erweist sich die Bildungssituation in den Programmgebieten der Sozialen Stadt teilweise als dramatisch. Kindertagesstätten und Schulen gelten als Schlüsselinstitutionen in den Quartieren, als die Institutionen, mit denen eine soziale Isolierung von Kindern und Jugendlichen in eher demotivierenden Armutsmilieus durchbrochen werden kann. Die Beiträge und Diskussionen auf der Tagung eröffneten den Blick auf ein buntes Spektrum von viel versprechenden innovativen Aktivitäten und Strategien, die bisher allerdings noch Ausnahmen darstellen. Deutlich wurde die Notwendigkeit, in den Programmgebieten der Sozialen Stadt ein offensives gebietsbezogenes Bildungsmanagement aufzubauen, das Sozial- und Familienpolitik einschließt und in den Quartieren verankert ist; außerdem klafft bei der Verknüpfung von Bildungs- und Stadtteilpolitik noch eine große Lücke, die von Beteiligten beider Handlungsfelder als dringend schließungsbedürftig angesehen wird. Die Dokumentation der Tagung wurde als Band 11 der Reihe „Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt“ veröffentlicht.

Als ersten Arbeitsschritt des Bausteins III entwickelte das Difu in Abstimmung mit dem BMVBW und dem BBR den Fragebogen für die dritte bundesweite Umfrage zur Sozialen Stadt. Dieser Fragebogen richtet sich – wie auch schon bei den ersten beiden bundesweiten Umfragen in den Jahren 2000 und 2002 – an die kommunalen Ansprechpartner/innen für die Programmgebiete der Sozialen Stadt 1999 bis 2005. Die Grundgesamtheit für die dritte Umfrage beträgt 390 Programmgebiete. Die inhaltlichen Bereiche der Befragung betreffen – wie bei den ersten Befragungen: „Merkmale der Programmgebiete“, „Merkmale der Integrierten Entwicklungskonzepte“, „Finanzierung und Mittelkoordination“, „Organisation und Management“, „Aktivierung, Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit“, „Umsetzung“, „Monitoring und Erfolgskontrolle“. Ergänzt und vertieft wurden die Aspekte „Verstetigung“ und „Einschätzungen zur Umsetzung und Wirkung des Programms Soziale Stadt“. Die Umfrage wurde mit dem Versand der Fragebögen in der 50. Woche gestartet. Der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund und die Länder unterstützen die Aktion (Becker, Beißwenger [AB 6], Böhme, Franke, Jekel, Reichel [AB 7], Rothäusler, Schuleri-Hartje, Seidel-Schulze [AB 2], Strauss).

2.5 Arbeitsgruppe Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung

Anfang 2002 hat sich im Verein für Kommunalwissenschaften e.V. die Arbeitsgruppe Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung gegründet. Mitglieder der Arbeitsgruppe sind Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Einrichtungen und Fachrichtungen (Gesundheit und Medizin, Stadt- und Landschaftsplanung, Architektur, Gemeinwesenarbeit, Soziologie, Recht). Die Arbeitsgruppe verfolgt das Ziel, die Kooperation zwischen verschiedenen integrativen Programmen wie Gesunde Städte, Lokale Agenda 21, Soziale Stadt zu fördern, die zwar unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte haben, aber alle auch auf eine gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung abzielen.

Schwerpunkte der Arbeit in 2005 waren:

- Bearbeitung des vom Umweltbundesamt in Auftrag gegebenen Forschungsprojekts „Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit“ (vgl. ausführlich hierzu 1.1),
- Vorbereitung, Durchführung und Moderation der Fachtagung „Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit: Kommunale Umwelt gesundheitsfördernd gestalten“ am 14. und 15.5.2005 in Berlin,
- Vorbereitung, Durchführung und Moderation der Teilveranstaltung „Bewegungsförderung und Barrierefreiheit in der sozialen Stadtentwicklung“ des 11. Kongresses Armut und Gesundheit „Präventionsziele gegen Armut – Gesunde Lebenswelten gemeinsam gestalten“ am 18. und 19.11.2005 in Berlin.

(Böhme, Löhr [IL], Reimann, Schuleri-Hartje)

2.6 Forschungsverbund „Stadt 2030“

Zum Forschungsverbund „Stadt 2030“ sind im Laufe des Jahres die beiden ersten Bände der auf fünf Bände konzipierten Abschlusspublikation beim „Verlag für Sozialwissenschaften“, Wiesbaden erschienen. Die drei noch ausstehenden Bände befinden sich in der letzten Stufe der Fertigstellung und werden im Frühjahr 2006 vorliegen.

Darüber hinaus wurden für das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) als Auftraggeber ein ausführlicher Endbericht, ein Erfolgskontrollbericht und eine Kurzfassung des Endberichtes als Schlussbericht erstellt. Vorbehaltlich einer inhaltlichen Überprüfung kann damit das Projekt „Forschungsverbund Stadt 2030“ als abgeschlossen gelten. Es verbleiben nur noch die Fertigstellungen der drei noch ausstehenden Bände für den „Verlag für Sozialwissenschaften“, eine Arbeit, die gemeinsam mit der Difu-Redaktion in den ersten Monaten des Jahres 2006 durchgeführt wird.

Die große Zahl (21) und die erhebliche Heterogenität der beteiligten Projekte stellen eine besondere Herausforderung dar. Es ging um nicht weniger als eine konsistente, theoretisch und in der praktischen Umsetzung überzeugende und zusammenhängende Schlussauswertung.

Aus einer begrenzten Zahl einfacher Annahmen konnten schließlich Kategorien entwickelt werden, die sowohl eine übergreifende und erschöpfende Interpretation und Systematisierung aller Projekte als auch ein Forschungsprogramm lieferten, wie es Auftrag der Begleitforschung war.

Zum einen sehen alle Projekte ihre Städte und Regionen vor sehr tief greifenden Umbrüchen und stehen damit in der Tradition von modernitätstypischen Zukunftsvorstellungen, die in der Regel als Diskontinuitäten erscheinen. Zum anderen versuchen alle Projekte die normativen und die faktischen Elemente, die in jeder Zukunftsvorstellung notwendiger Weise enthalten sind, gleichermaßen zum Ausdruck zu bringen, also nicht etwa normative Annahmen durch faktisch erscheinende Aussagen auf der Basis von Prognosen zu ersetzen oder zu eliminieren. Die normativen Annahmen aller Projekte stecken in Leitbildern oder übergreifenden Gesellschaftsbildern, während die faktischen Aussagen oder Elemente der Zukunftskonzepte durch die Verfahren eingelöst werden, die jedes Projekt entwickelt. Die Projekte verstehen die Institution Kommune definiert als Institution der Wohlfahrtsproduktion, die durch die Auflösung des sozialstaatlichen Konsenses gefährdet erscheint.

In den Verfahren, die die Projekte einsetzen, lassen sich zwei Haupttypen, strategisches Handeln und kommunikatives Handeln unterscheiden. Durch die Verbindung von drei Reaktionstypen auf die Auflösung des sozialstaatlichen Konsenses mit diesen Handlungs-

typen gelingt es, sämtliche 21 Projekte in ein konsistentes Interpretationsraster einzuspannen.

Die drei Zukunftsmodelle unterscheiden sich durch ihre unterschiedlichen Bewertungen der entscheidenden „Machtressource“ (Recht, Geld, Solidarität), auf die kommunale Zukunft gründen muss.

Eine ähnlich einfache aber dennoch erschöpfende Systematik konnte für den Punkt „Zukunft der Stadtforschung“ gefunden werden. Geht man davon aus, dass Stadtforschung im hier gemeinten Sinne immer praxisbezogene Forschung ist, dass sie sich also auf politische oder politisch handelnde Institutionen bezieht, lassen sich zwei Forschungstypen unterscheiden, zum einen eine Forschung, die im Sinne von Anforderungen, Bedarf, Funktionen oder Handlungsregeln die Handlungen der handelnden Akteure zu bestimmen sucht. Dem gegenüber steht als zweiter Forschungstyp eine Forschung, die die Folgen und die Bedingungen dieser Folgen von Handlungen überprüft.

Auch bei der Aufgabe zur Entwicklung eines zukünftigen Forschungsprogramms hat sich die Begleitforschung nicht auf eine Einzelfragen der Stadtforschung eingelassen, wie sie die Projekte zu bearbeiten hatten, sondern stattdessen nach übergreifenden Kategorien und Systematiken gesucht, die das gesamte Feld abdecken. In den oben genannten Berichten und Publikationen werden die hier nur äußerst knapp skizzierten Ergebnisse im Detail und mit Beispielen besetzt ausgeführt. Die relativ hohe Abstraktionsebene, die zunächst als irritierend erscheinen mag, war durch die Heterogenität der Projekte unvermeidlich. Sie wird aber in den Berichten sehr schnell auf die Projektebene herunter gebrochen und damit den Lesern zugänglich (Göschel, Bock, Jekel, Libbe [AB 3], Reimann).

2.7 Zuwanderer in der Stadt

In dem bundesweiten Projekt „Zuwanderer in der Stadt“, das innerhalb des Programms „Bauen und Wohnen“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird, werden Erkenntnisse wissenschaftlicher Forschung zur sozialräumlichen Integration von Zuwanderern systematisiert, durch neue Erkenntnisse ergänzt und in acht Fallstudienstädten erprobt.

Das Verbundvorhaben umfasst zwei „Projektsäulen“: das Expertenforum und das Praxisnetzwerk. Im Expertenforum sind Akteure aus Wissenschaft und Praxis vertreten. Das Praxisnetzwerk setzt sich aus lokalen und regionalen Akteuren der Kommunen und Wohnungswirtschaft in acht ausgewählten Fallstudienstädten (Berlin, Essen, Frankfurt a.M., Hamburg, Hannover, Mannheim, München und Nürnberg) zusammen.

Verbundpartner des Projektes sind die Schader-Stiftung als Projektgeschäftsstelle, der Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen GdW, der Deutsche Städtetag sowie die beiden Forschungsinstitute Deutsches Institut für Urbanistik und das Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung; die beiden letztgenannten haben die Funktion des „Verbundpartners Forschung“ bzw. der Begleitforschung, bei der das Difu die Federführung hat.

Die vom Verbundpartner Forschung im August 2004 vorgelegten Ergebnisse der Bestandsaufnahmen in den ausgewählten Gebieten der acht Städte fanden Eingang in die vom Expertenforum im Dezember 2004 entwickelten Handlungsempfehlungen zur stadträumlichen Integration, die im Februar 2005 auf einem Kongress vorgestellt wurden. Diese Handlungsempfehlungen wurden anschließend auf unterschiedliche Weise in die Fallstudienstädte und in die ausgewählten Gebiete vermittelt und in einem Dialog mit lokalen Akteuren und Entscheidungsträgern auf ihre Realisierbarkeit hin diskutiert. Dieser Vermittlungsprozess dauert noch an und führt in einigen Fallstudienstädten im

Ergebnis dazu, dass integrationsfördernde Projekte und Maßnahmen in unterschiedlichen Handlungsfeldern initiiert und umgesetzt werden. Verlauf und Ergebnisse dieses Umsetzungsprozesses werden vom Verbundpartner Forschung ermittelt und in einer für Mitte 2006 geplanten Abschlussdokumentation dargelegt. Darüber hinaus wird der Verbundpartner Forschung ergänzend zum Abschlussbericht einen Band zu Guten Beispielen im Bereich der Integration erstellen, in Abstimmung und mit Unterstützung der Fallstudienstädte. Am 28.–29.9.2006 ist ein Abschlusskongress in Nürnberg geplant.

Aufgrund der zeitlich verschobenen Präsentation der Empfehlungen und der damit auch später einsetzenden Umsetzungsprozesse wird sich der Abschluss des Projektes um ein Vierteljahr auf 30.9.2006 verschieben (Schuleri-Hartje, Reimann, Strauss).

2.8 Raum – Gebiet – Lebenswelt? Chancen und Restriktionen gebietsbezogenen kommunalen Verwaltungshandelns

Im Vordergrund der Bearbeitungsphase 2005 des im Mai 2003 in den Untersuchungsstädten Berlin (Bezirk Tempelhof-Schöneberg), Dortmund, Essen und Leipzig gestarteten Projektes standen die Auswertung von Dokumenten zu gebietsbezogenem Verwaltungshandeln (Programmrichtlinien Soziale Stadt, URBAN, EFRE, kommunale Rahmenpläne und Integrierte Handlungskonzepte) sowie die Erstellung weiterer Teile des Projektberichtes (Franke).

3. Projektvorbereitende Arbeiten

3.1 Bauleitplanung und europäisches Immissionsschutzrecht

Das deutsche Bauplanungsrecht und insbesondere das Recht der Bauleitplanung werden zunehmend durch die Rechtsetzung der Europäischen Union beeinflusst. Die Auswirkungen auf das deutsche Planungsrecht und die städtebauliche Praxis sind dabei nur in Teilen untersucht. Erkenntnisdefizite bestehen insbesondere hinsichtlich der Auswirkungen des europäischen Immissionsschutzrechtes. Die EU hat hier u.a. mit der Luftqualitätsrahmenrichtlinie 96/62 und den dazu ergangenen Tochterrichtlinien 1999/30 und 2000/69, mit der Seveso II Richtlinie und mit der Umgebungslärmrichtlinie Regelungen geschaffen, die zu erheblichen Anpassungen im Bereich des deutschen Immissionsschutzrechtes geführt haben. Die Bedeutung dieser Änderungen für das Planungsrecht und vor allem für die städtebauliche Praxis ist dabei allenfalls ansatzweise diskutiert.

Im Herbst 2005 wurde ein Konzept für eine grundlegend angelegte empirische Untersuchung zu den damit angesprochenen Fragen erarbeitet (Bunzel).

3.2 Friedhofsentwicklung

Friedhöfe sind in Deutschland die stabilsten und am häufigsten besuchten Park- und Grünflächen in den Städten, die sich mit ihrem reichen Baum- und Strauchbestand positiv auf das Stadtklima und die Luftqualität auswirken und seltenen Pflanzen und Tieren artenreiche Rückzugsräume bieten. In dicht besiedelten Großstädten sind Friedhöfe oft die einzigen Naherholungsräume, aber auch soziale Orte der Ruhe, der Erinnerung und der Trauerbewältigung. Die heute noch bestehenden kommunalen und konfessionellen Friedhöfe sind gestaltete Begräbnisstätten in der Stadt und im Stadtteil. Daneben finden sich aber auch am Landschaftspark orientierte Park- und Waldfriedhöfe in den Randregionen der Städte mit unterschiedlichen Vorstellungen der Bestattung.

Bei aktuellen Entscheidungen zu Friedhöfen müssen der demografischen Wandel, finanzielle Sparzwänge und verändertes Bestattungsverhalten berücksichtigt werden. Dabei ist die Aufgabe und Umwidmung von Friedhofsflächen als Parkanlagen, aber auch die Entwidmung von Flächen für andere städtebauliche Nutzungen teilweise von Bürgerprotesten begleitet. Vielfach widmen sich die Stadtverwaltungen aber auch neuen Formen der Ruhe auf multikulturellen Friedhöfen, in Gemeinschaftsgräbern und in friedlichen Wäldern, während es parallel dazu Privatisierungsdiskussionen und Auseinandersetzungen zu Kosten und Bestattungsgebühren mit Auswirkungen auf die Bewirtschaftung von Friedhöfen und den Umgang mit Überhangflächen gibt.

Die projektvorbereitenden Arbeiten mit Literaturrecherchen und zur Praxis in den Städten dienen der Vorbereitung eines Profildienstes und eines Projektantrags für das erste Quartal 2006 mit der Fragestellung wie sich die Kommunalpraxis auf die veränderten Rahmenbedingungen einstellen kann. (Preisler-Holl, Rothäusler).

4. Andere Aktivitäten (Auswahl)

- Mitglied im Ausschuss „Integrative Stadterneuerung“ der Vereinigung der Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL) mit Sitzungen am 29.1. und am 5.11.2005 in Kassel (Becker).
- Mitglied im Arbeitskreis „Soziale Stadt/präventive Stadtentwicklung“ der Vereinigung der Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL) mit Sitzungen am 16.4.2005 und am 29.10.2005 in Kassel (Becker).
- Teilnahme an den Sitzungen des „Rats für Stadtentwicklung“ (AiV, Architektenkammer, BDA, BdB, Difu, IRS, Werkbund) in Berlin (Becker).
- Vorsitz des Preisgerichts zum Wettbewerb des Ministeriums für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen „Imagewettbewerb der Sozialen Stadt“ am 2.3.2005 in Aachen (Becker).
- Teilnahme am „Wissenschaftlichen Gedankenaustausch zum Städtebaulichen Bericht der Bundesregierung 2004“ des BBR am 13.9.2005 in Bonn (Becker).
- Sachverständige bei der Anhörung des Stadtentwicklungsausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft zur „Aktiven Stadtteilentwicklung 2005–2008“ am 15.9.2005 in Hamburg (Becker).
- Einführungsstatement und Podiumsteilnahme bei der Fachtagung „Baustelle Stadt“ der Petra Kelly Stiftung und der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung, Regionalgruppe Bayern am 6.10.2005 in Nürnberg (Becker).
- Teilnahme als Expertin an dem Workshop „Gender-Aspekte in der Wohnungsversorgung und auf den Wohnungsmärkten“ beim vdw Verband der Wohnungswirtschaft in Niedersachsen und Bremen e.V. am 17.2.2005 in Hannover (Bock).
- Teilnahme als Expertin an einem Scientific Workshop im Rahmen des Forschungsvorhabens TRANSFORMES (Integration of TRANSport and urban FORM in the Europaen region of Strasbourg) am 13.9.2005 in Kehl (Bock).
- Wintersemester 2005/2006 Gastprofessur (halbe Stelle) im Rahmen des „Maria-Goeppert-Mayer-Programm für internationale Frauen- und Geschlechterforschung“ am Zentrum für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung (ZIF) der HAWK Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst, der Fachhochschule Hildesheim/Holzminde/Göttingen und der Stiftung Universität Hildesheim (Bock).
- Mitglied im Projektbeirat „Stadtumbau Ost“ des Bezirks Lichtenberg, der insbesondere Fragen der Geschlechtergerechtigkeit formulieren und bei der Umsetzung von Förderprojekten im Rahmen des Programms Stadtumbau Ost mitwirken soll (Bock).
- Fachexpertin im Beirat für frauenspezifische Belange bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Bock).

Andere Aktivitäten

- Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung beim Verein für Kommunalwissenschaften e.V. (Böhme, Schuleri-Hartje).
- Mitglied im beratenden Arbeitskreis „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Böhme).
- Teilnahme als Expertin an der Präsentation und Diskussion der Ergebnisse des im Auftrag des BBR bearbeiteten Forschungsprojekts „Flächenrecycling in suburbanen Räumen“ (Programm Aufbau Ost) am 1.2.2005 in Berlin (Böhme).
- Teilnahme als Expertin an der von der Deutschen Vereinigung für Sportwissenschaft im Rahmen des 17. Sportwissenschaftlichen Hochschultags am 23.9.2005 in Leipzig veranstalteten Podiumsdiskussion „Mehr Bewegung im Alltag“ (Böhme).
- Mitglied in der Fachkommission Baurecht des DST (Bunzel).
- Ständiger Gast des Planungs- und Bauausschusses des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg (Bunzel).
- Mitglied der Arbeitsgruppe der Kommunalen Spitzenverbände zur Überarbeitung der Mustersatzung zur Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen (Bunzel).
- Mitglied des Arbeitskreises Öffentliches Baurecht der Gesellschaft für Baurecht (Bunzel).
- Vorlesungen u.a. zu „Erschließungs- und Erschließungsbeitragsrecht“ und „Bodenordnung“ im Studiengang Real Estate Management der TU Berlin (Bunzel).
- Seminar „100 Fragen zum BauGB 2004“ für das vhw am 20.4.2005 in Berlin und 24.5.2005 in Leipzig (Bunzel, Berkemann [ext.]).
- Vortrag zum Thema „Monitoring in der Stadt und Regionalplanung“ im Rahmen der Fachtagung „Umweltprüfung in der Stadt und Regionalplanung“ der TU Berlin, Institut für Stadt und Regionalplanung am 12.9.2005 in Berlin (Bunzel).
- Vortrag zum Thema „Fallstudienuntersuchung zum Monitoring. Zwischenbericht aus einem Forschungsvorhaben des BMVBW“, Veranstalter Bundesministerium für Umwelt und Reaktorsicherheit, Universität Kassel und Bund Deutscher Landschaftsarchitekten BDLA am 26.9.2005 in Kassel (Bunzel).
- Teilnehmer des Forums Gemeinwesenarbeit und soziale Stadtteilentwicklung Berlin (Franke.)
- Podiumsteilnahme und Referat „Stadtteilorientierte kommunale Steuerung mittels integrierter Handlungskonzepte“ bei der Zielgruppenkonferenz der Vertreter/innen der Städte u. Gemeinden mit E+C-Gebieten, am 26.–27.4.2005 in Stuttgart (Franke).
- Vortrag „Gebietsabgrenzung und ressortübergreifende Kooperation im Rahmen des Programms ‚Soziale Stadt‘“ im Rahmen des Seminars „Arbeitsförderung und Quartiersmanagement in benachteiligten Stadtteilen“ am 17.6.2005 an der Fachhochschule Potsdam FB Sozialwesen (Franke, Strauss).
- Vortrag und Podiumsdiskussion „Wie viel Geschichte braucht die Stadt“ am 20.2.2005 im Maxim-Gorki-Theater, Berlin (Göschel).
- Vortrag und Podiumsdiskussion „Das Konzept ‚Kulturelle Grundversorgung‘“, LAG Kultur von Bündnis 90/Die Grünen am 23.2.2005 im Abgeordnetenhaus Berlin (Göschel).
- Moderation „Vierte Konferenz der deutschen und ungarischen Bewerberstädte um die ‚Kulturhauptstadt Europas 2010‘“ am 5.–6.3.2005 in Kassel (Göschel).
- Vortrag „Berufsmusiker in Ensemble, Orchester und Theater – kulturpolitische und kulturökonomische Perspektiven eines Berufsstandes“, Impulsreferat zum Diskussionsforum Musik und Beruf des Landesmusikrates NRW am 12.3.2005 in der Philharmonie Essen (Göschel).
- Vortrag und Leitung eines Workshops „Kulturpolitik in der aktiven Bürgergesellschaft“ am 15.–16.4.2005 im Goethe-Institut Sofia (Göschel).
- Vortrag „Identität und Zukunft der Stadt Bremen“ zur Tagung „Hinter dem Horizont geht es weiter – aber wohin?“ der Heinrich-Böll-Stiftung, Bremen am 1.7.2005 in Bremen (Göschel).

- Festvortrag „Perspektiven der deutschen Stadtentwicklung“, 25-jähriges Jubiläum von „Mieter helfen Mieter“ und 20-jähriges Jubiläum von „Stattbau Hamburg“ am 16.9.2005 in Hamburg (Göschel).
- Eröffnungsvortrag „Demographischer Wandel: Polarisierung der deutschen Städte“, beim Symposium „Stadt und Kirche im demographischen Wandel“ der Landeshauptstadt Hannover und des Ev.-luth. Stadtkirchenverbandes, Fachverband City-Kirche am 10.10.2005 in Hannover (Göschel).
- Eröffnungsvortrag „Chancen/Grenzen/Zukunft der europäischen Stadt“, zum Bibliotheksseminar „Vision Bibliothek“, der Konrad-Adenauer-Stiftung am 24.10.2005 in Großenhain (Göschel).
- Eröffnungsvortrag „Wachsen + Schrumpfen = Spalten? Neue Perspektiven gleichwertiger Raumentwicklung in Deutschland“, 1. Deutsche Studierendenkonferenz am 4.11.2005 an der Universität Bremen (Göschel).
- Vortrag „Brisante Lebensvisionen des 20. Jahrhunderts“, zum Symposium „Leitsysteme zum Neuen? Prolog zum Dresdner Stadtjubiläum 2006“ am 12.11.2005 in Dresden (Göschel).
- Podiumsdiskussion „Die Zukunft der großen Stadt“, Metropolendiskussion der Konrad-Adenauer-Stiftung, am 14.11.2005 in Berlin (Göschel).
- Eröffnungsvortrag „Demographischer Wandel und stadtteilbezogene Infrastruktur“ zur „Jahrestagung Stadtteilarbeit 2005“ am 16.11.2005 in Hannover (Göschel).
- Podiumsdiskussionsteilnahme „Die Zukunft der Stadtteilarbeit“ zum Abschluss der „Jahrestagung Stadtteilarbeit 2005“ am 18.11.2005 in Hannover, (Göschel).
- Teilnahme am deutsch-österreichisch-schweizerischen Kolloquium zur Zukunft der Kulturpolitikforschung am 25.11.2005 in Zürich (Göschel).
- Vortrag „Gerontopolis – Stadtschrumpfung oder Stadtrenaissance?“ zur Gemeinschaftsveranstaltung „Stadtstruktur und demographischer Wandel“ von Bundeszentrale für politische Bildung und Difu am 1.12.2005 in Berlin (Göschel).
- Vortrag „City 2030 and the Perspectives of Wolfsburg“ zum Symposium „Industriestadt futurismus, Wolfsburg/Nowa Huta“ des Kunstvereins Wolfsburg am 10.12.2005 in Wolfsburg (Göschel).
- Ständiger Gast in der Fachkommission „Stadtplanung“ des Deutschen Städtetags (Meyer).
- Berufenes Mitglied im Sachverständigenbeirat für Naturschutz und Landschaftspflege Berlin im Hause der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Preisler-Holl).
- Mitarbeit beim AK „StadtNatur“ des Sachverständigenbeirats für Naturschutz und Landschaftspflege zum Jubiläumsjahr 2007 aus Anlass von 80 Jahren Stadtnaturschutz in Berlin (Preisler-Holl).
- Vortrag „Heutige Bedingungen der Unterhaltung öffentlicher Grünflächen“ bei der Informationsveranstaltung des Büros der Oberbürgermeisterin von Frankfurt a.M. und der FES über den „Umgang mit öffentlichen Grünflächen“ am 13.7.2005 in Frankfurt a.M. (Preisler-Holl).
- Teilnahme als Expertin an Fachgespräch zu sozialräumlicher Segregation mit Vertretern aus Quartiersmanagement und Stadtverwaltung am 27.6.2005 in Mannheim (Reimann).
- Vortrag zu „Sozio-spatial integration of immigrants in Germany“ auf der Summer-School der Humboldt Universität zu Berlin am 15.6.2005 in Berlin (Reimann).
- Teilnahme als Expertin am Fachgespräch „Integration von Zuwanderern in der Stadt“ beim BMFSFJ (Migrationsbeauftragte) am 19.5.2005 in Berlin (Reimann).
- Teilnahme als Expertin und Vortrag zum Thema „Empfehlungen zur sozialräumlichen Integrationspolitik“ auf Experten-Workshop „Migranten auf dem Wohnungsmarkt. Sind Belegungsstrategien mit dem Grundsatz der Freizügigkeit zu vereinbaren?“ am 16.9.2005 in Dortmund. Veranstalter: Planerladen e.V. in Kooperation mit dem VdW – Verband der Wohnungswirtschaft Rheinland-Westfalen e.V. (Reimann).

- Teilnahme als Expertin und Vortrag zum Thema „Migration und Segregation in Deutschland: Konsequenzen für die Wohnungswirtschaft“ auf der Tagung „Unternehmenserfolge sichern – Optimierung von Wohnungsangeboten in schwierigen Beständen“ am 7.12.2005 in Wiesbaden. Veranstalter: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e.V. in Kooperation mit der Südwestdeutschen Fachakademie der Immobilienwirtschaft e.V. (Reimann).
- Jurymitglied zum Deutschen Präventionspreis „Gesund in die zweite Lebenshälfte 50 plus mit Präsentation eines Preisträgers bei der Preisvergabe am 22.6.2005 in Berlin (Schuleri-Hartje).
- Referat zu „Gesundheits- und bildungsbezogenen Problemen und Potentialen benachteiligter Quartiere – stadtteilbezogene Strategien“ auf der Konferenz „Gesundheitliche Chancengleichheit in Thüringen“ am 5.7.2005 in Erfurt (Schuleri-Hartje).
- Impulsreferat „Von „Tante Emma“ zu „Onkel Ali“ – Integrationspotentiale der Migrantenökonomie in Stadtquartieren“ zum Kongress „Arbeit und Selbständigkeit“ am 2.–3.6.2005 in Hamburg (Schuleri-Hartje).
- Teilnahme und Vortrag „Stadtteilbezogene Strategien zur Gesundheitsförderung für benachteiligte Kinder und Jugendliche“ auf der Konferenz „Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe als Orte der Gesundheitsförderung in E&C-Gebieten“ am 4.7.2005 in Berlin (Schuleri-Hartje).
- Teilnahme und Vortrag „Wir brauchen Kinder – also müssen wir etwas tun. Kinderfreundlichkeit als Aufgabe der Stadtentwicklung- Erfahrungen aus der Sozialen Stadt“ auf der Weltkonferenz International Play Association (IPA) am 20.7.2005 in Berlin (Schuleri-Hartje).
- Stellungnahme im Rahmen einer Anhörung im Abgeordnetenhaus Berlin zum vom Senat beschlossenen Integrationskonzept für Berlin „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“, speziell zu den inhaltlichen Schwerpunkten „Interkulturelle Kompetenz der Verwaltung“, „Teilhabe und Integration“ sowie „Mehrsprachiges Informationsangebot“ am 1.12.2005 in Berlin (Schuleri-Hartje).
- Teilnahme am „6. Internationalen Modellprojekte Forum Europäische Urbanistik 2005“ am Institut für Europäische Urbanistik an der Bauhaus-Uni Weimar und Vorstellung des Difu sowie aktueller Arbeitsfelder und Projekte im Rahmen des „Forums der Projektpartner“ am 17.–18.11.2005 in Weimar (Strauss).
- Teilnahme an der Tagung „EDV in der räumlichen Planung und Bauverwaltung“ des Instituts für Städtebau von 7.–9.12.2005 und Vorstellung des Projekts „Bauleitplanung & Internet“ sowie erster Zwischenergebnisse im Rahmen eines Forschungsberichtes sowie Teilnahme als Diskutant in zwei thematischen Workshops (Strauss).

5. Veröffentlichungen

5.1 Difu-Publikationen

Difu-Arbeitshilfe

- Bunzel, Arno, Umweltprüfung und Bauleitplanung (Difu-Arbeitshilfe), Berlin 2005.

Difu-Materialien

- Franke, Thomas, und Wolf-Christian Strauss, Management gebietsbezogener integrativer Stadtteilentwicklung. Ansätze in Kopenhagen und Wien im Vergleich zur Programmumsetzung „Soziale Stadt“ in deutschen Städten, Difu-Materialien 8/2005, Berlin 2005.

- Bundestransferstelle Soziale Stadt, Info 16 zur Sozialen Stadt, Themenschwerpunkt „Bildung im Stadtteil“, Februar 2005.
- Bundestransferstelle Soziale Stadt, Info 17 zur Sozialen Stadt, Themenschwerpunkt „Integration von Migrantinnen und Migranten“, darin: Reimann, Bettina, und Ulla-Kristina Schuleri-Hartje, Integration von Migrantinnen und Migranten im Stadtteil, S. 2–8, September 2005.
- Bundestransferstelle Soziale Stadt, Fachtagung Bildung im Stadtteil. Dokumentation, Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt, Bd. 11, September 2005.
- Bundestransferstelle Soziale Stadt, Info 18 zur Sozialen Stadt, Themenschwerpunkt „Quartiersimage, Sicherheit und Öffentlichkeit im Stadtteil“, Dezember 2005.

Aktuelle Information

- Böhme, Christa, Bettina Reimann und Ulla-Kristina Schuleri-Hartje, Kommunale Umwelt gesundheitsfördernd gestalten – Praxis der Lokalen Agenda 21, September 2005.

Online-Dokumente

- Böhme, Christa, Bettina Reimann und Ulla-Kristina Schuleri-Hartje unter Mitarbeit von Wenke Girmann-Russ, Marcus Pierk und Waldemar Süß, Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit, Teil1, Expertise: Kommunale Praxis, im Auftrag des Umweltbundesamtes, Mai 2005 (<http://edoc.difu.de/orlis/DF9853.pdf>).
- Böhme, Christa, Rainer Fehr, Wenke Girmann-Russ, Marcus Pierk, Bettina Reimann, Ulla-Kristina Schuleri-Hartje und Waldemar Süß, Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit, Teil2, Gute-Praxis-Beispiele in Kommunen – Mitmachen lohnt!, im Auftrag des Umweltbundesamtes, November 2005 (<http://edoc.difu.de/orlis/DF10033.pdf>).
- Bunzel, Arno, Monitoring und Bauleitplanung: Bericht über Fallstudien aus einer laufenden Untersuchung, Vortrag im Rahmen der Fachtagung der UVP-Gesellschaft „Die BauGB-Novelle. Neue Herausforderungen und erste Erfahrungen“ am 10.–11.11.2005 in Bielefeld (<http://www.difu.de/extranet/vortraege/05-bunzel-monitoring/05-bunzel-monitoring.pdf>).
- Reimann, Bettina, Zuwanderer in der Stadt: Netzwerk Forschung & Praxis, (<http://www.difu.de/extranet/vortraege/05-reimann/>).
- Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina, Holger Floeting und Bettina Reimann, Von der Arbeitsmigration zur Selbständigkeit – Bedeutung der Migrantenökonomie als Integrationsfaktor (<http://www.difu.de/extranet/vortraege/05-schuleri-migranten.phtml>).
- Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina, Beratung von ExistenzgründerInnen und Betrieben. Vortrag auf dem Kongress „Arbeit und Selbständigkeit“ am 2.6.2005 in Hamburg (<http://www.difu.de/extranet/vortraege/05-schuleri-existenzgruender.phtml>).
- Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina, Gesundheits- und bildungsbezogene Probleme und Potentiale benachteiligter Quartiere – stadtteilbezogene Strategien, Vortrag auf der 2. Fachtagung zur Förderung der gesundheitlichen Chancengleichheit in Thüringen am 6.7.2005 in Erfurt (<http://www.difu.de/extranet/vortraege/05-gesundheit.phtml>).
- Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina, Wir brauchen Kinder – also müssen wir etwas tun. Vortrag auf der Weltkonferenz der International Play Association (IPA) am 20.7.2005 in Berlin (http://www.difu.de/extranet/vortraege/05-wir_brauchen_kinder.phtml).

- Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina, Interkulturalität, Berlin 2005 (Difu-Profildienst „Soziale Fragen und Kultur“).

5.2 Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen

- Becker, Heidede, Perspektiven der Stadtentwicklung, in: Arnold Klotz, Otto Frey, Ludwig Boltzmann, Institut für Interdisziplinäre Stadtforschung (Hrsg.), Verständigungsversuche zum Wandel der Stadtplanung, Wien 2005, S. 40–44.
- Becker, Heidede, Handlungsempfehlungen aus Sicht des Difu, in: wohnbund informationen, Themenheft „Soziale Stadt“, H. 1 (2005), S. 15–17.
- Bock, Stephanie, Hildegard Matthies, Brigit Riegraf und Karin Zimmermann, Wissenskommunikation im Kontext von Gender Mainstreaming, in: Ernst, Sylke; Warwas, Jasmin; Kirsch-Auwärter, Edith (Hrsg.): wissenstransform. Wissensmanagement in gleichstellungsorientierten Netzwerken, Münster 2005, S. 172–190.
- Bock, Stephanie, Kommunale Zukunft in regionalen Räumen: Fragmentierung und Kohäsion, in: Deutsche Institut für Urbanistik (Hrsg.): Zukunft von Stadt und Region II: Perspektiven der Regionalisierung. Beiträge zum Forschungsverbund „Stadt 2030“, Wiesbaden 2005, S. 215–246.
- Bock, Stephanie und Jens Libbe, Szenarioplanung von Städten und Regionen. Erfahrungen im Ideenwettbewerb „Stadt 2030“ aus Sicht der Begleitforschung, in: Neumann, Ingo (Hrsg.): Szenarioplanung in Städten und Regionen. Theoretische Einführung und Praxisbeispiele, Dresden 2005, S. 82–94.
- Bock, Stephanie, Karriere und Engagement im Zusammenspiel von Strukturen und Akteurinnen. Chancen und Restriktionen frauenpolitischer Netzwerke, in: Henninger, Annette und Helga Ostendorf (Hrsg.), Die politische Steuerung des Geschlechterregimes. Beiträge zur Theorie politischer Institutionen, Politik und Geschlecht, Wiesbaden 2005, Band 13, S. 241–259.
- Böhme, Christa, Erfolgsbedingungen für ein effektives Kompensationsmanagement, in: Wolfgang Köck, Randi Thum und Rainer Wolf (Hrsg.), Praxis und Perspektiven der Eingriffsregelung. Probleme der Flächen- und Maßnahmenbevorratung – Verknüpfung mit Umwelt- und Raumplanung, Baden-Baden 2005, S. 42–52 (Schriftenreihe Recht, Ökonomie und Umwelt, Bd. 15).
- Böhme, Christa, Schaffung einer gesundheitsverträglichen Umwelt: Bestehende Strukturen nutzen, Vernetzung fördern, in: impulse, Newsletter zur Gesundheitsförderung, Nr. 49 (2005), S. 13.
- Böhme, Christa, Vernetzung integrativer Programme mit Lokal- und Gesundheitsbezug. Thesen und Empfehlungen der Arbeitsgruppe Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung, in: Rolf-Peter Löhr, Anja Halkow und Raimund Geene (Hrsg.), Netzwerke für eine lebenswerte Umgebung. Gesundheitsförderung in benachteiligten Stadtquartieren, Berlin 2005, S. 48–54 (Armut und Gesundheit. Netzwerke und Strukturen für gesunde Lebenswelten, Themenheft 4).
- Böhme, Christa, Elke Bruns, Arno Bunzel, Alfred Herberg und Johann Köppel, Flächen- und Maßnahmenpools in Deutschland, Bonn-Bad Godesberg 2005 (Naturschutz und Biologische Vielfalt, H. 6).
- Bunzel, Arno, Kommentierungen zu § 4c und zur Anlage zu §§ 2 Abs. 4 und 2a BauGB, in: Bleicher, Ralf, Arno Bunzel, Thomas Engel, Jörg Finkeldei und Lucia Wecker, Baurecht, Ergänzbares Vorschriftensammlung mit Kommentar, 92. Ergänzungslieferung, Kronach, München, Bonn, Potsdam, Januar 2005.
- Bunzel, Arno, Cornelia Rösler, Vera Lorke, Kommunale Zusammenarbeitsstruktur zur Berücksichtigung von Umwelt und Gesundheitsbelangen in Planungsverfahren,

- hrsg. v. Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag, Köln/Berlin 2005, im Internet unter <http://www.apug.nrw.de/pdf/planungsverfahren.pdf>.
- Franke, Thomas, Quartiermanagement im Spannungsfeld zwischen Politik, Verwaltung, Markt, Drittem Sektor und „Zivilgesellschaft“, in: Sylvia Greiffenhagen und Katja Neller (Hrsg.), Praxis ohne Theorie? Wissenschaftliche Diskurse zum Bundesländer-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“, Wiesbaden 2005, S. 186–201.
 - Franke, Thomas, Stadtteilorientierte kommunale Steuerung mittels integrierter Handlungskonzepte, in: Regiestelle E&C der Stiftung SPI (Hrsg.), Der Sozialraum als Steuerungsgröße – Strategien stadtteilbasierter kommunaler Steuerung in Soziale Stadt/ E&C-Gebieten, Berlin 2005, S. 20–25 (www.eundc.de/download/doku_sozialraum.pdf).
 - Göschel, Albrecht, Demographie, Ökonomie und Wertewandel: Bedingungen zukünftiger Kulturpolitik, in: Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft (Hrsg.), Jahrbuch für Kulturpolitik 2005, Essen 2005, S. 59–75.
 - Göschel, Albrecht, Rollback – Kulturpolitik im Umbruch, in: Kultur. Zeitschrift für Soziokultur und kulturelle Initiativen in Niedersachsen, Heft 55, Juni 2005, S. 9–11.
 - Göschel, Albrecht, Perspektiven und Utopien der europäischen Stadt, in: Burmeister, Hans-Peter, (Hrsg.), Stadt als Lebensraum. Europäische Perspektiven, Loccumer Protokolle 75/04, Loccum 2005, S. 43–60.
 - Göschel, Albrecht, Im Profil betrachtet. Stadt- und Regionalmarketing im Wettbewerb der Regionen, in: Stiftung Westfalen-Initiative, Franz-Josef Hillebrandt (Hrsg.), Dialoge. Vortragsreihe im Rahmen des Bauvorhabens zum Kulturforum Westfalen, Münster 2005, S. 73–82.
 - Göschel, Albrecht, Kommunale Kulturpolitik zwischen Bildungs- und Identitätspolitik, in: Krannich, Margret, und Rolf Zwengel (Hrsg.), Gesellschaftliche Perspektiven: Stadt und Staat. Jahrbuch der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen, 2004, Frankfurt a.M., Essen 2005, S. 21–35.
 - Göschel, Albrecht, Bremen auf der Suche nach seiner Seele, in: Heinrich-Böll-Stiftung Bremen (Hrsg.), Hinter dem Horizont geht es weiter – aber wohin? Welche finanziellen und politischen Perspektiven hat Bremen noch? Bremen 2005; auszugsweise abgedruckt in der Bremer Ausgabe der „Tageszeitung“ vom 19.11.2005.
 - Göschel, Albrecht, Die demographische Wende – Geburtenrückgang, Alterung, Bevölkerungsschrumpfung, in: Landeshauptstadt München, Sozialreferat, Stelle für interkulturelle Arbeit, Interkulturelle Verständigung. Fachtagung Leben und Wohnen in München 2004, München 2005, S. 5–13.
 - Göschel, Albrecht, Der Forschungsverbund „Stadt 2030“: Planung der Zukunft – Zukunft der Planung, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Zukunft von Stadt und Region. Band I: Integration und Ausgrenzung in der Stadtgesellschaft. Beiträge zum Forschungsverbund „Stadt 2030“, Wiesbaden 2005, S. 7–15. Textgleich im Band II, Perspektiven der Regionalisierung, Wiesbaden 2005, S. 7–15.
 - Reimann, Bettina, Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik, in: Planerladen e.V. (Hrsg.): Migranten auf dem Wohnungsmarkt. Sind Belegungsstrategien mit dem Grundsatz der Freizügigkeit zu vereinbaren? Experten-Workshop 2005, Dortmund, S. 14–19.
 - Reimann, Bettina, Perspektiven der Stadtgesellschaft: Partizipation, Integration und Ausgrenzung, in: Deutsche Institut für Urbanistik (Hrsg.), Zukunft von Stadt und Region I: Integration und Ausgrenzung in der Stadtgesellschaft. Beiträge zum Forschungsverbund „Stadt 2030“, Wiesbaden, S. 279–305.
 - Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina, Holger Floeting und Bettina Reimann, Ethnische Ökonomie. Integrationsfaktor und Integrationsmaßstab, Schader-Stiftung/Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Darmstadt. 2005.

Veröffentlichungen

- Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina, und Bettina Reimann, „Zuwanderer in der Stadt – Integration statt Segregation“, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik (ZAR) 5/2005, S. 164–167.
- Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina, Holger Floeting und Bettina Reimann, „Rolle und Funktion der ethnischen Ökonomie in Stadtquartieren“, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik (ZAR) 7/2005, S. 242–248.
- Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina, „Gesundheits- und bildungsbezogene Probleme und Potentiale benachteiligter Quartiere – stadtteilbezogene Strategien“ in Bildung + Stadtteilarbeit = Gesundheit?! 2. Fachtagung zur Förderung der gesundheitlichen Chancengleichheit in Thüringen, Dokumentation der Veranstaltung am 6.7.2005, Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Thüringen e.V. AGETHUR, Weimar 2005, S. 54–60.

Arbeitsbereich Wirtschaft und Finanzen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Dipl.-Geogr. Holger Floeting
Barbara Geffe
Dr. rer. pol. Busso Grabow
Dr. rer. nat. Beate Hollbach-Grömig
Marlen Petukat
Dipl.-Volksw. Michael Reidenbach
Dipl.-Sozwiss. Antje Seidel-Schulze

Studentische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Anna Becker
Katrín Bienge
Ricarda Pätzold
Daniela Riedel
Norman Stober
Anja Zahn

Praktikanten

Jan Farke
Jurian Stelter

1. Abgeschlossene Projekte

1.1 Umfrage zum Stadtmarketing in deutschen Städten 2004

„Stadtmarketing“ ist inzwischen fast 20 Jahre alt: Dennoch ist die Aktualität des Themas ungebrochen wie die Vielzahl von Aktivitäten zeigt. Es war zu vermuten, dass die Schwerpunkte des Stadtmarketing sich mit den Jahren nach und nach verschieben würden. Neue Themen wie „Business Improvement Districts“ (BID), urban management/new public management, also neue Ansätze zur Steuerung der Stadt, u.a. finden auch im Stadtmarketing ihren Niederschlag. Zudem haben sich in den letzten Jahren die Rahmenbedingungen für kommunales Handeln erheblich verändert. Dazu zählen die Europäisierung und Globalisierung der politischen wie auch der wirtschaftlichen Institutionen und Handlungskontexte und die Knappheit der öffentlichen Haushalte. Konjunkturprobleme, die schleppende Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, u. a. damit zusammenhängende Probleme im sozialen Bereich verstärken die Notwendigkeit, neue Akzente im Handeln der Kommunen zu setzen. Um zu prüfen, inwieweit Stadtmarketing auf diese Veränderungen der Rahmenbedingungen reagiert hat, wurde im Frühsommer 2004 eine Bestandsaufnahme – in Kooperation des Deutschen Instituts für Urbanistik mit der Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing e.V. (BCSD) – vorgenommen.

Um nicht nur den aktuellen Stand des Stadtmarketing darzustellen, sondern darüber hinaus Entwicklungs- und Veränderungstendenzen beschreiben zu können, knüpfte die Umfrage von 2004 in vielen Aspekten an Fragen an, die bereits in einer Befragung 1995 eine „kritische Zwischenbilanz“ zum Stadtmarketing möglich gemacht hatten. Zusätzlich wurden aktuelle Fragestellungen aufgenommen, so z. B. Fragen zu BIDs, zum Quartiersmanagement oder zu Details der Finanzierung der Stadtmarketingaktivitäten. Befragt wurden alle Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern und eine Stichprobe von Kommunen zwischen 10 000 und 50 000 Einwohnern, insgesamt 339 Städte und Gemeinden. Geantwortet haben 223 Städte, das entspricht einem Rücklauf von 66 Prozent.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass sich Stadtmarketing inzwischen konsolidiert hat. Es ist noch weiter verbreitet als vor zehn Jahren. Auch der Begriff ist etabliert – die Begriffsvielfalt, die zwischenzeitlich entstanden war, ist eher wieder zurückgegangen.

Es gibt keine grundlegenden, weit reichenden Verschiebungen im Hinblick auf die Ziele, Akteure oder Aufgabenfelder. Allerdings scheint Stadtmarketing in seinem Vorgehen pragmatischer und umsetzungsorientierter geworden zu sein. Darauf weisen beispielsweise die stärkere Einzelhandelsorientierung und die offensichtliche Konzentration der Aktivitäten auf die Innenstadt hin. Der ökonomische Anspruch oder auch die ökonomischen Erfordernisse in den meisten Projekten sind gewachsen. Ergebnisse, die darauf hinweisen, sind z.B. die intensivere Mitwirkung von Unternehmen in Stadtmarketing-Projekten, die sehr ausgeprägte Sichtweise vom Bürger als Kunden und eine tendenziell (noch) geringer gewordene Rolle der Bürgermitwirkung im Vergleich zu 1995. Stadtmarketing hat sich zunehmend institutionalisiert; so gibt es in etwa einem Viertel aller Städte GmbHs als Träger. Zugleich ist Stadtmarketing von der Verwaltungsebene stärker auf die politische Ebene „gewandert“, dies wird z.B. deutlich an einer häufigeren Initiativfunktion der Stadtspitze (Oberbürgermeister) und einer umfangreicheren Einbindung des Rats, als dies 1995 noch viele Projekte beschrieben. Zudem ist die „gute Kooperation mit dem Rat“ ein Erfolg, der von den Kommunen mit am häufigsten genannt wird. Wird der konzeptionelle Rahmen des Stadtmarketing ausgeschöpft, und einige Städte tun dies, kann das Instrument ein wichtiger Impuls sein, um die Handlungsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit von Städten zu verbessern (Hollbach-Grömig, Grabow, Jekel [AB 1], Birk (Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing e.V.) [ext.]).

1.2 Stadtmarketing: Fachtagung und Reader

Die breite Resonanz auf die Umfrage zum Stadtmarketing in Deutschland, die Vorträge und die „Aktuelle Information“ dazu zeigten, dass das Thema weiterhin auf breites Interesse in der kommunalen Praxis, aber auch in der Wissenschaft stößt. Zudem wurde mit der Umfrage eine Fülle an Informationen zusammengetragen, die es nahezu zwangsläufig machte, dieses Wissen vertieft zugänglich zu machen, sowohl in der empirischen Auswertung als auch in der theoretischen Befassung mit dem Thema.

Daher wurden zwei „Folgeprodukte“ konzipiert:

- eine Fachtagung, die Theorie und „best practices“ in einer Veranstaltung zusammenführt,
- eine Publikation mit aktuellen Erkenntnissen zum Stadtmarketing in Form eines Readers.

Die Fachtagung „Stadtmarketing: Stand – Entwicklung – Perspektiven“ fand am 28. und 29.9.2005 in Berlin statt. Sie orientierte sich in ihren Inhalten an den Ergebnissen der Umfrage, den Beiträgen des Readers und aktuellen Einzelfragen, die im Stadtmarketing eine große Rolle spielen, wie z.B. Finanzierung, externe Beratung, Kooperationspartner, Monitoring oder Evaluierung. Die Tagung wurde gemeinsam mit dem Arbeitsbereich Fortbildung (Kühn) durchgeführt.

Der „Stadtmarketing-Reader“ erscheint Anfang 2006 in der Reihe „Difu-Beiträge zur Stadtforschung“. Die Publikation vereint einen dreifachen Anspruch: Sie ordnet Stadtmarketing in den Kontext der aktuellen Diskussion um New Public Management und strategische Steuerung von Städten und Regionen ein, sie stützt sich auf die neuesten empirischen Ergebnisse zum Stand des Stadtmarketing in den deutschsprachigen Ländern und sie illustriert die Erfahrungen und Erfolgsbedingungen typischer Formen des Stadt- und Regionenmarketing anhand von sechs Fallbeispielen. Die empirischen, theoretischen und praktischen Beiträge nehmen eng aufeinander Bezug, um so einen konsistenten Orientierungsrahmen für alle mit Stadtmarketing Befassten zu schaffen – unabhängig davon, ob sie aus der kommunalen Praxis, der Wissenschaft oder dem Beratungsgeschäft kommen.

Kooperationspartner und Mitherausgeber war – wie auch bei der Umfrage – Dr. Florian Birk von der Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing e.V. (Hollbach-Grömig, Grabow).

1.3 Mobilfunk III

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) in Berlin wurde vom Informationszentrum Mobilfunk (IZMF) beauftragt, das aktuelle Monitoring zur Umsetzung der Selbstverpflichtung der Mobilfunknetzbetreiber gegenüber der Bundesregierung für die Jahre 2004 und 2005 durchzuführen. In dem Angebot wurde auch ein allgemeines Konzept für jährliche Panelbefragungen entwickelt. Ziel der Gutachten ist es, zu prüfen, ob und in welchem Umfang die Betreiber ihrer Selbstverpflichtung im Zusammenhang mit dem Auf- und Ausbau der Mobilfunknetze gerecht werden. Gegenüber der Bundesregierung haben sich die Mobilfunkbetreiber verpflichtet, ein solches Monitoring jährlich in Auftrag zu geben und das Gutachten jeweils am Jahresende vorzulegen. An den entsprechenden Gutachten der Vorjahre war das Difu bereits – teilweise verantwortlich – beteiligt (vgl. www.izmf.de).

Der Auftrag bezieht sich auf die vier Teilgebiete der Selbstverpflichtung

- Kommunikation und Partizipation
- Verbraucherschutz und Verbraucherinformation zu Handys
- Forschungsförderung
- EMF-Monitoring

Zur Bearbeitung der Teilgebiete kooperiert das Difu mit Prof. Dr. Dietrich Henckel von der TU Berlin (Teilgebiet „Kommunikation und Partizipation“), der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen (Teilgebiet „Verbraucherinformation und Verbraucherschutz“) sowie dem Wissenschaftlichen Institut für Kommunikationsdienste (WIK) (Teilgebiete „Forschungsförderung und EMF-Monitoring“).

Um die Einhaltung der Kernpunkte der Selbstverpflichtung zu prüfen, wurden in den Jahren 2004 und 2005 Umfragen sowie Fallstudienuntersuchungen durchgeführt. Ergebnis ist, dass im Wesentlichen Kommunikation und Partizipation auf der Basis der Selbstverpflichtungserklärung und der Verbändevereinbarung gut funktionieren. Im Detail und in Einzelfällen gibt es aber weiterhin Probleme, zu deren Behebung verschiedene Vorschläge gemacht werden, um den Kommunikations- und Beteiligungsprozess zwischen Kommunen und Betreibern weiter zu verbessern.

Das Gutachten 2004 wurde im Februar veröffentlicht, das Gutachten 2005 wurde dem Auftraggeber IZMF und der Bundesregierung übergeben und auf der Website des IZMF (www.izmf.de) und des Difu veröffentlicht (Grabow, Seidel-Schulze [Externe]).

1.4 Public Private Partnership Projekte – Eine Bestandsaufnahme in Bund, Ländern und Kommunen

In der Untersuchung wurde eine aktuelle und umfassende Bestandsaufnahme von Public Private Partnership Projekten (PPP) in Bund, Ländern und Kommunen vorgenommen. Sie wurde vom Difu im Auftrag der PPP Task Force im damaligen Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) durchgeführt.

Erkenntnisziele waren unter anderem:

- Ausmaß des Vorhandenseins von PPP-Projekten bei Kommunen,
- Erfassung bereits laufender oder geplanter PPP-Projekte in den Bereichen Hochbau/Verkehrsinfrastruktur/Mobilien,
- Investitionsvolumina der Projekte,
- Verbreitung der PPP-Vertragsmodelle,
- Verbreitung des PPP Lebenszyklusmodells,
- Einschätzung der Effizienzvorteile,
- Erfassung von Hemmnissen aufgrund der bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen.

Gegenstand der Erhebung waren ausschließlich „PPP-Projekte für projektbezogene Infrastrukturmaßnahmen“. Bewusst nicht erfasst wurden so genannte institutionelle PPP, also etwa Unternehmen mit öffentlichen und privaten Gesellschaftern mit Daueraufgaben, wie z.B. Stadtwerke, sowie PPP-Projekte im Bereich Ver- und Entsorgung. Im Fokus der Untersuchung standen vor allem aktuelle Projekte, die in den letzten fünf Jahren, also seit dem Jahr 2000, umgesetzt oder geplant wurden.

Durch die Vollerhebung bei 1.500 Städten und Gemeinden sowie bei allen Landkreisen und einer Rücklaufquote von fast 70 Prozent geben die Ergebnisse ein repräsentatives

Bild der kommunalen PPP-Projekte wieder. Für Bund und Länder sind Tendenzaussagen möglich.

Wichtigstes Ergebnis ist, dass PPP-Infrastrukturprojekte in Deutschland vor allem auf der kommunalen Ebene inzwischen weit verbreitet sind. Die Investitionsvolumina sind beträchtlich, bleiben allerdings noch weit hinter dem Stand etwa in Großbritannien zurück. In der Regel lassen sich durch PPP Effizienzvorteile erwirtschaften.

Die Ergebnisse wurden im Herbst 2005 als Sonderveröffentlichung des Difu publiziert und sind auf der Website des Difu als Volltextversion verfügbar. Weitere Projektaktivitäten in dem Themenfeld sind beabsichtigt (Grabow, Reidenbach, Rottmann, Seidel-Schulze).

1.5 Zur fiskalischen Wirkungsanalyse von unbebauten und bebauten Flächen und deren Nutzungsveränderungen unter besonderer Berücksichtigung von Naturschutzflächen

Ein Ziel der Bundesregierung ist, die derzeitige Umwandlung von Freiflächen in Siedlungsflächen von heute rund 90 ha auf 30 ha im Jahre 2020 zu reduzieren. Um dieses Ziel zu erreichen ist ein ganzes Bündel abgestimmter Maßnahmen notwendig. Dazu gehört auch, dass die Kosten der Umwandlung von Freiflächen besser sichtbar werden sollten.

Ziel dieses Forschungsprojektes war es, zu untersuchen, wie die Ausweisung neuer Baugebiete für Wohnen und Gewerbe für Gemeinden sich auf die kommunalen Haushalte auswirkt und dabei insbesondere zu prüfen, ob eine Rentabilität für die einzelne Gemeinde gegeben ist. Dies wird am Beispiel von zwei Umlandgemeinden exemplifiziert.

Derartige Berechnungen gehören inzwischen in den USA zum Standard der Planerausbildung und werden extensiv in Planungsentscheidungen der Kommunen verwendet. Insgesamt führen die vorliegenden Studien aber zu keinem eindeutigen Bild bezüglich der Rentabilität von Baulandausweisungen, was vor allem auch auf unterschiedliche Berechnungsverfahren zurückgeführt werden kann.

Fiskalische Wirkungsanalysen von neuen Baugebieten wurden in Deutschland bisher vor allem in der Literatur beschrieben, als Instrument für die Entscheider über Neuausweisungen sind sie praktisch unbekannt. Das in dieser Studie für die deutschen Verhältnisse entwickelte Modell ist daher relativ einfach und nachvollziehbar um diese Lücke zu schließen. Dazu werden die Kosten der Erschließung, soweit sie die Gemeinde betreffen, aber auch die Einnahmen aus Steuern geschätzt. Von ausschlaggebender Bedeutung ist dabei das System des kommunalen Finanzausgleichs, der einerseits den zusätzlichen Finanzbedarf durch die Einwohner honoriert, andererseits aber alle zusätzlichen Steuereinnahmen stark reduziert.

Im Ergebnis zeigt sich, dass nur bei einem engen Begriff der Erschließung neue Baugebiete für den Gemeindehaushalt profitabel sein können, wobei als Bedingung unterstellt werden muss, dass die künftigen Nutzer von außerhalb zuziehen. Schon die Beteiligung an den Kosten der äußeren Erschließung, insbesondere aber für den Bau und Betrieb schon eines Teils der sozialen Infrastruktur (Kindergarten, Grundschule) führt in den Modellrechnungen zu einem negativen Saldo. Dabei sollte aber beachtet werden, dass die untersuchte Fallkonstellation für die Gemeinde schon günstig war. Wären die Bewohner oder das Gewerbe nur innerhalb der Stadt ungezogen, dann wäre der Saldo auf jeden Fall negativ, es sei denn, man rechnet damit, dass diese Bewohner oder das Gewerbe andernfalls die Gemeinde verlassen hätten.

Da die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe kaum Steuern bezahlen, die für den kommunalen Haushalt relevant sind, wirkt sich auch die Ausweisung von Schutzgebieten zunächst kaum aus. Die Schutzgebiete sind auch ein beliebtes Ziel für den Tourismus, wodurch in diesen Gebieten auch Beschäftigung und Einkommen entstehen, mit moderaten positiven Wirkungen auf die kommunalen Haushalte.

Die Studie schließt mit einigen Empfehlungen: Das vorlegte Rechenmodell sollte verfeinert werden, eine fiskalische Wirkungsanalyse sollte für größere Bauprojekte in Deutschland vorgeschrieben werden und in der akademischen Ausbildung berücksichtigt werden, das System des kommunalen Finanzausgleichs sollte dahin gehend überprüft werden, ob nicht Anreize zur Baulandausweisung eliminiert werden können und schließlich, ob das System der Finanzierung von Erschließungsbeiträgen nicht auch auf den Betrieb zusätzlicher Einrichtungen ausgedehnt werden könnte.

Der Endbericht wurde im April 2005 dem Auftraggeber übergeben und wird 2006 in der Reihe Difu-Beiträge zur Stadtforschung veröffentlicht (Reidenbach, U. Meyer (AB 1), Preuß (AB 3), Henckel (TU Berlin) [ext.]).

2. Laufende Projekte

2.1 Regionale und kommunale Strategien zur Aktivierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenziale einer alternden Gesellschaft

Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland ist – wie auch in vielen anderen Industriestaaten – rückläufig. Sterbefallüberschuss, weniger Zuwanderung, niedrige Geburtenraten und eine noch weiterhin steigende Lebenserwartung führen dazu, dass die Bevölkerung Deutschlands zurückgeht und altert. Diese Alterung der Bevölkerung wird enorme sozio-ökonomische Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft haben.

Die Chancen, die sich für Gesellschaft und Wirtschaft daraus ergeben, dass die heutige Generation der älteren Menschen tendenziell gesünder, mobiler, qualifizierter und kaufkräftiger ist als vorherige Generationen, spielen eine – noch – eher untergeordnete Rolle.

Das Projekt „Regionale und kommunale Strategien zur Aktivierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenziale einer alternden Gesellschaft“ soll

- die Potenziale der demographischen Alterung identifizieren und bewerten, die für die regionale und/oder kommunale Entwicklung relevant sind,
- Erfahrungen aus/von Regionen zusammentragen und differenziert bewerten, die dieses Potenzial bereits als Chance/Ansatzpunkt für regionale Aktivitäten sehen und
- Strategien entwickeln bzw. aus den Beispielen ableiten, die eine effektive Nutzung der ausgemachten Potenziale ermöglichen.

Es geht im Kern um eine Identifizierung von „guten Beispielen“, die nachahmenswert und – bei allen Problemen von Übertragbarkeit – Anregungen zu einer aktiven Befassung mit den Chancen aus der demographischen Alterung geben. Zugleich soll – über eine breite Kommunikation dieser Beispiele u.a. via Internet – die Bereitschaft erhöht werden, sich mit dem Thema aktiv auseinanderzusetzen und Handlungsansätze und Strategien zu entwickeln.

Im ersten Arbeitsschritt erfolgte eine Identifizierung der Potenziale demographischer Alterung und die Auswahl kommunaler/regionaler Fallbeispiele. Gegenwärtig beginnt die differenzierte Analyse und Bewertung regionaler Fallbeispiele. Im nächsten Schritt geht es um die Entwicklung bzw. Ableitung von Strategien zur Nutzung der ausgemachten

Potenziale demographischer Alterung. Im April 2006 wird in Berlin beim BMVBW ein Workshop mit den beteiligten Fallstudien und weiteren Experten durchgeführt. Die Ergebnisse werden auf den Internetseiten des BBR dokumentiert. Das Projekt läuft bis 31. Mai 2006 (Hollbach-Grömig, Sander [AB5], Zahn).

2.2 Arbeitskreis Metropolregionen

Nach mehreren vorbereitenden Treffen wurde im April 2004 der Arbeitskreis „Metropolregionen – Innovation, Wettbewerb, Handlungsfähigkeit“ als Kooperationsprojekt von IRS, Erkner, ILS, Dortmund, Difu, Berlin, und der ARL konstituiert. Die Leitung hat Prof. Dr. Jörg Knieling, TU Hamburg-Harburg, übernommen. Prof. Dr. Heinrich Mäding und Dr. Busso Grabow sind Mitglieder des Arbeitskreises.

Das Arbeitsprogramm umfasst drei Themenbereiche:

- Theoretische Bezüge der Diskussion um die Entstehung und Entwicklung von Metropolregionen.
- Vergleichende Analyse der Leistungsfähigkeit und internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Metropolregionen.
- Ableitung von politischen Handlungsmöglichkeiten und -strategien.

Das Programm des Arbeitskreises wird in regelmäßigen Sitzungen weiterentwickelt. Dementsprechend werden personelle Ergänzungen aus dem Kreis der beteiligten Institutionen vorgenommen, um thematische Lücken abzudecken. Es ist ein Ergebnisband geplant, zu dem das Difu das Kapitel „Metropolregionen – Quellen und Mündungen von Wanderungsströmen“ sowie weitere Stellungnahmen und Kurzbeiträge etwa zur den abschließenden Schlussfolgerungen beitragen wird. Der Arbeitskreis wird seine Arbeit im Jahr 2006 beenden (Grabow, Mäding [IL], Becker).

2.3 Umfrage zum kommunalen E-Government

Eine seriöse und repräsentative Bestandsaufnahme des kommunalen E-Government liegt in Deutschland zurzeit nicht vor. Die letzte breit angelegte und repräsentative Umfrage datiert von Anfang 2001 und wurde vom Difu im Rahmen von MEDIA@Komm durchgeführt. Der Bedarf an entsprechenden Informationen ist hoch, bei den kommunalen Praktikern genauso wie bei den politisch-strategischen Akteuren (kommunale Spitzenverbände, Länder, Bund). Gute, zuverlässige und repräsentative Aussagen sind notwendige Grundlage für politisch-strategische Entscheidungen. Für die Kommunen sind die Ergebnisse interessant, um auf der Basis der Ergebnisse eine bessere Selbsteinschätzung vornehmen zu können. Mit der Befragung geht es darum, dem „Wildwuchs“ an E-Government-Umfragen seriöse und „autorisierte“ Erhebungen entgegen zu setzen. Partner bei der Befragung ist die KGSt; die kommunalen Spitzenverbände unterstützen die Umfrage ausdrücklich.

Die Befragung umfasst die Themen Strategie/Ziele, Projektorganisation und -management, IuK-Infrastruktur in der Kommunalverwaltung, Stadtportale, Umsetzungsstand E-Government-Angebote nach Zielgruppen und Komplexität (Information, Kommunikation, Transaktion, Partizipation), Signaturanwendungen, beispielhafte Lösungen (in der Selbsteinschätzung), Wirtschaftlichkeitsrechnungen, finanzielle und personelle Voraussetzungen für die Verwirklichung von E-Government, Zusammenarbeit mit Kommunen, Bund und Ländern, Bereitschaft zur Mitarbeit an Standardisierungen, Verknüpfung mit Verwaltungsmodernisierung, Prozessoptimierungen, Qualifikation, Partnerschaften, Informiertheit, Informationsbedarfe, Bekanntheit MEDIA@Komm-TRANSFER. Durch die

vorgegangenen Umfragen des Difu und Verwendungen teilweise identischer Fragestellungen sind Zeitreihen möglich. Es lässt sich die Entwicklung des kommunalen E-Government von 1997 bis 2005 dokumentieren.

Methodisch ist die Erhebung als schriftliche Umfrage bei den Fachverantwortlichen mit größtenteils geschlossenen Fragestellungen angelegt. Geplant ist eine Vollerhebung bei allen Städten und Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern und eine repräsentative Stichprobe bei Städten und Gemeinden unter 50.000 Einwohnern und Landkreisen, die Mitglied bei der KGSt sind. Die Umfrage wird Anfang 2006 durchgeführt, die Ergebnisse werden im 2. Quartal 2006 veröffentlicht (Grabow, Seidel-Schulze, Siegfried [ext.], Stober).

3. Projektvorbereitende Arbeiten

3.1 Hartz IV

Auf eine Ausschreibung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit hat sich das Difu zusammen mit dem Institut für angewandte Sozialforschung (infas) und dem Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA) für das Untersuchungsfeld 1 „Deskriptive Analyse und Matching“ zur Evaluation der Experimentierklausel nach §6c SGB II – Vergleichende Evaluation des arbeitsmarktpolitischen Erfolgs der Modelle der Aufgabenwahrnehmung „Optierende Kommune“ und „Arbeitsgemeinschaft“ beworben.

Das Untersuchungsfeld 1 hat innerhalb dieses Forschungsverbundes eine Schlüsselrolle als Beschaffer und Aufbereiter von Daten für weitere Untersuchungsschritte, die Ende des Jahres 2005 teilweise noch nicht ausgeschrieben waren, die Untersuchungspakete 3 (Wirkungs- und Effizienzanalyse) und 4 (Makroanalyse und Benchmarking).

Das Difu hätte die Federführung an dem Untersuchungsschritt „Beschaffung, Fortschreibung und Dokumentation der regionalen Kontextindikatoren“ gehabt und wäre verantwortlich beteiligt gewesen an der Beschaffung und Erhebung, Fortschreibung und Dokumentation von Organisationsindikatoren sowie der Koordination, Beratung und Gestaltung der projektbegleitenden Workshops. Auch die abschließende Berichterstattung wäre durch die drei Partnerinstitute gemeinsam erfolgt.

Das Angebot des Konsortiums unter Beteiligung des Difu stand in der engsten Wahl und war zur Präsentation eingeladen. Der Zuschlag ging aus wirtschaftlichen Gründen aber an einen anderen Anbieter (Grabow, Seidel-Schulze).

3.2 Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen durch E-Government

Im Rahmen des Forschungsprogramms REFINA des BMBF hat sich das Difu zusammen mit der GEFAK um die Förderung eines Projektes beworben, bei dem es um die Aktivierung von Gewerbeflächenpotenzialen durch E-Government geht. Ziel ist die Erarbeitung und pilothafte Umsetzung von integrierten (geschäftsprozess- und organisationsübergreifenden) IKT-Lösungen im Rahmen kommunaler und regionaler E-Government- und Flächenmanagementstrategien mit dem Ziel der besseren Nutzung und Wiederverwertung von Flächenpotenzialen im Bestand sowie die flankierende Optimierung von Organisation, Prozessen und Marketingwissen.

Im Einzelnen geht es darum, am Beispiel ausgewählter Fallstudien

- den systematischen Austausch unter den Verantwortlichen für Stadtplanung und Wirtschaftsförderung unter Hinzuziehung externer Experten zum Corporate Real Estate Management zu organisieren,
- daraus abgeleitet den systematischen Datenaustausch zwischen Marktteilnehmern (Eigentümer, Immobilienvermittler, Systembetreiber) und Kommunen auf der Basis von definierten Schnittstellen zwischen den IKT-Systemen zu konzeptionieren und in Pilotlösungen umzusetzen sowie
- die Instrumente in die E-Government-Aktivitäten der jeweiligen Kommune bzw. Region einzupassen, um Bezüge zu flankierenden Aktivitäten der Flächenwiedernutzung zu erreichen (z.B. potenzialorientierte Ansätze der Wirtschaftsförderung, regionale Einbindung) (Grabow, Zwicker ([IL]).

3.3 Vom Corporate Citizenship zu strategischen Partnerschaften zwischen Kommunen und Unternehmen

Unternehmen und Kommunen haben nach wie vor das gemeinsame Interesse, Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität der Städte zu sichern und zu verbessern. Dies gilt für die Unternehmen u.a. deshalb, weil sie teilweise an immobile Faktoren – wie etwa Milieus und Wissenskulturen – gebunden sind, die ihrerseits hohe infrastrukturelle Anforderungen stellen. Gleichwohl gibt es bislang kaum empirische Untersuchungen darüber, in welcher Weise diese gemeinsamen Interessen vor dem Hintergrund der beschriebenen Veränderungen der Rahmenbedingungen durch unterschiedlichste Formen von Kooperation und Koordination von Aktivitäten oder in Arbeitsteilung von Unternehmen/Unternehmern und Kommunen, durch Eingehen strategischer Partnerschaften, verfolgt werden. Eine breiter angelegte Untersuchung könnte diese Lücke schließen. Die Fragestellung würde ein Spektrum wirtschafts-, politik- und verwaltungswissenschaftlicher Analysen umfassen. Die Untersuchungsgegenstände würden dabei von sozialem Sponsoring von Unternehmen bis zur Übernahme von Planungsleistungen durch Unternehmen, von der Moderationsleistung von Kommunen bis zur unternehmensspezifischen „Maßanfertigung“ von Stadtgebieten reichen.

Es wurde in den vergangenen Jahren mehrfach versucht, ein entsprechendes Projekt zur Erforschung dieser Sachlage zu lancieren – bisher ohne Erfolg. Die Themenstellung wurde zwar von verschiedenen Seiten als interessant angesehen, zu einer Förderung konnten sich aber die angefragten Einrichtungen bisher nicht durchringen. Deswegen wurden in einem „Vorprojekt“ die bisher vorliegenden Befunde und ausgewählte Beispiele vertieft recherchiert, weitere Finanzierungsmöglichkeiten eruiert und ein aktualisiertes Akquisitionspapier erstellt (Grabow, Zwicker [IL], Becker).

3.4 Aufbau einer fachspezifischen Wiki-Lösung im Bereich Flächenmanagement und Flächenrecycling

WikiWikiWebs (kurz: Wikis) sind asynchrone, internetbasierte Kommunikations- und Dialoginstrumente, die durch hohe Flexibilität und das Potenzial, komplexe Wissensbasen in Form von Einzelbeiträgen, die miteinander verlinkt sind, leicht zugänglich darzustellen, gekennzeichnet sind. Nutzerinnen und Nutzer sehen zunächst eine typische, vorwiegend textorientierte Webseite. Die Besonderheit besteht jedoch darin, dass diese Seiten im Regelfall von allen Akteuren bearbeitet werden können. Wikis bilden somit einen Gegenpol zu klassischen Informationsangeboten im Internet, die vor allem der Informationsvermittlung dienen.

Bei Wikis haben Nutzerinnen und Nutzer die Möglichkeit, Inhalte zu ergänzen, zu korrigieren oder sogar zu löschen. In der Gesamtheit stellen Wikis somit ein Produkt mehrerer Autorinnen und Autoren dar. Der Inhalt wird kollektiv bereitgestellt und die Kontrolle über die Qualität des Inhalts gemeinschaftlich gewährleistet. Dabei wird die Zusammenarbeit durch die technische Lösung erleichtert. Die Zusammenarbeit kann ohne umfassende Programmierkenntnisse erfolgen. Der Überblick über das Informationsangebot wird durch Suchfunktionen erleichtert. Änderungen sind beispielsweise über eine Liste der jüngsten Änderungen oder neu erstellten Beiträge vergleichsweise leicht nachvollziehbar. Die Inhalte können dabei wissenschaftliche Ergebnisse, Diskussionen bzw. Diskurse, Praxisbeispiele oder innovative Lösungsansätze umfassen. Diese Leistungsmerkmale unterstützen sowohl das Wissensmanagement als auch die zeitlich und räumliche Zusammenarbeit.

Der Projektvorschlag wurde als Interessenbekundung zum Forschungsschwerpunkt „Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement (REFINA)“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung eingereicht. Das Projekt soll in Zusammenarbeit mit dem Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) durchgeführt werden. Übergeordnetes Ziel des Projektvorschlages ist es, eine Wiki-Lösung im Handlungsfeld „Flächeninanspruchnahme und Flächenmanagement“ technisch umzusetzen und als zentrale Dialogplattform im Themenfeld zu etablieren. Dabei sollen die Bedürfnisse aller Akteure des Förderschwerpunktes, aber auch der weiteren Fach- und breiten Öffentlichkeitsarbeit, gezielt berücksichtigt und die Handlungsorientierung des Förderschwerpunktes vertieft werden. Dieses Ziel wird durch Maßnahmen der traditionellen Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere aber auch durch die Bereitstellung von Inhalten aus der Forschungsarbeit der beiden antragstellenden Institute unterstützt. Als Querschnittsaufgabe der Institute soll das Refina-Wiki auf Fachveranstaltungen, in wissenschaftlichen Beiträgen sowie in (Fach-)Zeitschriften und Zeitungen präsentiert werden. So soll ein umfassender Beitrag zur Reduktion der Flächeninanspruchnahme und des nachhaltigen Flächenmanagements bzw. zur Schaffung eines Problembewusstseins insbesondere auch bei Bürgerinnen und Bürgern geleistet werden (Floeting, Oertel (IZT) [ext.]).

3.5 Regional Intellectual Capital Reporting – Development and Application of a Methodology for European Regions (RICARDA)

Obwohl sich kommunale und regionale Forschungs- und Technologiepolitik sowie Wirtschaftsförderungsaktivitäten sehr stark auf die Unterstützung von Clustern beziehen, ist das Instrumentarium zur Bewertung und Weiterentwicklung dieser Ansätze lückenhaft. So fehlen Ansätze, um das Intellektuelle Kapital, als einem kritischen Erfolgsfaktor dieser innovationsorientierten Maßnahmen, zu erfassen. Auf der anderen Seite gibt es in den Managementwissenschaften bemerkenswerte Aktivitäten, mit der Wissensbilanzierung (engl. Intellectual Capital Reporting) ein Werkzeug zu entwickeln, um auf Unternehmensebene diese innovationsrelevanten, immateriellen Faktoren zu erfassen. Das Projekt RICARDA zielt daher darauf ab, die Methode der Wissensbilanzierung auf regionale Technologienetzwerke oder Cluster zu übertragen. Es soll dazu beitragen, kommunale und regionale Wirtschafts- und Technologieförderaktivitäten durch die Entwicklung und Anwendung eines Verfahrens für Wissensbilanzierung zu verbessern.

In vier europäischen Regionen, darunter die Region Stuttgart, sollen Wissensbilanzen für verschiedenartige „Pilot-Cluster“ gemeinsam von regionalen Institutionen, Cluster-Managern und spezialisierten Forschungseinrichtungen erarbeitet werden, die Ansätze für die Verbesserung des privaten und öffentlichen Engagements bei FuE-Aktivitäten identifizieren. In einem zweiten Schritt soll zusammen mit regionalen Akteuren der For-

schungs- und Technologiepolitik das Potenzial für eine regionale Politikberatung mit Hilfe von Wissensbilanzen ausgelotet werden. Die Ergebnisse in den vier teilnehmenden Regionen sollen in einem internationalen Vergleich diskutiert werden, der schließlich zur Verfeinerung des Instrumentariums für die Einführung von Wissensbilanzierung in regionaler Forschungs- und Technologiepolitik führen soll. Die Projektergebnisse werden über verschiedene Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit bekannt gemacht werden.

Projektpartner sind vier regionale Institutionen – die Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH (WRS), die Steiermärkische Landesregierung, Abt. Wirtschaft und Arbeit (A), die Kista Science City AB, Stockholm (SE) und die Wirtschaftsfördergesellschaft West-Pannonien (HU) – sowie vier Forschungseinrichtungen. Neben dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), Berlin, das sowohl die Projektkoordination als auch zentrale inhaltliche Bausteine übernimmt, sind dies das Institut für Technologie- und Regionalpolitik der Joanneum Research Forschungsgesellschaft (Graz), das Centre of Excellence for Science and Innovation Studies des Royal Institute of Technology, KTH (Stockholm) sowie das West Hungarian Research Institute (Győr). Das Projekt wird ab 2006 von der EU im Rahmen der Ausschreibung „Knowledge Regions 2“ im 6. Forschungsrahmenprogramm gefördert werden (Zwicker [IL], Floeting).

4. Andere Aktivitäten (Auswahl)

- Mitglied im Arbeitskreis „Kommunikation und Telekommunikation“ der Deutschen Gesellschaft für Geographie (Floeting).
- Mitglied des Programmkomitees der „CORP 2006 – Geo Multimedia 06“, „International Congress for Information & Consulting – i.convienna, Wien“ (Floeting).
- Mitglied im Netzwerk TA (Floeting).
- Mitglied der Arbeitsgruppe „TA und Governance“ (Floeting).
- Mitwirkung an einer Podiumsdiskussion im Rahmen des ARL-Kolloquiums „Räumliche Auswirkungen der Virtualisierung“ am 15.3.2005 in Frankfurt/Main (Floeting).
- Eingeladene Stellungnahme zur Expertise „Ökonomie, Arbeitsmarkt, Stadtentwicklung im Rahmen des Expertenhearings „Starke Städte – Masterplan Stadtumbau“ des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung am 19.4.2005 in Erkner (Floeting).
- Vortrag „Innere Sicherheit, Sicherheitstechnologien und das Leben in der Stadt“ bei der Frühjahrssitzung des AK „Geographie der Kommunikation und Telekommunikation“ bei der Industrie- und Handelskammer am 12.5.2005 in Aachen (Floeting).
- Vortrag „Migrantenökonomien in den Stadtquartieren deutscher Städte“ beim Institut für Stadt- und Regionalplanung der Technischen Universität am 23.5.2005 (Floeting).
- Mitwirkung am Workshop „Bildung, Wissenschaft, Kultur“ im Rahmen der Entwicklung eines Stadtentwicklungsszenarios „Bielefeld 2050“, am 22.6.2005 in Bielefeld (Floeting).
- Vortrag „Innere Sicherheit, Sicherheitstechnologien und Urbanität“ beim 55. Deutschen Geographentag am 6.10.2005 in Trier (Floeting).
- Vortrag „Stärken stärken oder Ausgleich der Lebensverhältnisse? – Wohin entwickelt sich die Regionalpolitik?“ beim Workshop „Mythos regionale Wirtschaftsförderung! Weichenstellung für die Standortpolitik oder Mode-Trend?“ im Rahmen der euregia bodensee am 11.10. 2005 in Friedrichshafen (Floeting).
- Mitglied im Gutachterkreis und Förderausschuss des Berliner Landesprogramms zur Förderung wirtschaftsrelevanter Innovationen (Grabow).
- Jurymitglied des E-Government-Wettbewerbs Bund-Länder-Gemeinden von Bearingpoint und Cisco unter Schirmherrschaft des Bundesinnenministeriums (Grabow).

- Jurymitglied des Innovationspreises PPP des Bundesverbandes Public Private Partnership (BPPP) und des Behördenspiegels (Grabow).
- Mitglied im Beirat des BMWA-Projekts MEDIA@Komm-Transfer (Grabow).
- Mitglied des E-Government-Koordinierungskreises des Landes Brandenburg (Grabow).
- Mitglied im Projektbeirat „Organisatorische Gestaltungspotenziale durch E-Government“ der Hans-Böckler-Stiftung (Grabow).
- Mitglied im Projektbeirat „Medienmix in der lokalen Demokratie: Die Integration von Online-Elementen in Verfahren der Bürgerbeteiligung“ der Hans-Böckler-Stiftung (Grabow).
- Mitglied im Beirat des Forschungsprojekts des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) zum Thema „Innovative Verfahren der Konfliktschlichtung bei der Standortbestimmung von Mobilfunk-Sendeanlagen“ (Grabow).
- Mitarbeit im gemeinsamen Arbeitskreis „Metropolregionen“ der ARL, des ILS, des IRS und des Difu (Grabow).
- Ständiger Gast im Ausschuss für Wirtschaft und europäischen Binnenmarkt des Deutschen Städtetages (DST) (Grabow).
- Vortrag „Trends im Stadtmarketing“ beim Stadtmarketingtag Schleswig-Holstein 2005 an der IHK zu Kiel am 16.2.2005 in Kiel (Grabow).
- Vortrag „Trends im Stadtmarketing“ beim Ansprechpartnertreffen des Difu am 28.2.2005 in Hamburg (Grabow).
- Vortrag „Stadtmarketing und Regionalisierung – Herausforderungen der Zukunft“ beim Kompetenzforum Bayern 2005 am 28. und 29.4.2005 in Eichstätt (Grabow).
- Aktive Teilnahme mit Kurzbeiträgen am Wissenschaftstreffen E-Government am 5.10.2005 in Berlin (Grabow).
- Vortrag „E-Government der dritten Generation“ auf der gemeinsamen Tagung der Initiative D21, der OSCI-Leitstelle, des DIN und des DStGB am 18. und 19.10.2005 in Nürnberg (Grabow).
- Vortrag „PPP in Bund, Ländern und Kommunen“ auf der Jahrestagung des PPP-Bundesverbandes am 3.11.2005 in Berlin (Grabow).
- Vortrag „PPP in Bund, Ländern und Kommunen“ auf der Sitzung des Länderkompetenznetzwerks PPP am 10.11.2005 in Berlin (Grabow).
- Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hollbach-Grömig).
- Ständiger Gast, Mitarbeit und Vorträge in der Fachkommission Wirtschaftsförderung des Deutschen Städtetages (Hollbach-Grömig).
- Vorträge „Stadtmarketing“ am Institut für Stadt- und Regionalplanung der Technischen Universität (TU) Berlin am 3.1.2005 und 12.12.2005 in Berlin (Hollbach-Grömig).
- Vortrag „Erfahrungen mit Stadt-Umland-/interkommunalen Kooperationen in Deutschland“ beim Workshop „Interkommunale Zusammenarbeit im Raum Flensburg“ am 29.4.2005 in Flensburg (Hollbach-Grömig).
- Vortrag „Die Bedeutung harter und weicher Standortfaktoren in der interkommunalen Standortentwicklung“ bei der österreichischen ERFA-Tagung für Stadtmarketing und Citymanagement am 1.6.2005 in Bad Ischl (Hollbach-Grömig).
- Vortrag „Interkommunale Kooperationen in der Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik“ beim Kolloquium „Interkommunale Kooperationen“ im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen am 29.6.2005 in Berlin (Hollbach-Grömig).
- Vortrag „Erfolgsfaktoren interkommunaler Kooperationen“ bei der Herbsttagung der Arbeitsgemeinschaft der Kämmerer und Finanzsachbearbeiter im Saarland am 6.10.2005 in St. Ingbert (Hollbach-Grömig).

- Ständiger Gast, Mitarbeit und Vorträge beim Unterausschuss des Finanzausschusses des DST für die Städte in den neuen Bundesländern (Reidenbach).
- Mitwirkung im Steuerpolitischen Arbeitskreis des Finanzausschusses des DST (Reidenbach).
- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe „Grundsteuer“ des Beirates für kommunale Steuern und Abgaben des DST (Reidenbach).
- Mitarbeit im Expertenkreis „Stadtentwicklung“ der Kreditanstalt für Wiederaufbau (Reidenbach).
- Vortrag „Zur kommunalen Investitionstätigkeit, der kommunale Investitionsbedarf und seiner Finanzierung“ beim wissenschaftlichen Kolloquium „Zukunftsfähigkeit städtischer Infrastruktur“ der DASL am 14.4.2005 in Darmstadt (Reidenbach).

5. Veröffentlichungen

5.1 Difu-Publikationen

Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften

- Floeting, Holger und Beate Hollbach-Grömig Konzeption und Betreuung des Bandes „Kommunale Wirtschaftspolitik“ (Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, H. I 2005).
- Floeting, Holger und Beate Hollbach-Grömig, Kommunale Wirtschaftspolitik – Editorial, S. 5–9 (Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, H. I 2005).
- Floeting, Holger und Beate Hollbach-Grömig, Neuorientierung der kommunalen Wirtschaftspolitik, S. 10–39 (Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, H. I 2005).

Difu-Beiträge zur Stadtforschung

- Birk, Florian, Busso Grabow und Beate Hollbach-Grömig (Hrsg.): Stadtmarketing – Status Quo und Perspektiven, Berlin 2006 (Difu-Beiträge zur Stadtforschung, Bd. 42), darin
 - ▲ Grabow, Busso, Beate Hollbach-Grömig und Florian Birk: Stadtmarketing – Aktuelle Entwicklungen im Überblick, S. 19-34.
 - ▲ Grabow, Busso und Beate Hollbach-Grömig: Ziele, Aktivitäten und Erfolgsfaktoren von Stadtmarketing, S. 35-60.
 - ▲ Grabow, Busso und Beate Hollbach-Grömig: Stadtmarketingelemente und Typen des Stadtmarketing, S. 61-79.
 - ▲ Birk, Florian, Busso Grabow und Beate Hollbach-Grömig: Stadtmarketing – der falsche Begriff für die richtige Sache? Hoffnungen, Mythen, Realitäten und Perspektiven , S. 309-318.

Aktuelle Informationn

- Floeting, Holger, Bettina Reimann und Ulla Schuleri-Hartje, Von „Tante Emma“ zu „Onkel Ali“ – Entwicklung der Migrantenökonomie in den Stadtquartieren deutscher Großstädte, Berlin 2005.
- Hollbach-Grömig, Beate und Holger Floeting, Interkommunale Kooperation in der Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik, Ansätze – Konzepte – Erfolgsfaktoren, Berlin 2005.

- Hollbach-Grömig, Beate, Busso Grabow, Florian Birk und Gerold Leppa, Stadtmarketing – Bestandsaufnahme 2004 und Entwicklungstrends, Berlin 2005.

Difu-Materialien

- Hollbach-Grömig, Beate, Holger Floeting, Paul von Kodolitsch, Robert Sander und Manuela Siener, Interkommunale Kooperation in der Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik, Berlin 2005 (Difu-Materialien 3/2005).

Difu-Profildienste

- Anna Becker, Beate Hollbach-Grömig, Kommunale Wirtschaftsförderung, Berlin 2005 (Difu Profildienst „Wirtschaft“).
- Ricarda Pätzold, Busso Grabow und Beate Hollbach-Grömig, Stadtmarketing und BIDs, Berlin 2005 (Difu Profildienst „Wirtschaft“).

Difu-Sonderveröffentlichungen

- Grabow, Busso u.a., Public Private Partnership Projekte. Eine Bestandsaufnahme in Bund, Ländern und Kommunen, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin, 2005.

Online-Dokumente

- Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina, Holger Floeting, Bettina Reimann, Von der Arbeitsmigration zur Selbständigkeit – Bedeutung der Migrantenökonomie als Integrationsfaktor, (<http://www.difu.de/extranet/vortraege/05-schuleri-migranten.phtml>).
- Grabow, Busso u.a., Jahresgutachten 2005 zur Umsetzung der Zusagen der Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber, Berlin 2005. (<http://www.difu.de/publikationen/Einzelveroeffentlichungen>)

5.2 Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen

- Grabow, Busso, Weiche Standortfaktoren in Theorie und Empirie – ein Überblick, in: Friedrich Thießen, Oleg Cernavin, Martin Führ und Martin Kaltenbach (Hrsg.): Weiche Standortfaktoren. Erfolgsfaktoren regionaler Wirtschaftsentwicklung. Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 241, Duncker & Humblot, Berlin, 2005, S. 37–52.
- Grabow, Busso, E-Government, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover 2005, S. 191–192.
- Grabow, Busso, Phase Drei: Integration, in: Kommune 21, Heft 5/2005, S. 12–13.
- Grabow, Busso, Erfolgsfaktoren kommunalen E-Governments, in: DEMO – Die Monatszeitschrift für Kommunalpolitik (Demokratische Gemeinde), Heft 5/2005, S. 42.
- Grabow, Busso, Potentiell prüfenswerte Perspektive – Difu-Studie zu Public Private Partnership, in: AKP – Alternative Kommunalpolitik, Heft 6, 2005, S.30–31.
- Grabow, Busso, Wege aus dem Investitionsstau? Public Private Partnerships in Kommunen, in: Stadt und Gemeinde, Heft 12, 2005, S. 477–479.
- Grabow, Busso, Partnerschaften nehmen zu. Studie zu Public Private Partnership in Bund, Ländern und Kommunen, in: EUROPA kommunal, H. 6, 2005, S. 209–211.

Veröffentlichungen

- Hollbach-Grömig, Beate, Holger Floeting, Gemeinsam an einem Strang. Interkommunale Kooperation in der Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik, in: Stadt und Gemeinde. 6/2005, S. 207–209
(<http://www.stadt-und-gemeinde.de/magazin/abozzz/0605/02sg0605.html>).
- Hollbach-Grömig, Beate, Interkommunale Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik, in: DEMO, H. 9/2005, S. 36–37.

Arbeitsbereich Umwelt und Verkehr

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Doris Becker
Dipl.-Volkswirt Tilman Bracher
Dipl.-Ing. Volker Eichmann
Maria-Luise Hamann
Dipl.-Ing. Michael Lehmbrock
Dipl.-Sozialök./Dipl.-Volkswirt Jens Libbe
Dipl.-Ing. agr. Thomas Preuß
Ass. jur. Manuela Rottmann
Dipl.-Soz. Jan Hendrik Trapp
Roswitha Winkler-Heinrich

Studentische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Sönke Duhm
Alexander Hunger

Praktikantinnen und Praktikanten

Christian Rauhut
Yvonne Krekeler
Anja Besecke
Bettina Ostwald
Sibylle Maringer
Anne Königsmann

1. Abgeschlossene Projekte

1.1 Brownfield Redevelopment/Flächenrecycling – Austausch von Erfahrungen und Strategien zwischen US-amerikanischen und deutschen Städten („Site specific Management Approach and Redevelopment Tools – SMART Guidance“)

Seit 2002 arbeitete das Difu im Rahmen der transatlantischen Kooperation in einem Projektverbund unter dem Titel „Site-specific Management Approach and Redevelopment Tools (SMART)“ mit der Universität Stuttgart und zwei Planungs- bzw. Consulting-Unternehmen zusammen. Ein wichtiger Baustein der deutsch-amerikanischen Kooperation war eine Serie von Workshops in den USA und in Deutschland. Auf diesen Veranstaltungen wurden die Themen „ökonomische Instrumente“, „Projektmanagement und Marketingstrategien“, „Risikomanagement und -kommunikation“, „soziale Aspekte des Flächenrecyclings“ sowie „nachhaltiges Flächenrecycling“ vor dem Hintergrund einer flächensparenden Siedlungsentwicklung in der Praxis der US-amerikanischen und deutschen Städte untersucht und diskutiert. Die inhaltliche Konzeption dieser Workshops und die Verbreitung der gefundenen Ergebnisse in die kommunale Praxis war Aufgabe des Difu. Die Ergebnisse des bilateralen Austauschs wurden vom Difu dokumentiert und in der Reihe Difu-Materialien veröffentlicht. Sie mündeten in neue Instrumente für ein nachhaltiges Flächenrecycling – Start-up-Leitfaden und Start-up-Plan für die Brachflächenbearbeitung in der Bundesrepublik Deutschland. Der Start-up-Plan ist auf die konkrete Brachfläche zugeschnittener ganzheitlicher Projekt- und Businessplan, der sich auf diejenigen Daten zur Information, Kommunikation, Projektplanung und Mittelakquise konzentriert, die für die jeweilige Zielgruppe von vorrangiger Bedeutung sind. Das Vorhaben wurde Ende 2005 abgeschlossen (Preuß, D. Becker).

1.2 Handlungsempfehlungen für einen umweltfreundlichen, attraktiven und leistungsfähigen ÖPNV

Im Auftrag des Umweltbundesamtes wurde eine Arbeitshilfe für die kommunalen Aufgabenträger erstellt, die ihnen die Wahrnehmung der Chancen des Wettbewerbs für einen effizienteren Mitteleinsatz erleichtert. Basis war die Auswertung und Analyse des „state of the art“ sowie die Darstellung und Analyse der aktuellen Entwicklung im ÖPNV, vor allem der rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen. Das Vorhaben wurde gemeinsam mit zwei externen Partnern und einem Praxispartner durchgeführt, über einen Workshop flossen Erfahrungen weiterer Praxisakteure ein.

Wettbewerb kann gleichberechtigt zwischen Aufgabenträgern und Unternehmen zu gestaltet werden, wenn beiden Partnern Handlungsspielräume und Innovationsmöglichkeiten eingeräumt werden. Wettbewerbliche Rahmenbedingungen können gut zur Umsetzung verkehrspolitischer und ökologischer Zielsetzungen genutzt werden. Da die Voraussetzungen dazu von Region zu Region sehr unterschiedlich sind, verdeutlichen die Handlungsempfehlungen die rechtlichen, organisatorischen und räumlichen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für mögliche Optionen. Weiterhin sind bereits bestehende Praxisbeispiele und Formulierungsvorschläge, etwa für Umweltstandards, Bestandteil der Empfehlungen. Insgesamt werden die beiden Modelle, „Aufgabenträger als Koordinator“ und „Aufgabenträger als Mobilitätsdienstleister“, unter Benennung der jeweiligen Rahmenbedingungen sowie der damit verbundenen Chancen und Risiken vorgestellt (Eichmann, D. Becker, Bracher, Winkler-Heinrich).

1.3 Kommunalen Erfahrungsaustausch Lärminderungsplanung

Der am 30. Mai 2005 durchgeführte kommunale Erfahrungsaustausch zur Lärminderungsplanung verfolgte das Ziel, die vorhandenen Erfahrungen aus der bisherigen örtlichen Lärminderungsplanung nach nationalen Vorgaben auszutauschen und Ansätze zur Umstellung der Lärminderungsplanung auf die europarechtlichen Regelungen der Umgebungslärmrichtlinie zu diskutieren. Auf der eintägigen Veranstaltung, an der die Verantwortlichen für die Lärminderungsplanung aus elf Großstädten teilnahmen, wurde durch das Difu der Stand der Umsetzung der europäischen Vorgaben in Deutschland sowie zum Vergleich in England, Österreich und Frankreich dargestellt. Vier weitere Themenblöcke widmeten sich den Themen „Strategische Lärmkartierung“, „Öffentlichkeitsbeteiligung in der Lärminderungsplanung“, „Aktionsplanung/Lärminderungsplanung“ und der Frage der „Verknüpfung von Lärmschutz und Luftreinhaltung“. Dort wurden die einleitend vorgestellten bisherigen Erfahrungen, Anpassungsbedarfe und offene Fragen der Umsetzung der EU-Richtlinie aus Sicht der Kommunen dargestellt und diskutiert.

Die Vorträge und wesentlichen Diskussionspunkte wurden dokumentiert und stehen über die Seite www.difu.de/extranet für Zuwanderstädte zum Download zur Verfügung. (Rottmann, D. Becker, Lehmbrock).

1.4 Fachtagung Lärminderungs- und Luftreinhaltungsplanung

Lärm und Luftverunreinigung bereiten in den Städten nach wie vor große Probleme und sind z.B. ein Grund dafür, dass die Wohnqualität an vielen Hauptstraßen eingeschränkt ist. Nicht zuletzt infolge neuer EU-einheitlicher Grenzwerte zur maximal zulässigen Feinstaubbelastung an Stadtstraßen sehen sich die Kommunen einmal mehr in der Pflicht, forciert Planungsstrategien zur Lärminderung und Luftreinhaltung zu entwickeln. Die vom 17. bis 18. Oktober 2005 durchgeführte Veranstaltung war mit 130 Teilnehmern gut besucht. Im Zentrum des Interesses standen Möglichkeiten der Integration. Unstrittig war die fachliche Notwendigkeit, obwohl die Fristigkeit nationaler und europäischer Vorschriften dem teilweise entgegenstehen. Als wesentliche Ergebnisse der Fachtagung lassen sich festhalten:

- Synergieeffekte bei der Erstellung von Lärminderungs- und Luftreinhaltungsplänen sollten genutzt werden. Durch eine gemeinsame Datenerhebung und die Umsetzung mittels eines geografischen Informationssystems lassen sich Kosten einsparen.
- Ein aktuelles Verkehrsmodell, welches in regelmäßigen Abständen an die veränderte Verkehrssituation angepasst wird, ist für die Erstellung von Lärminderungs- und Luftreinhaltungsplänen unverzichtbar (und hilft Kosten sparen).
- Den Kosten der Lärminderungs- und Luftreinhaltungsplanung stehen eine Immobilienwertsteigerung und ein gesellschaftlicher Wertgewinn (Gesundheit, Lebensqualität etc.) gegenüber, der um ein Vielfaches höher ist.
- Lärminderungs- und Luftreinhaltungsplanung müssen in eine gesamtstädtische Stadt- und Verkehrsentwicklungsplanung integriert werden.

(Lehmbrock, D. Becker, Heinrichs [extern], Schröter [extern]).

1.5 Fachtagung Europäischer Nahverkehr

Die deutsche Diskussion über die künftige Entwicklung des ÖPNV unter den bereits bestehenden und zu erwartenden europäischen Rahmenbedingungen bezieht zu selten die

Erfahrungen ein, die im europäischen Ausland bereits mit Liberalisierung und Privatisierung des ÖPNV gemacht wurden.

In einer im Dezember 2005 durchgeführten Fachtagung stellten Referenten aus verschiedenen Ländern die bisherigen positiven und auch negativen Erfahrungen vor. Ziel der Tagung war es, einerseits die vielfach zu erkennende Angst vor dem Wettbewerb im ÖPNV abzubauen, andererseits aber auch die Risiken deutlich zu machen und Wege aufzuzeigen, wie damit umgegangen werden kann.

Die Vorträge und Diskussionsergebnisse der Fachtagung sollen in der Difu-Schriftenreihe Materialien veröffentlicht werden (Eichmann, D. Becker, Labenski [extern], Mietzsch [extern]).

1.6 Stellplatzobergrenzenverordnung

Auf der Basis einer bauordnungsrechtlichen Ermächtigung plant die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung des Landes Berlin den Bau von Stellplätzen in ausgewählten Stadtgebieten zu begrenzen. In Berlin ist der Stellplatzbau liberalisiert, es gibt keine Verpflichtung zur Herstellung von Kfz-Stellplätzen (außer für behinderte Menschen). Dennoch werden bei großen Bauvorhaben in zentralen Lagen zu viele Garagenplätze erstellt. Das Difu hat in einer Forschungsarbeit Grundlagen einer Rechtsverordnung zur Begrenzung des Stellplatzbaus erarbeitet. Dazu wurde die ÖPNV-Erschließungsqualität des Berliner Stadtgebietes untersucht, die Reduktionsquoten ausgewählter baulicher Nutzungen und Beschränkungsgebiete ermittelt und eine Verordnung entworfen. Die politische Bewertung dieses Entwurfes und die Diskussion mit interessierten gesellschaftlichen Gruppen stehen noch aus (Lehmbrock, [Hertel extern]).

2. Laufende Projekte

2.1 Sozial-ökologische Regulation netzgebundener Infrastruktursysteme (Forschungsverbund netWORKS)

In den für die Städte zentralen Infrastrukturbereichen wie Telekommunikation, öffentlicher Nahverkehr, Energie- und Wasserversorgung sowie Abwasserentsorgung vollzieht sich derzeit ein grundlegender Wandel. Gründe hierfür sind der dramatische Rückgang öffentlicher Investitionen, die Privatisierung öffentlicher Unternehmen, die Einführung von Wettbewerb auf Infrastrukturmärkten ebenso wie die zu erwartende demographische Entwicklung. Hinsichtlich der schlechten Finanzlage der Kommunen und der notwendigen kommunalen Infrastrukturinvestitionen erhält das Thema um die Zukunft der zentralen Bereiche kommunaler Daseinsvorsorge eine neue Priorität.

Vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung kommunaler Infrastruktur und den zu erwartenden Problemen, wurde im November 2002 der Forschungsverbund netWORKS gegründet. In dem interdisziplinären Verbund wurde Reform- und Lösungsmöglichkeiten – insbesondere auch hinsichtlich der Regulation der Infrastruktur auf kommunaler Ebene – herausgearbeitet. Das Difu, dem auch die Koordination des Forschungsverbundes obliegt, setzt sich dabei vorrangig mit den Handlungsspielräumen der Kommunen im Spannungsfeld von Daseinsvorsorge und Wettbewerb auseinander. Zentrales Ergebnis des Vorhabens ist eine strategische Entscheidungshilfe für ein nachhaltiges Infrastrukturmanagement sein.

Der Verbund wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Förderschwerpunkts „Sozial-ökologische Forschung“ gefördert. Disziplinen ü-

bergreifend kooperieren Forscher folgender Wissenschaftseinrichtungen, um der Vielschichtigkeit des Themas gerecht zu werden: Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Berlin, Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE), Frankfurt/Main, Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS), Erkner bei Berlin, Arbeitsgruppe für regionale Struktur- und Umweltforschung GmbH (ARSU), Oldenburg, Brandenburgische Technische Universität Cottbus (BTU), Institut für Städtebau und Landschaftsplanung, Lehrstuhl für Stadttechnik, Cottbus.

Die zentralen Forschungsergebnisse erscheinen laufend in der Reihe „netWORKS-Papers“. Interessierte können sich die netWORKS-Papers kostenlos als PDF-Dateien von der Projektplattform www.networks-group.de herunterladen (Libbe, Hamann, Trapp, Reichel [AB 7], Rottmann, Externe).

2.2 Management und Qualitätssicherung des ÖPNV (TELLUS)

Im von der europäischen Union geförderten Verbund TELLUS (= Transport and Environment Alliance for Urban Sustainability) wurde seit Februar 2002 untersucht, wie der ÖPNV unter den künftigen Bedingungen von Liberalisierung und Privatisierung organisiert werden muss, damit er einen wirksamen Beitrag zur Luftreinhaltung und Lärminderung in den Städten leisten kann. Die durch den EU-Rahmen vom Übergang zum „kontrollierten Wettbewerb“ geprägte Diskussion wird auf der nationalen Ebene von der Krise der Kommunalfinanzen überlagert.

Werden öffentliche Personennahverkehre in Zukunft im Wettbewerb erbracht, kommt der Ausschreibung von Dienstleistungen eine besondere Bedeutung zu. Aktiven Verkehrsunternehmen mit der Fähigkeit zur Gestaltung ihrer Anteile am Verkehrsmarkt kommen offene, an den Zielen orientierte Leistungsbeschreibungen entgegen. Große Erwartungen werden in diesem Sinne mit so genannten funktionalen Ausschreibungen verbunden. In einem Stadtteil von Berlin wurde die Tauglichkeit dieser Ausschreibungsform für die Anforderungen großstädtischen Verkehrs getestet. Der Test war virtuell, d.h. es fand keine reale Ausschreibung statt. Im Ergebnis können nun die Voraussetzungen und Anwendungsbereiche dieser Ausschreibungsform wesentlich besser beschrieben werden.

Eine ausreichende Verkehrsbedienung sicherzustellen bleibt auch im Wettbewerb eine zentrale Aufgabe der zuständigen Behörden. Im Nahverkehrsplan wird transparent gemacht, welches ÖPNV-Angebot vom Aufgabenträger für angemessen erachtet wird. Mit zunehmendem Wettbewerb wird daher auch die Bedeutung des Nahverkehrsplans wachsen. In dritten Teil des Projektes wurden daher Benchmarks der Nahverkehrsplanung entwickelt und in einem zweitägigen Workshop mit Vertretern aus der Praxis diskutiert. Im Ergebnis wurde ein erheblicher Bedarf an kontinuierlichem und strukturiertem Erfahrungsaustausch deutlich.

Das Projekt wurde im Februar 2002 gestartet, es wird Ende Januar 2006 abgeschlossen werden. Die Ergebnisse des ersten Arbeitsschrittes wurden bereits in der Reihe „Difu-Beiträge zur Stadtforschung“ veröffentlicht. Die Veröffentlichung der Ergebnisse des zweiten erfolgt Anfang 2006. Zur veröffentlichungsreifen Fertigstellung des dritten Projektteils ist eine Nachbearbeitungszeit erforderlich (Lehmbrock, D. Becker, Bracher, Eichmann, Kühn [AB 5], Rottmann, Winkler-Heinrich).

2.3 Fahrradportal

Mit dem Nationalen Radverkehrsplan 2002-2012 hat die Bundesregierung einen Rahmen geschaffen, um den Radverkehr in der Siedlungs- und Verkehrsplanung besser zu

berücksichtigen und das Entwicklungspotenzial des Fahrradverkehrs zu nutzen. Dies soll die Qualität des Lebensraumes Stadt, Mobilität und Gesundheit auf Dauer erhalten und verbessern und einen Beitrag leisten, Umweltbelastungen, Zersiedelung und Verkehrsstaus abzubauen.

Die Umsetzung einer radverkehrsfreundlichen Politik obliegt vor allem der kommunalen Ebene, aber auch bei den Ländern und dem Bund als Gesetzgeber sowie aufgrund seiner umwelt- und gesundheitspolitischen Zuständigkeit und als Träger von Bundes- und Landesstraßen, und bei Verbänden und Unternehmen. Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und in Kooperation mit dem Bund-Länder-Arbeitskreis „Fahrradverkehr“, in dem auch die Spitzenverbände der deutschen Städte mitwirken, unterstützt das Difu die Koordination und den Wissensaustausch der mit der Umsetzung befassten Gremien durch die Einrichtung eines Internetportals.

Das Internetportal www.nationaler-radverkehrsplan.de wurde in den Jahren 2004/2005 in enger Abstimmung mit der federführenden Einheit des BMVBW für die Arbeitsebene des Bund-Länder-Arbeitskreises Fahrradverkehr und die übrige Fachöffentlichkeit eingerichtet. Bislang gibt es die Rubriken „EU-Bund-Länder“, „Neuigkeiten“, „Termine“, „Praxisbeispiele“, „Links“ und „Literatur“. Die Benutzer werden durch gesonderte Newsletter informiert. Durch das Internet werden die Akteure effizient vernetzt und im Informationsaustausch und in der Kooperation unterstützt. Das Medium Internet ermöglicht die Darstellung der Aktivitäten und Ziele des Bundes, der Länder, der Kommunen und der Verbände etc. an zentraler und leicht zugänglicher Stelle (Bracher, Reichel [AB 7]).

2.4 Mobilität und Siedlung 2050

Angesichts der demografischen Entwicklung und der langfristigen Bindungen durch Siedlungs- und Mobilitätskonzepte sind Langfristbetrachtungen auf der kommunalen Ebene, aber auch für Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene von großer Bedeutung. Zukünftige Handlungsentscheidungen können nur auf der Grundlage komplexer Darstellungen und Gegenüberstellungen möglicher Situationen getroffen werden. Dabei werden sich die zukünftige Bevölkerungs-, Arbeitsmarkt- und Wohnungsmarktentwicklung ebenso auf die Angebotsqualität und auf die Nachfrage- und Sozialstruktur auswirken wie beispielsweise neue Bedürfnis- und Verhaltensmuster oder andere gesellschaftliche Trends.

In einem Forschungsvorhaben des BMVBS wurden als Grundlage für langfristige Mobilitäts- und Siedlungskonzepte für den Zeitraum bis 2050 Mobilitätskennziffern und Szenarien der Siedlungsentwicklung erarbeitet. Die Szenario-Technik als primär qualitativ vorgehende Technik der raumbezogenen Zukunftsforschung hat sich in komplexen Planungsprozessen mit unsicheren Entwicklungspfaden und einem langfristigen Betrachtungshorizont bewährt.

Das Vorhaben wird gemeinsam mit dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und einem Konsortium aus TRAMP GmbH (Projektkoordination), Magdeburg, Omniphon GmbH, Leipzig, und TU Dresden bearbeitet und umfasst eine regional differenzierte Wirtschaftsprognose für das Jahr 2050 sowie quantitative Schätzungen zur Verkehrsnachfrage und zum Verkehrsaufkommen.

Die Entwicklungslinien der demografischen und wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands sowie des räumlichen Verhaltens und der Mobilität wurden in Expertenbefragungen und Workshops diskutiert. Aufgrund der Diskussionsergebnisse wird in den Szenarien bis 2050 mit deutlichen Preissteigerungen der Preise des Verkehrs gerechnet, mit jeweils unterschiedlichen Verschiebungen der Bevölkerungsverteilung in wachsenden,

mittleren und schrumpfenden Regionen, größeren und kleineren Orten (unter 20.000 Einwohner, sowie hoch urbanen, mittleren und gering verdichteten Wohnlagen. Die Ergebnisse werden im Jahr 2006 vorliegen (Bracher, Eichmann, Lehmbrock, Externe).

2.5 Fläche im Kreis – Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung

Seit Anfang 2004 bearbeitet das Difu das ExWoSt-Forschungsfeld „Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung – Fläche im Kreis“. Dieses Forschungsvorhaben wird im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in Kooperation mit der Projektgruppe Stadt + Entwicklung, Leipzig, und der Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse (sofia), Darmstadt, durchgeführt. Zentraler Gegenstand ist die Durchführung von Planspielen zur Flächenkreislaufwirtschaft in den Regionen Stuttgart, Mölln, Rheinhessen-Nahe und Nordthüringen sowie in der Stadt Duisburg. Ziel ist es, im Rahmen der Planspiele Wege aufzuzeigen, auf denen in Städten und Stadtregionen die Inanspruchnahme alter und neuer Flächen im Sinne einer Kreislaufwirtschaft erreicht werden kann. Gesucht wird ein geeigneter Policy-Mix, mit dem unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen in einer Kombination aus rechtlichen, planerischen und ökonomischen Instrumenten die in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie verankerten Ziele zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme auf 30 Hektar je Tag und der vorrangigen Innenentwicklung (Verhältnis von Innen- zu Außenentwicklung = 3:1) bis zum Jahr 2020 erreicht werden können. Die Flächenkreislaufwirtschaft stellt dabei ein System von Planung, Nutzung, Nutzungsaufgabe, Brachliegen und Wiedereinbringung durch eine dauerhafte oder zeitlich befristete Zwischennutzung von Flächen dar. Die Flächenkreislaufwirtschaft verfolgt damit einen Managementansatz, der die unter bestimmten Bedingungen erforderliche Inanspruchnahme neuer Flächen zulässt, jedoch vorrangig und systematisch die Ausschöpfung aller bestehenden Flächenpotenziale im Bestand zum Ziel hat. Zur Vorbereitung der Planspiele wurden mehrere Expertisen erarbeitet, die unter anderem die Instrumente und Vorgehensweisen im Zusammenhang mit Flächenmanagement, Flächeninformation sowie intrakommunaler, regionaler und öffentlich-privater Kooperation für eine Flächenkreislaufwirtschaft zum Inhalt haben. Die Planspiele starteten im Januar 2005 vor Ort mit einer Vorphase, die eigentlichen Planspielworkshops und die darauf folgenden Auswertungen erstrecken sich bis Mitte 2006. Mit verschiedenen Veröffentlichungen und einer bundesweiten Abschlussveranstaltung wird „Fläche im Kreis“ Ende 2006 abgeschlossen (Preuß, Beißwenger [AB 6], Bock [AB 1], Böhme [AB 1], Bunzel [AB 1], Frölich [AB 1], Hamann, Hoerkens [AB 6], Meyer [AB 1], Reichel [AB 7], Rottmann, Strauss [AB 1], Externe).

2.6 Flächenmanagement und Bodenentsiegelung in Ober-, Mittel- und Unterzentren des Freistaates Sachsen

Seit Herbst 2004 ist das Difu am Forschungsvorhaben „Flächenmanagement und Bodenentsiegelung in Ober-, Mittel- und Unterzentren des Freistaates Sachsen“ des Sächsischen Landesamtes für Umwelt und Geologie beteiligt. In Kooperation mit der Projektgruppe Stadt + Entwicklung, Leipzig (Hauptauftragnehmer), und der Firma GEOS Freiberg wird in den Städten Chemnitz, Freiberg und Brand-Erbisdorf mit dem Ziel der Reduzierung der Flächeninanspruchnahme modellhaft ein kommunales Flächenmanagement aufgebaut. Dazu zählen die vollständige Erfassung vorrangig innerörtlicher Entwicklungspotenziale, die laufende Einspeisung in alle Planungsmaßnahmen und deren kontinuierliche Fortschreibung.

Die aufzubauenden Flächenmanagementsysteme dienen der räumlich und zeitlich koordinierten Aktivierung von Bauflächenpotenzialen im Bestand und dokumentieren zugleich Bestandentwicklungsprozesse. Die hierfür erforderlichen Kataster, Datenbanken und Informationssysteme werden auf der Basis eines geografischen Informationssystems (GIS) erstellt. Der gesamte Arbeitsprozess wird von mehreren Workshops mit flächenrelevanten Akteuren aus den Kommunen begleitet. Das Difu ist zum einen an den Vor-Ort-Workshops beteiligt und ist zum anderen bei der Erstellung von Zwischenberichten und Endbericht gutachtlich tätig.

Das Projekt hat eine Laufzeit von Oktober 2004 bis November 2006 (Preuß, D. Becker).

2.7 Bundesaktion „Bürger initiieren Nachhaltigkeit“

Die Bundesregierung hat 2002 eine Strategie vorgelegt, die für alle Politikfelder konkrete Nachhaltigkeitsziele formuliert. Die Umsetzung und Fortschreibung dieser „Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie“ sind in Fortschrittsberichten dokumentiert. Die Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel hat im Koalitionsvertrag vom November 2005 festgeschrieben, die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie aufzugreifen und weiterzuentwickeln. Sie hat es sich daher zum Ziel gesetzt, im Rahmen ihrer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie lokale Nachhaltigkeitsinitiativen anzuspornen und durch die Vergabe begrenzter Fördermittel bürgerschaftliches Engagement zu honorieren. Das Budget wird in erster Linie für die Anbahnung von neuen lokalen Projekten zur Nachhaltigkeit (seed money), sodann zur verbesserten Kommunikation von erfolgreich abgeschlossenen Projekten sowie zur Umsetzung bzw. Weiterentwicklung von erfolgreich laufenden Projekten zur Verfügung gestellt. Eine Voll- oder Dauerfinanzierung ist nicht vorgesehen, ebenso wenig die unveränderte Verlängerung von Projekten, deren Ziele in einer nun auslaufenden Finanzierungsperiode nicht erreicht wurden. In Frage kommen zivilgesellschaftliche Initiativen, die wegweisende, übertragbare Beiträge zur lokalen Nachhaltigkeit in ihrer Stadt oder Gemeinde leisten. Die Inhalte der Projekte müssen sich auf die Ziele und Handlungsfelder der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung bzw. die Aktionsfelder des Rahmenprogramms „Forschung für die Nachhaltigkeit (FONA)“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) beziehen und deren Umsetzung unterstützen.

Die Förderinitiative wird begleitet durch das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu). In der Verantwortung des Difu liegen unter anderem die Vorbereitung und Durchführung der jeweiligen Auslobung, die fachliche Vorbereitung der Jurysitzungen bzw. der Mittelvergabe sowie die Auswertung/Evaluation der Projektergebnisse (1. Sitzung am 19.8.2005 unter Leitung von Professor Heinrich Mäding). Die vorbereitende Projektbegutachtung orientiert sich dabei zum einen an den oben genannten Vergabekriterien sowie an den Handlungsfeldern der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie bzw. den Aktionsfeldern von FONA. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung werden in einem Statusbericht dokumentiert.

An der erstmals im Mai 2005 ausgelobten Bundesaktion haben sich insgesamt 123 Initiativen beteiligt. Am 19. August 2005 fand die erste Sitzung der Jury unter der Leitung von Prof. Dr. Mäding statt. Zur Förderung wurden 20 Projekte ausgewählt.

Das Difu übernimmt zur Koordination der Fördermaßnahme die Funktion einer Geschäftsstelle, über die die Fördermittel verwaltet und den ausgewählten Projekten zur Verfügung gestellt werden. Die Projekte schließen hierzu Verträge mit dem Difu bzw. dessen Rechtsträger, dem Verein für Kommunalwissenschaften, ab.

Neben der fachlich-inhaltlichen Strukturierung und der Geschäftsstellenfunktion ist beim Difu die Informations- und Kommunikationsarbeit zur Initiative angesiedelt. Das Difu übernimmt hier die Funktion einer „Drehscheibe“ für das Programm und hat die Web-Seite www.bund-bin.de eingerichtet. Das Projekt hat eine Laufzeit bis März 2007 (Libbe, D. Becker, Reichel [AB 7], Rösler [AB 4]).

2.8 The Impact of Demographic Changes on Local and Regional Government

Der demographische Wandel in seinen verschiedenen Facetten betrifft alle europäischen Länder – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß und in unterschiedlichen Dimensionen. Demographischer Wandel ist kein grundsätzlich neues Phänomen, so dass Erfahrungen mit seinen Folgen gemacht und Reaktionsstrategien bzw. Gegenmaßnahmen entwickelt wurden.

Ziel der Studie, die vom Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) finanziert und in Auftrag gegeben wurde, ist eine Dokumentation und Zusammenführung unterschiedlicher Erfahrungen und Herausforderungen, die mit demographischem Wandel und seinen Folgen für die lokale und regionale Ebene verbunden sind.

Dazu sollen in vier Ländern (Deutschland, Finnland, Spanien und der Tschechischen Republik) in jeweils verschiedenen räumlichen Kontexten (z.B. ländlich – urban) möglichst konkrete Maßnahmen auf lokaler und regionaler Ebene erhoben und dokumentiert werden. Diese Maßnahmen reichen von übergreifenden und eher langfristig angelegten Strategien bis hin zu kleineren Projekten. Es erfolgt eine Konzentration auf vier ausgewählte Politikfelder: soziale Dienstleistungen (z.B. Kinderbetreuung, Altenpflege), Raumplanung (u.a. Mobilität, Wohnungsbau), Beschäftigungspolitik und soziale Integration sowie so-zio-kulturelle Aktivitäten der Kommunen etwa zur Stärkung der Zivilgesellschaft. Nach Möglichkeit soll für jeden räumlichen Kontext in den ausgewählten Ländern für jedes Politikfeld ein praktisches Beispiel (best practice) erhoben werden.

Die Erhebung und Dokumentation der lokalen und regionalen Projekte wird von folgenden Fragen angeleitet: Welche besonderen Herausforderungen wurden vor Ort identifiziert? Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um diesen Herausforderungen zu begegnen? Erhalten die Kommunen Unterstützung durch staatliche Ebenen? Welches sind die finanziellen Implikationen und wie wird ihnen begegnet?

In Anbetracht der kurzen Laufzeit des Projekts, ist es nicht möglich, umfassende Analysen durchzuführen. Vielmehr geht es darum, einen ersten Überblick über kommunale Aktivitäten in den vier ausgewählten Ländern zusammenzustellen und weitere Forschungsbedarfe aufzuzeigen. Die Studie soll als Hintergrundbericht auf der Generalversammlung des RGRE im kommenden Jahr in Innsbruck (10.-12. Mai) eingebracht werden. Das Projekt hat eine Laufzeit bis Ende Januar 2006 (Trapp, Hollbach-Grömig [AB 2]).

2.9 Qualifizierung eines Handlungsrahmens für das Flächenrecycling in der Hansestadt Rostock (Policy Framework)

Die Hansestadt Rostock beteiligt sich am INTERREG IIIC – Vorhaben BERI (Brownfield European Regeneration Initiative). In einem Netzwerk mit den Städten Belfast (Großbritannien), Haviland (Belgien), Dublin (Irland), Lyon (Frankreich), Bristol (Großbritannien), Stockholm (Schweden) und Tallinn (Estland) werden in diesem Vorhaben im Zeitraum April 2004 bis voraussichtlich Ende 2007 Erfahrungen bezüglich ganzheitlicher Ansätze für das Flächenrecycling erarbeitet und Erfahrungen ausgetauscht. Anhand von Fallstu-

dien über Flächenrecyclingprojekte in den beteiligten Städten soll unter anderem ein umfassender Leitfaden zur Revitalisierung von Brachflächen gemeinsam erarbeitet werden. Eine Vorstufe hierfür ist die Erarbeitung des Handlungsrahmens (Policy Framework) für das Flächenrecycling in der Hansestadt Rostock. Mit der Qualifizierung eines derartigen Handlungsrahmens hat die Hansestadt Rostock das Difu beauftragt. Das Projekt hat eine Laufzeit von November 2005 bis Januar 2006. Eine darüber hinausgehende fachliche Begleitung der Hansestadt Rostock in dem bis 2007 laufenden INTERREG IIIC-Vorhaben wird durch das Difu angestrebt (Preuß).

2.10 Luftreinhaltung Verkehr

Neue Richtlinien der Europäischen Union stellen erhebliche Anforderungen an die Luftreinhaltung in Städten. Bekanntermaßen ist der Kfz-Verkehr in Städten und Ballungsräumen in besonderem Maße Verursacher dieser Belastungen. Der vordringliche Ansatz zur Reduzierung von Luftschadstoffemissionen muss daher an der Quelle, der Fahrzeugtechnik ansetzen. Dennoch besteht ein erheblicher kommunaler Handlungsbedarf. Wie aktuelle Erhebungen zur Mobilität in Deutschland zeigen, bleibt trotz erheblicher Investitionen in den ÖPNV der Zuwachs des motorisierten Individualverkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen unverändert hoch. LKW verursachen in vielen Orten den Großteil des lokalen Verkehrsbeitrages zur Luftverschmutzung (z.B. zwei Drittel in Berlin). Vieles spricht dafür, dass aus Sicht der Umweltpolitik eine Stärkung der steuernden verkehrspolitischen Elemente erforderlich ist. Dabei wird der Beitrag möglicher Maßnahmenbündel zur Verbesserung städtischer Luftbelastung jeweils nachzuweisen sein. Kontraproduktive Effekte von einseitig auf Luftreinhaltungsziele optimierten Konzepten auf andere Umweltqualitäten (z.B. Lärm) sind zu vermeiden. Es stellen sich aber auch teilweise altbekannte Fragen nach den Nebenwirkungen (z.B. für den innerstädtischen Einzelhandel) und der Tauglichkeit vorgeschlagener Konzepte vor dem Hintergrund interkommunaler Konkurrenz.

Der aktuelle Forschungsstand zur Verkehrsnachfrage und zur rechtlichen Zulässigkeit der extensiven Anwendung kommunaler verkehrspolitischer Maßnahmen zur Reduzierung der durch Kfz-Verkehr verursachten Luftbelastung wurde aufgearbeitet. In diesem Zusammenhang werden auch die neueren Luftschadstoffpläne der Städte mit hoher Überschreitungshäufigkeit der Grenzwerte vergleichend und systematisierend untersucht. Dabei werden die jeweils vorgeschlagenen Maßnahmen nach ihrer Umweltwirkung und Tauglichkeit für unterschiedliche räumliche Situationen (Solitärstadt, dezentrale Regionalstruktur, Innenstadt, Hot-Spots mit unterschiedlichem städtischem Umfeld) eingeschätzt.

In Städten mit hohem Handlungsdruck oder mit Best-Practice-Erfahrungen werden zur Zeit Experteninterviews vorbereitet. Zum Abschluss des Projekts werden die Ergebnisse und der aktuelle Stand der Luftreinehalteplanung in den Kommunen in einem Difu-Seminar vom 8. bis 10. Mai 2006 vorgestellt und diskutiert (Lehmbrock, D. Becker, Rottmann).

2.11 Erfahrungsaustausch mit AG Nahverkehrsplanung der BAG ÖPNV Aufgabenträger

Mitte der 90er-Jahre wurde infolge der Bahnreform und Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs der „Nahverkehrsplan“ als neues Instrument zur Entwicklung des ÖPNV in Deutschland eingeführt. Seine herausragende Aufgabe ist die konkrete Bestimmung der ausreichenden Verkehrsbedienungs, die von den Aufgabenträgern des ÖPNV zu beschlie-

ßen und im Nahverkehrsplan festzulegen ist. Der Nahverkehrsplan dokumentiert also die Entscheidung der Aufgabenträger über das im öffentlichen Interesse sicherzustellende ÖPNV-Angebot. Die Genehmigungsbehörden haben bei der Konzessionierung von Verkehrsunternehmen den jeweils geltenden Nahverkehrsplan zu berücksichtigen. Außerdem ist die Zulässigkeit von öffentlichen Ausgleichszahlungen für Verkehrsdienstleistungen nach deutschen als auch nach europäischen Rechtsnormen daran geknüpft, dass sie zur Sicherstellung einer ausreichenden Verkehrsbedienung dienen.

Dennoch ist der politische und rechtliche Rahmen der Nahverkehrsplanung nach wie vor nicht gefestigt. Als ein Beleg zur Begründung der bestehenden Unsicherheit können zum Beispiel alle Fragen zur Regelung des „Wettbewerbs im ÖPNV“ gelten. Nicht nur auf europäischer Ebene ist das Was, Wann und Wie umstritten. Auch auf kommunaler Ebene bestehen häufig erhebliche Zielwidersprüche: Zwischen den Anforderungen des Stadtkämmerers, den Verpflichtungen der Stadt als Eigentümer eines Verkehrsunternehmens und den Zielen der Verkehrsplanung. In einigen Bundesländern werden außerdem die ÖPNV-Gesetze und damit auch wesentliche Grundlagen der Nahverkehrsplanung zurzeit überarbeitet.

Etwa alle fünf Jahre werden Nahverkehrspläne entsprechend der gesetzlichen Grundlagen fortgeschrieben. Zurzeit sind die zweite Generation in der Beschlussphase und die dritte Generation in der Vorbereitung. Es zeigt sich, dass die Nahverkehrspläne heute trotz der nach wie vor unsicheren Rahmenbedingungen ein anerkanntes Planungsinstrument der Aufgabenträger sind, das den Informationsstand aller Beteiligten über die eigenen Handlungsspielräume deutlich verbessert.

Die vielfältigen Planungsansätze und Aufgabenzuschnitte der bisher erstellten Nahverkehrspläne zeigen aber auch, dass der Erfahrungsaustausch über die Gemeindegrenzen und über die Verkehrsverbünde und Regionen hinweg offensichtlich noch nicht ausreichend ist. Mit der Arbeitsgruppe „Nahverkehrsplanung“ der BAG ÖPNV-Aufgabenträger der kommunalen Spitzenverbände wurde daher eine dauerhafte Zusammenarbeit vereinbart. Diese bezieht sich sowohl auf organisatorische Fragen als auch auf die Gestaltung des Arbeitsprogramms. Auf der Basis der im Difu erarbeiteten Benchmarks zum Nahverkehrsplan wird zurzeit eine neue Struktur des Arbeitsprogramms vorbereitet und mit den AG-Mitgliedern abgestimmt. Im Ergebnis soll mit diesem Verfahren ein besserer Quervergleich der Nahverkehrspläne erreicht werden, der es den Planern vor Ort ermöglicht, den eigenen Stand einzuschätzen (Lehmbrock, D. Becker).

3. Projektvorbereitende Arbeiten

3.1 Wirtschaftlichkeit der ÖPNV-Steuerung durch Aufgabenträger und ÖPNV-Unternehmen

Die mit der Trennung der Ersteller- und Bestellerfunktionen verbundene Neuorganisation des ÖPNV verläuft in den verschiedenen Regionen mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten und auf unterschiedliche Art und Weise. Skeptiker dieser Entwicklung befürchten unter anderem die Ineffizienz zusätzlich entstehender „Transaktionskosten“. Aufgrund einer Initiative der Bundesarbeitsgemeinschaft der ÖPNV-Aufgabenträger der kommunalen Spitzenverbände hat das Difu einen ersten Projektvorschlag entwickelt, um die dazu fachlich und politisch geführte Diskussion auf eine fundierte Grundlage zu stellen. Da die Analyse der tatsächlichen Transaktionskosten durch das Fehlen objektiv nachprüfbarer Daten kaum möglich ist, wird die Analyse und Dokumentation prototypischer Fallbeispiele vorgeschlagen (Bracher, Eichmann).

4. Andere Aktivitäten (Auswahl)

- Ständiger Gast der Fachkommission Verkehrsplanung des DST, Sitzungen am 21./22.4.2005 in Chemnitz und am 29/30.9.2005 in Ludwigshafen (Bracher).
- Mitwirkung in der Ad-hoc-AG „Grundfinanzierung des kommunalen Verkehrs“ des Deutschen Städtetags (Bracher).
- Mitgliedschaft im Bund-Länder-Arbeitskreis „Radverkehr“, Leitung des Unterarbeitskreises „Ordnungsrahmen“ (Bracher).
- Arbeitskreisleiter „Aktuelle Themen des Radverkehrs“ und Ausschussmitglied der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (Bracher).
- Mitglied und Sprecher der zur Umsetzung des Stadtentwicklungsplans Verkehr eingerichteten Arbeitsgruppe „FahrRat“ der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (Bracher).
- Mitglied im Arbeitskreis „Organisationsformen und Modelle für die ÖPNV-Finanzierung“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen FGSV (Eichmann).
- Mitglied der Arbeitsgruppe „Bahnreform“ des Verkehrsclubs Deutschland e.V. (VCD) (Eichmann).
- Mitglied im „Innsbrucker Kreis“ zu Wettbewerb im ÖPNV des Kompetenz-Centers Wettbewerb (KCW), Sitzung am 24.–25.2.2005 in Innsbruck und am 30.9.–2.10. in Hohnstein (Eichmann).
- 2. Projekt-Workshop des projektbegleitenden Forschungsbeirats im Vorhaben „Dienstleistungsqualität und Daseinsvorsorge in deregulierten Märkten“ des Wuppertal-Instituts und der Hans-Böckler-Stiftung am 4.7.2005 in Düsseldorf (Eichmann, Trapp).
- Mitwirkung und Vortrag im vhw-Seminar „Vergabe von Verkehrsdienstleistungen im öffentlichen Verkehr“ am 8.9.2005 in Dortmund (Eichmann).
- Impulsreferat „Nahverkehrsplanung unter neuen Rahmenbedingungen – Erfahrungen aus dem Tellus-Projekt“ im Rahmen der Nexus-Fachtagung „Mehr Kunden durch mehr Beteiligung?“ am 29.9.2005 in Berlin (Eichmann).
- Einführungsreferat auf der Fachtagung „Zukunft der Organisation und Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs in Sachsen“ der Friedrich-Ebert-Stiftung am 2.11.2005 in Dresden (Eichmann).
- Vortrag auf dem Abschlussworkshop des Themenfelds ÖPNV im Forschungsvorhaben „Dienstleistungsqualität und Daseinsvorsorge in deregulierten Märkten“ des Wuppertal-Instituts und der Hans-Böckler-Stiftung am 16.11.2005 in München (Eichmann).
- Geschäftsführender Herausgeber des Loseblattwerks „Handbuch der kommunalen Verkehrsplanung“, Hüthig Verlagsgruppe, Heidelberg (Lehmbrock), Mitherausgeber (Bracher).
- Ständiges Mitglied des Ausschusses für Immissionsschutz des Landes Brandenburg (Lehmbrock).
- Mitglied im Beirat Radverkehr des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Sitzung am 27.6.2005 in Berlin (Lehmbrock).
- Mitwirkung in der Bundesarbeitsgemeinschaft der ÖPNV-Aufgabenträger der kommunalen Spitzenverbände und Geschäftsführung der AG Nahverkehrsplan (Lehmbrock) sowie in der AG Organisation und Finanzierung (Bracher).
- Mitglied in der EU Expert Group on the Urban Environment der DG Environment zur Beratung der EU-Kommission zur Thematic Strategy on the Urban Environment am 17. Mai 2005 in Brüssel (Libbe).
- Präsentation auf dem Workshop „Programmevaluation Sozial-ökologische Forschung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) am 2. Juni 2005 in Berlin (Libbe).

- Hallesches Kolloquium zur kommunalen Wirtschaft, Institut für Wirtschaftsforschung Halle am 7. Juli 2005 (Libbe).
- Experte im Forum „Flächennutzung – Flächeneinsparung“ auf dem Workshop „Konsensorientierte Nachhaltigkeitsentwicklung für Kommunen. Agenda 21 – neue Schwerpunkte“, veranstaltet von Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein, des Städteverbands Schleswig-Holstein und der Akademie für Natur und Umwelt des Landes Schleswig-Holstein am 14.1.2005 in Eckernförde (Preuß).
- Vortrag „Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung“ am 4.2.2005 beim Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin (Preuß).
- Experte auf dem Fachgespräch „Motive der Standortwahl in den Bereichen Wohnen und Gewerbe“ bei Umweltbundesamt am 1.3.2005 in Berlin (Preuß).
- Vortrag „Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung“ beim Masterstudiengang „Real Estate Management“ der TU Berlin am 8.7.2005 in Berlin (Preuß).
- Vortrag „Ambitionen, Vorhaben und Instrumente zur Steuerung des Flächenkreislaufs“ auf dem Workshop 2 des MORO-Projekts „Entwicklung und Einführung eines regionalen Flächenmanagementsystems in der Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau“ am 29.9.2005 in Zwickau (Preuß).
- Vortrag „Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung“ beim Institut für Stadt- und Regionalplanung (ISR) der TU Berlin am 28.11.2005 in Berlin (Preuß).
- Vortrag „Die Bedeutung Europas für die Kommunen“ auf dem Ansprechpartnertreffen des Difu am 28.2.2005 in Hamburg (Rottmann).
- Vortrag „Der rechtliche Rahmen auf EU-Ebene: Marktordnung und Umweltrichtlinien“ auf dem Workshop von Difu und Umweltbundesamt „Wettbewerb – Luftreinhaltung – Lärminderung“ am 18./19.5.2005 in Berlin (Rottmann).
- Vortrag „EU-Umweltrecht und Stadtentwicklung“ auf der Stadträtefortbildung des Stadtplanungsreferats der Landeshauptstadt München am 28.9.2005 in München (Rottmann).
- Vortrag „Lärminderungsplanung: Stand der nationalen Gesetzgebung“ auf der Fachtagung des Difu zur Lärminderungs- und Luftreinhalteplanung am 17./18.10.2005 in Berlin (Rottmann).
- Teilnahme am 4. Seminar des Europäischen Netzwerk Städtebaurecht PlanNet Europe am 24./25.10.2005 in Brüssel (Rottmann).
- Impulsreferat und Moderation des Workshops „Gemeinwohlsicherung als Herausforderung – kommunale Steuerungspotenziale in differenzierten Modi der Aufgabewahrnehmung“ auf dem Ansprechpartnertreffen des Difu am 28.2.2005 in Hamburg (Trapp).
- Gast auf Beiratssitzungen des Stadtforum Berlin 2020 (9.2. und 30.3.2005) zur Vorbereitung der Stadtforum-Veranstaltung „Regulieren? Deregulieren? Reregulieren? Öffentliche Aufgaben und Privatisierung“ am 2.9.2005 in Berlin (Trapp).
- Vortrag zum Thema „Outsourcing and Privatisation of Public Utilities in German Local Authorities“ auf der Auftaktkonferenz eines europäischen Forschungsnetzwerkes zur Erbringung sozialer und öffentlicher Dienstleistungen der Ver- und Entsorgung auf kommunaler Ebene im europäischen Vergleich am 9.9. und 10.9.2005 am Institut für Politikforschung (Institut d’Études Politiques) in Aix-en-Provence (Trapp).
- Vortrag zum Thema „Kommunale Selbstverwaltung und Daseinsvorsorge – kommunale Aufgaben im Wandel der Zeit“ auf der Kommunalpolitischen Konferenz „Die Zukunft kommunaler Dienstleistungen – Daseinsvorsorge zwischen Gemeinwohl und Wettbewerb“ des Kommunalpolitischen Forums Sachsen/Die Linke.PDS am 12.11.2005 in Leipzig (Trapp).

- Betreuung einer Besuchergruppe am Difu von der University of Stellenbosch, School of Public Management and Planning, Prof. Johan Burger, South Africa, und Präsentation aktueller Ergebnisse aus dem Projekt netWORKS am 12.12.2005 in Berlin (Trapp).
- Mitglied im Projektbeirat „Verselbständigung öffentlicher Unternehmen – Rückzug der Politik? Eine empirische Untersuchung zur Beteiligungssteuerung in kleineren und mittleren Gemeinden“ der Hans-Böckler-Stiftung, Sitzungen am 14.4. und 24.11.2005 in Düsseldorf (Trapp).
- Mitglied im Projektbeirat „Dienstleistungsqualität und Daseinsvorsorge in deregulierten Märkten – Analyse und Weiterentwicklung kooperativer Innovationsstrategien in den Handlungsfeldern Hausmüllentsorgung und Öffentlicher Personennahverkehr“ der Hans-Böckler-Stiftung, Sitzung am 4.7.2005 in Düsseldorf (Trapp, Eichmann).

5. Veröffentlichungen

5.1 Difu-Publikationen

Difu-Beiträge zur Stadtforschung

- Lehmbrock, Michael, Bracher, Tilman, Eichmann, Volker, Hertel, Christof, Kühn, Gerd, und Preuß, Thomas, Verkehrssystem und Raumstruktur, neue Rahmenbedingungen für Effizienz und Nachhaltigkeit, Berlin 2005 (Difu-Beiträge zur Stadtforschung, Bd. 40).

Difu-Materialien

- Preuß, Thomas, Barczewski, Baldur, Schrenk, Volker, und Weber, Karolin (Hrsg.), Flächenrecycling – Risikobewertung und Risikokommunikation. Dokumentation des 3. deutsch-amerikanischen Workshops „Environmental Risk Assessment and Risk Communication“ am 23./24.10.2003 in Portland, Oregon, Berlin 2005 (Deutsches Institut für Urbanistik, Materialien 2/2005).
- Preuß, Thomas, Barczewski, Baldur, Schrenk, Volker, und Weber, Karolin (Hrsg.), Soziale Aspekte des Flächenrecyclings in den Städten. Dokumentation des 4. deutsch-amerikanischen Workshops „Soziale Aspekte des Flächenrecyclings“ am 17./18.6.2004 in Leipzig, Berlin 2005 (Deutsches Institut für Urbanistik, Materialien 9/2005).
- Preuß, Thomas, Barczewski, Baldur, Schrenk, Volker, und Weber, Karolin (Hrsg.), Nachhaltige Wiedernutzung und Revitalisierung von Brachflächen. Dokumentation des 5. deutsch-amerikanischen Workshops „Sustainable Reuse and Revitalization of Potentially Contaminated Sites. New Directions, Tools and Concepts“ vom 15.-17.9.2004 in St. Louis, Missouri, Berlin 2005 (Deutsches Institut für Urbanistik, Materialien 10/2005).

Projektberichte

- Eichmann, Volker, Berschin, Felix, Bracher, Tilman, und Winter, Matthias, Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für einen umweltfreundlichen, attraktiven und leistungsfähigen öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), Endbericht, Berlin 2005.
- Kluge, Thomas, Libbe, Jens, Schramm, Engelbert, Erhebung für die Bewertung der Förderung der Verbundforschung auf dem Gebiet der sozial-ökologischen Forschung – Antworten „P“. Berlin, Frankfurt a.M. (unveröffentlichter Bericht anlässlich der Evaluation des Schwerpunkts), Berlin und Frankfurt 2005.

Profildienst

- Maringer, Sibylle, Rottmann, Manuela, und Preuß, Thomas, Begrenzung des Flächenverbrauchs durch die Planung (1/2005).
- Maringer, Sibylle, Rottmann, Manuela, und Preuß, Thomas, Marktanaloge Instrumente der Flächensteuerung (2/2005).

netWORKS-Papers

- Libbe, Jens, Trapp, Jan Hendrik, and Tomerius, Stephan with assistance of Sebastian Bolay and Sönke Duhm. The Challenge of Securing the Public Interest – Environmental Policy Action in the Ensuring Local Authority in Germany. Theoretical identification of current pressure points and changes in municipalities. Berlin 2005 (netWORKS-Paper, No 8, Download www.networks-group.de/publications).
- Libbe, Jens, Trapp, Jan Hendrik, Gemeinwohlsicherung als Herausforderung – kommunale Steuerungspotenziale in differenzierten Formen der Aufgabenwahrnehmung. Eine Positionsbestimmung, Berlin 2005 (Download <http://www.networks-group.de/veroeffentlichungen/>).
- Monstadt, Jochen, Naumann, Matthias, New Geographies of Infrastructure Systems. Spatial Science Perspectives and the Socio-Technical Change of Energy and Water Supply Systems in Germany, Berlin 2005 (netWORKS-Papers, No. 10).
- Reh binder, Eckard, Privatisierung und Vergaberecht in der Wasserwirtschaft, Berlin 2005 (netWORKS-Papers, Nr. 11).
- Döring, Patrick, Sicherung kommunaler Gestaltungsmöglichkeiten in unterschiedlichen Privatisierungsformen – Beispiel Wasserversorgung, Berlin 2005 (netWORKS-Papers, Nr. 12).
- Schramm, Engelbert, Naturale Aspekte sozial-ökologischer Regulation. Bericht aus dem Analysemodul „Ressourcenregulation“ im Verbundvorhaben netWORKS, Berlin 2005 (netWORKS-Papers, Nr. 14).
- Kluge, Thomas, Ansätze zur sozial-ökologischen Regulation der Ressource Wasser – neue Anforderungen an die Bewirtschaftung durch die EU-Wasserrahmenrichtlinie und Privatisierungstendenzen, Berlin 2005 (netWORKS-Papers, Nr. 15).
- Malz, Simone, Scheele, Ulrich, Handelbare Wasserrechte – Stand der internationalen Debatte, Berlin 2005 (netWORKS-Papers, Nr. 16).
- Lux, Alexandra, Scheele, Ulrich, Schramm, Engelbert, Benchmarking in der Wasserwirtschaft – Möglichkeiten und Grenzen einer Erweiterung des Benchmarking um ökologische und soziale Aspekte, Berlin 2005 (netWORKS-Papers, Nr. 17).
- von Braunmühl, Claudia, Water Governance – Partizipation in der Wasserversorgung, Berlin 2005 (netWORKS-Papers, Nr. 18).
- Lux, Alexandra, Handelbare Wasserentnahmerechte als Ergänzung der ordnungsrechtlichen Vergabepolitik? Mit einem juristischen Gutachten von Eckard Reh binder, Berlin 2005 (netWORKS-Papers, Nr. 19).
- Monstadt, Jochen, v. Schlippenbach, Ulrike, Privatisierung und Kommerzialisierung als Herausforderung regionaler Infrastrukturpolitik – Eine Untersuchung der Berliner Strom-, Gas- und Wasserversorgung sowie Abwasserversorgung, Berlin 2005 (netWORKS-Papers, Nr. 20).

5.2 Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen

- Bracher, Tilman,, Eichmann, Volker, Lehmbruck, Michael, Planspiel Nahverkehr in Berlin. „Spielerische“ Entwicklung von Szenarien zur Zukunft des ÖPNV, in: Der Nahverkehr, H. 1-2 (2005), S. 34-38.
- Bracher, Tilman, Neue Förderstrategien: GVFG und Co. Finanzlage und Finanzierungsinstrumente aus kommunaler Sicht, in: Dieter Apel u.a., Verkehrsentwicklung steuern? Ansatzpunkte und Grenzen staatlicher Einflussnahme. Dokumentation eines Expertenworkshops, Dortmund 2005, S. 29–33.
- Eichmann, Volker, Zukunft des Berliner ÖPNV im Wettbewerb – Ergebnisse eines Planspiels, in: Verkehrszeichen, H. 2 (2005), S. 9–13.
- Eichmann, Volker, Entwicklung des ÖPNV im Wettbewerb: Erfahrungen aus dem TELLUS-Planspiel zur zukünftigen Organisation des ÖPNV in Berlin, in: Wulf-Holger Arndt u.a. (Hrsg.), Beiträge aus der Verkehrsforschung. Verkehrsplanungseminar 2004, Berlin 2004 (2005) (Schriftenreihe A des Instituts für Land- und Seeverkehr), S. 7–23.
- Eichmann, Volker, Entscheidungsfragen und Modelle zur Organisation des ÖPNV unter Marktbedingungen, in: Handbuch der kommunalen Verkehrsplanung, Kap. 4.3.3.1, Ergänzungslieferung 2005; Heidelberg
- Lehmbruck, Michael, Der Reform der kommunalen Grundsteuer steht nichts mehr im Wege. Das Deutsche Institut für Urbanistik plädiert für ein eigenes Modell, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 17 vom 21.1.2005, S. 43.
- Libbe, Jens, Bock, Stephanie, Szenarioplanung von Städten und Regionen. Erfahrungen im Ideenwettbewerb „Stadt 2030“ aus Sicht der Begleitforschung, in: Ingo Neumann (Hrsg.), Szenarioplanung in Städten und Regionen. Theoretische Einführung und Praxisbeispiele, Dresden 2005, S. 82–94.
- Kluge,Thomas, Libbe, Jens, Scheele, Ulrich, Kommunales Transformationsmanagement für eine nachhaltige Wasserwirtschaft – Überblick über den Ansatz des Forschungsverbundes netWORKS, in: Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, hrsg. von Peter Eichhorn und Günter Püttner, Bd. 28, H. 3 (2005), S. 283–299.
- Preuß, Thomas, Ferber, Uwe, Flächenkreislaufwirtschaft: Neue strategische, planerische und instrumentelle Ansätze zur Mobilisierung von Brachflächen, in: Anja Bessecke, Robert Hänsch und Michael Pinetzki (Hrsg.), Das Flächensparbuch. Diskussion zu Flächenverbrauch und lokalem Bodenbewusstsein, Berlin 2005 (TU Berlin, ISR-Diskussionsbeiträge, H. 56), S. 177–185.
- Rottmann, Manuela, Absage an die marktorientierte Direktvergabe im ÖPNV: Interner Entwurf der EU-Kommission für eine neue Verordnung, in: InfrastrukturRecht, H. 2 (2005), S. 26–28.

5.3 Projektforen im Internet

- Fläche im Kreis. Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung <http://www.flaeche-im-kreis.de> (Preuß, Reichel [AB 7]).
- Nationaler Radverkehrsplan. Internetportal zur Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans („Fahrradportal“) www.nationaler-radverkehrsplan.de (Bracher, Reichel [AB 7]),
- netWORKS-Group. Forschungsprojekt „Sozial-ökologische Regulation netzgebundener Infrastruktursysteme“ des Forschungsverbundes „netWORKS“ <http://www.networks-group.de> (Libbe, Reichel [AB 7], Trapp).

Veröffentlichungen

- Bundesaktion „Bürger initiieren Nachhaltigkeit“. Förderung lokaler Nachhaltigkeitsinitiativen im Rahmen der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung www.bund-bin.de (Libbe, Reichel [AB 7], Rösler)

Abteilung Köln

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Dr.-Ing., Dipl.-Soz. Claus-Peter Echter
Dr. phil., Dipl.-Ing. Werner Heinz
Dipl.-Geogr. Nicole Langel
Dipl.-Ing. Vera Lorke
Irmgard Michels
Dipl.-Psych. Klaus Mittag
Dipl.-Ing. Cornelia Rösler
Kamilla Vuong

Externe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Andrea Jonas
Benjamin Klein

Praktikantinnen und Praktikanten

Martin Held
Franziska Kausch
Jessica Le Bris
Cornelia Wanders

1. Abgeschlossene Projekte

1.1 Die Denkmaltopographie als Erfassungsinstrument und kulturgeschichtliches Unternehmen

Die Denkmaltopographie als neue Form der Denkmalbeschreibung und Denkmaldokumentation hat in der staatlichen und kommunalen Denkmalpflege einen hohen Stellenwert. Als Instrument der Denkmalpflege und Grundlage für die Bauleitplanung ist die Denkmaltopographie der Bundesrepublik Deutschland beispiellos in Europa. Mit Hilfe der Publikationsreihe „Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland“ wird der Denkmalbestand in den deutschen Bundesländern systematisch erfasst. Zugleich liefert das Projekt kulturhistorische Grundlagen und Informationen für das gegenwärtige Planen und Bauen in den Städten und Landkreisen und fördert das Geschichts- sowie Denkmalbewusstsein in der Öffentlichkeit. Nach mehr als 20 Jahren ist eine kritische inhaltliche Würdigung dieser Inventarreihe angebracht. Die vorliegende Arbeit will dazu beitragen, die Bedeutung und Notwendigkeit von Denkmaltopographien für die konkrete Vermittlung von Denkmalwerten darzulegen und Entscheidungsträgern in den Kommunen, den Ländern, dem Bund und der interessierten Öffentlichkeit nahe zu bringen.

Ziel der Untersuchung ist es, zunächst einen Überblick über Stand und Standard der Topographiebände zu geben und darauf aufbauend dann exemplarische, zumeist neuere Denkmaltopographien im Hinblick auf ihren Erkenntnis- und Informationswert zu evaluieren. Im Vergleich sind Konzepte und inhaltliche Schwerpunkte herausgearbeitet. Analysiert werden auch Rahmenbedingungen der Bearbeitung von Denkmaltopographien, ihre vielfältige Nutzung und Anwendung.

Besonders inhaltsreiche und methodisch interessante Topographiebände werden ausgewählt, anhand von Text- und Bildausschnitten vorgestellt und – wo sinnvoll und nötig – kommentiert. Drei Gesichtspunkte stehen im Vordergrund: Stand der Denkmalerfassung in Denkmaltopographien, Aufbau, Inhalte und Schwerpunkte von Denkmaltopographien sowie ihre Wirkungen und Akzeptanz.

Insgesamt 14 Topographiebände aus unterschiedlichen Bundesländern wurden im Hinblick auf wichtige methodische Aspekte und inhaltliche Themen ausgewählt: Bestandteile und Materialien (Texte, Fotos, Karten) sowie bau- und stadtbaugeschichtliche Schwerpunkte. Neben den unterschiedlichen Baugattungen werden Fragen der historischen Kulturlandschaft thematisiert. Die Forschungsergebnisse beruhen auf Erkenntnissen aus Text- und Inhaltsanalysen, aus der einschlägigen Sekundärliteratur sowie auf gezielten Expertengesprächen, die die Forschungsarbeit durch praktische Aspekte und Urteile ergänzen.

Der Nutzen der vorliegenden Untersuchung liegt in der Aufbereitung historischer Grundlagen für Anwendungsfelder in der Denkmalpflege, in der Sanierung, für das Bauen im Bestand sowie nicht zuletzt in der Freiraum- und Bauleitplanung. Denkmaltopographien sind unabdingbar für das Verständnis der gebauten Umwelt und Voraussetzung für die Entwicklung nachhaltiger Konzepte der Erhaltungs- und Entwurfsplanung für das historische Erbe. Eine Veröffentlichung der Projektergebnisse in der Reihe „Difu-Beiträge zur Stadtforschung“ ist im ersten Quartal 2006 vorgesehen (Echter).

1.2 Kommunale Zusammenarbeitsstrukturen zur Berücksichtigung von Umwelt- und Gesundheitsbelangen in Planungsprozessen

Der Themenbereich „Umwelt und Gesundheit“ hat in den letzten Jahren vor allem im Hinblick auf den vorsorgenden Gesundheitsschutz zunehmend an Bedeutung gewonnen. 1994 haben sich daher die europäischen WHO-Mitgliedstaaten darauf verständigt,

nationale Aktionsprogramme zur Verbesserung des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes aufzustellen. Auch in Deutschland wurde ein bundesweites Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit (APUG) ins Leben gerufen. Das Land Nordrhein-Westfalen hat als einziges Bundesland ein eigenes Aktionsprogramm auf den Weg gebracht, in dessen Kontext dieses Projekt vom Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW (MUNLV, Federführung für das APUG des Landes Nordrhein-Westfalen) gefördert wurde.

Im Rahmen von Planungsverfahren ist bei der Berücksichtigung von Umwelt- und Gesundheitsbelangen die Ämterzusammenarbeit ein entscheidender und ergebnisbeeinflussender Faktor.

Zwar führen viele Planungsverwaltungen über die bisherigen gesetzlichen Anforderungen hinaus bei der Aufstellung von Bauleitplänen bereits frühzeitig eine Abfrage berührter Belange bei den wichtigsten städtischen Ressorts durch. Häufig werden die fachpolitischen Ziele der Umwelt- und Gesundheitsverwaltungen aber unzureichend in die Planungsverfahren eingebracht und berücksichtigt. Die Zusammenführung von Zielen und Maßnahmen der unterschiedlichen Fachdisziplinen bedarf daher einer Sensibilisierung für Auswirkungen und Effekte der eigenen Tätigkeitsbereiche für die jeweils anderen Ressorts. Erst dann können Synergien erkannt und genutzt, Interessenkonflikte aufgedeckt und gelöst sowie mögliche Effizienzsteigerungen gefördert werden.

Die Untersuchung basiert auf einer Serie von vier Werkstattgesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Planungs-, Umwelt- und Gesundheitsressorts der vier nordrhein-westfälischen Städte Düsseldorf, Duisburg, Gelsenkirchen und Krefeld. Zur Arbeitsgruppe gehörten zudem jeweils ein/e Vertreter/in des MUNLV, des Städtetages NRW und des Landesinstituts für den öffentlichen Gesundheitsdienst (Iögd NRW) sowie die Projektbearbeiter/innen des Difu.

Gegenstand der Werkstattgespräche war die Analyse der Zusammenarbeit von Planungs-, Umwelt- und Gesundheitsressorts anhand von vier konkreten Bebauungsplanverfahren. Das Augenmerk galt dabei vor allem dem Verfahrensgang, dem Zeitpunkt und der Art der Einbindung der Umwelt- und Gesundheitsressorts in das Verfahren, der Aufgabenverteilung und den im konkreten Fall relevanten Umwelt- und Gesundheitsbelangen.

Nach der Identifikation von Hemmnissen und Defiziten anhand der Analyse von konkreten und fiktiven Fallbeispielen wurden positive Vorgehensweisen herausgearbeitet und darüber hinausgehende Lösungsvorschläge entwickelt. Diese wurden den Erfordernissen und Hemmnissen gegenübergestellt. Auf dieser Basis wurden Empfehlungen zur Verbesserung der Zusammenarbeitsstrukturen der beteiligten Ressorts erarbeitet.

Die ausführliche Darstellung der Projektergebnisse sowie detaillierte Erläuterungen zu den sieben Impulsen können dem Bericht „Kommunale Zusammenarbeitsstrukturen zur Berücksichtigung von Umwelt- und Gesundheitsbelangen in Planungsverfahren“, herausgegeben vom Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (MUNLV) des Landes Nordrhein-Westfalen entnommen werden. Der Bericht ist auch im Internet unter www.apug.nrw.de oder www.difu.de abrufbar (Rösler, Bunzel [AB 1], Lorke).

1.3 10. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten

Am 11. und 12. April 2005 fand der 10. Deutsche Fachkongress in Hagen statt. Anlässlich dieses zehnjährigen Jubiläums zogen die Energiebeauftragten eine Bilanz ihrer bisherigen Arbeit: Durch kommunales Energiemanagement konnte in den vergangenen Jahren kontinuierlich der Einsatz von Wärme, Strom und auch Wasser minimiert werden.

Dadurch wurden die kommunalen Haushalte durch Kosteneinsparungen entlastet, wichtige Ressourcen geschont und gleichzeitig die Luftbelastung sowie der Ausstoß von Treibhausgasen reduziert, so dass ein bedeutender Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden konnte.

Auf dem Fachkongress wurden Verfahren und Beispiele aus der Praxis des kommunalen Energiemanagements vorgestellt und diskutiert. Der Kongress diente damit zugleich als Fortbildungsveranstaltung und Plattform für den Erfahrungsaustausch. Im Rahmen des Kongresses fanden insgesamt 19 Workshops zu folgenden Themenschwerpunkten statt:

- Energiemanagement: Organisation und Software
- Vertragsgestaltung, Rechnungswesen und Energieeinkauf
- Berichtswesen, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit
- Energieeffizienz
- Erneuerbare Energien

Veranstalter des Kongresses waren das Difu und die Stadt Hagen in Kooperation mit dem Arbeitskreis „Energieeinsparung“ des Deutschen Städtetages, die kommunalen Spitzenverbände (Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag), dem Klima-Bündnis der europäischen Städte und dem Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen.

Die Beiträge des Kongresses wurden in der Veröffentlichung „Informationspool für kommunale Energiebeauftragte“ in der Reihe „Umweltberatung für Kommunen“ des Difu dokumentiert (Rösler, Lorke).

2. Laufende Projekte

2.1 EU-Aktivitäten deutscher Städte und Gemeinden

1997 hat das Difu eine gemeinsam mit der deutschen Sektion des RGRE entwickelte Umfrage in einer Reihe ausgewählter Städte durchgeführt, um herauszufinden, welche kommunalen Dienststellen in welchem Umfang mit „EU-Angelegenheiten“ beschäftigt sind. Die Ergebnisse dieser Umfrage (Thomas Franke, Werner Heinz, EU-Aktivitäten deutscher Städte und Gemeinden, Difu-Materialien 6/1997) stießen auf kommunaler Seite auf großes Interesse.

Seit dieser Umfrage sind acht Jahre vergangen und die Erfahrungen der Kommunen mit der EU haben deutlich zugenommen. Dennoch, so scheint es, gibt es in vielen Städten noch immer einen großen Informationsbedarf, der zudem eine deutliche Veränderung in Bezug auf seine Schwerpunkte aufweist. Anders als 1997 stehen in der kommunalen Diskussion nicht mehr vor allem EU-Förderprogramme und Fördermittel sowie einschlägige Akquisitionsfragen im Vordergrund, sondern immer stärker auch die Betroffenheit von Städten und Gemeinden durch die von der EU ausgehenden Verordnungen und Richtlinien. Es erschien daher sinnvoll – dies wurde auch von kommunaler Seite bestätigt –, die oben genannte Umfrage in modifizierter und zeitgemäßer Form zu wiederholen. Eine besondere Rolle spielt dabei auch die derzeit immer stärker diskutierte Frage, ob und in welcher Form die Städte ihren Einfluss auf den Willensbildungs- und Entscheidungsprozess der EU und ihrer Organe verstärken können.

Die inzwischen abgeschlossene Umfrage wurde in insgesamt 125 ausgewählten Städten durchgeführt (in allen Großstädten mit mehr als 100 000 Einwohnern sowie 37 weiteren Städten, die aus dem Kreis der Difu-Zuwender ausgewählt wurden). Zentrale Fragenkomplexe waren:

- Die personellen und organisatorischen Zuständigkeiten für EU-Angelegenheiten wie auch die Aufgabenschwerpunkte der kommunalen EU-Arbeit,
- Die konkreten Bezüge zwischen kommunaler Ebene und EU (Inanspruchnahme von EU-Fördermitteln, Auswirkungen von EU-Recht auf kommunales Handeln),
- Die Bewertung der aktuellen Situation sowie
- Verbesserungsvorschläge für die künftige kommunale Europa-Arbeit.

Die Umfrageergebnisse (mit einer Rücklaufquote von knapp 77%) werden gegenwärtig ausgewertet und sollen bis Ende März 2006 veröffentlicht werden (Heinz, Jonas [ext.], Lorke, Mittag).

2.2 Deutsche Städte und Globalisierung

Der Begriff der Globalisierung, derzeit ein allseits geläufiges Modewort, war Anfang der 1990er Jahre noch weitgehend unbekannt. Globalisierung steht in der Regel für weltweite Vernetzung und eine nicht näher bezeichnete Macht, die nahezu überall präsent ist und der – vor allem von kommunaler Seite – nur wenig entgegengesetzt werden kann. Infolge seiner inhaltlichen Unschärfe lässt sich dieser Globalisierungsbegriff auch leicht für unterschiedliche Ziele einsetzen: zur Vereinfachung komplexer Entwicklungen, zur Verschleierung tatsächlicher Zusammenhänge und Entwicklungsfaktoren wie auch zur Durchsetzung spezifischer Partikularinteressen.

Angesichts dieser Situation ist im Difu schon seit längerem ein Projekt mit dem Titel „Deutsche Städte und Globalisierung“ geplant, dessen Ziel es ist, den Globalisierungsprozess „auf die kommunale Ebene herunterzubrechen“ und aus dem Antworten auf die folgenden Fragekomplexe erwartet werden:

- Präzisierung des Globalisierungsbegriffs heutiger Ausprägung,
- Auswirkungen dieses Prozesses auf ausgewählte zentrale kommunale Bereiche,
- prozess-spezifische Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten von kommunaler Seite (auch unter Zuhilfenahme horizontaler und vertikaler Kooperationen).

Das wegen anderer Projektaktivitäten mehrfach verschobene Projekt konnte 2005 endlich einer intensiveren Bearbeitung zugeführt werden. Auf der Basis einer Vielzahl einschlägiger Veröffentlichungen und Materialien wurde zunächst ein längeres an den oben genannten Fragekomplexen orientiertes Thesenpapier erstellt, das einer breiteren Öffentlichkeit in unterschiedlichen Kontexten zur Diskussion gestellt wurde.

Zusammen mit einem Frageleitfaden, in dem es gleichfalls um die spezifischen Merkmale des aktuellen Globalisierungsprozesses, seine mittel- wie unmittelbaren Auswirkungen auf die kommunale Ebene sowie mögliche kommunale Einfluss- und Gestaltungsspielräume und die daraus resultierenden Strategien und Maßnahmen geht, fungiert das Thesenpapier als Grundlage einer Vielzahl von Expertengesprächen, die im Herbst 2005 begonnen wurden. Durchgeführt werden diese Gespräche mit den Spitzen einer Reihe ausgewählter, bestimmte Stadttypen repräsentierender Städte (14) sowie namhaften Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik (20–25). Die Gespräche, die sowohl unterschiedliche – in Abhängigkeit der Funktionen und Positionen der Gesprächspartner – als auch gemeinsame Perspektiven, Schwerpunktsetzungen und strategische Überlegungen deutlich werden lassen, werden im Jahr 2006 fortgesetzt und anschließend im Hinblick auf die eingangs genannten Fragenkomplexe ausgewertet werden (Heinz, Klein [ext.], Lorke).

2.3 Städte und Denkmalschutz in Deutschland

Angesichts des Veränderungsdrucks durch die Globalisierung und den Strukturwandel sowie der schwierigen Finanzsituation der öffentlichen Haushalte stehen Denkmalschutz und Denkmalpflege vor neuen Herausforderungen. Eine breite öffentliche Akzeptanz ist die Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit dieses Politikfeldes.

Während die einen auf ein gestiegenes Denkmalinteresse verweisen, konstatieren die anderen gravierende aktuelle Probleme: die nach der Wiedervereinigung erhöhten Anstrengungen bei der Erhaltung von Bau- und Bodendenkmälern, die stagnierenden oder sinkenden Denkmalfördermittel von Bund, Ländern und Kommunen, die notwendige Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit sowie die reduzierten Handlungsmöglichkeiten der Denkmalämter. Angesichts des öffentlichen Diskurses zu Denkmalschutz und Denkmalpflege müssen die Städte und Gemeinden ihren Standort und damit auch ihre Aktivitäten, Instrumente und Maßnahmen überdenken.

Bereits 1985 evaluierte das Difu unterstützt – durch den Deutschen Städtetag und den Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen – denkmalpflegerische Maßnahmen der Kommunen. Dieser empirischen Studie folgten keine weiteren Untersuchungen. Nach nunmehr 20 Jahren ist eine erneute Evaluierung der Leistungen der Kommunen in der Denkmalpflege angebracht.

Die neue Erhebung soll herausfinden, ob sich die kommunale Denkmalpflege (hinsichtlich Organisation, Personal, Aufgaben, finanzieller Leistungen, Kooperation mit anderen Denkmalverwaltungen, Öffentlichkeitsarbeit, Unterstützung durch Stiftungen und Vereine, Instrumente und denkmalpflegerischer Maßnahmen) zwanzig Jahre später gewandelt hat und welche Konsequenzen und Folgerungen sich aus der erneuten Bestandsaufnahme der Strategien, Maßnahmen und Aktivitäten im Jahre 2006 für die Abgrenzung der Aufgaben von Staat und Kommunen in diesem Bereich und für kommunale Denkmalpflege und Kommunalpolitik generell ergeben.

Von Interesse sind auch Angaben zum Bestand der Baudenkmäler (Alter, Lage des Baubestandes, Probleme der Erhaltung und Nutzung).

Mit Hilfe einer standardisierten schriftliche Befragung aller Unteren Denkmalbehörden in NRW und einer Befragung der Unteren Denkmalbehörden in kreisfreien und kreisangehörigen Städten in den anderen Bundesländern werden quantitative Angaben zur Situation der Denkmalpflege in den Kommunen eruiert. Aus den Experteninterviews in den Städten und Landesämtern für Denkmalpflege sollen qualitative Aussagen im Hinblick auf Einstellungen und Bewertungen gewonnen und die Ergebnisse der Umfragen erhärtet werden.

Die Untersuchung startete Ende 2005 mit einer Überarbeitung des Fragebogenentwurfs für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Auf Bitten des Städtetages NRW prüft das Ministerium für Bauen und Verkehr NRW die Förderung der schriftlichen Befragung aller 396 Unteren Denkmalbehörden in diesem Land. Die Durchführung der Befragung ist für März/April 2006 geplant (Echter).

2.4 Schule und Bildung im Stadtteil

Vor dem Hintergrund der PISA-Studien mit ihrer massiven Kritik am deutschen Bildungssystem und der inhaltlichen und methodischen Erfahrungen des Difu mit dem Bundesländer-Programm „Die Soziale Stadt“ (insbesondere des Arbeitsbereiches Köln mit der sozialstrukturellen Analyse der Fördergebiete) sollen in dem Projekt die – infolge der sekundären Schulträgerschaft eingeschränkten, aber bisher kaum systematisch ausgeloteten – Handlungsspielräume und Potenziale für eine Stärkung der Schule im sozial-

räumlichen Kontext ermittelt werden. Unterstellt wird (was eine Reihe von Projekten schon tendenziell belegt) eine durch Vernetzung der Schule mit anderen Bildungs- und sozialen Einrichtungen und -akteuren im Stadtteil zu bewirkende Steigerung der Lehr- und Lernmotivation insbesondere durch ein verbessertes Schulklima.

In drei Projektphasen werden

- eine Situationsanalyse und -beschreibung des lokalen Schul- und Bildungsalltages in Stadtteilen,
- die Sammlung, Analyse und Evaluation lokalspezifischer Förderstrategien und -maßnahmen sowie
- die Entwicklung eines integrierten Handlungskonzeptes zur Förderung von Schule und Bildung im Stadtteil

durchgeführt.

Als Ergebnisaufbereitung sind (Mitte 2006)

- ein Abschlussbericht „Defizite und Potenziale im lokalen Schul- und Bildungsalltag und Handlungskonzepte zur Förderung von Schule und Bildung im Stadtteil“ und
- eine Dokumentation „Ausgewählte Förderprojekte für die Schul- und Bildungspraxis im Stadtteil“

vorgesehen.

Wegen des längerfristigen krankheitsbedingten Ausfalls des Projektleiters wurden 2005 Forschungsansatz und -umfang reduziert. Wesentliche Arbeiten 2005 waren die vertiefende Literatur- und Sekundäranalyse, telefonische Experteninterviews, die Zusammenstellung eines Profildienstes, die Abfassung eines State-of-the Art-Berichtes und die Abstimmung einer Städtekooperation mit dem Schulreferat der Stadt München (Mittag, Kurnert-Schroth [AB 7]).

2.5 Umgebungslärmrichtlinie: Strategische Lärmkartierung

Am 18.7.2002 ist die europäische Richtlinie 2002/49/EG über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm (Umgebungslärmrichtlinie) in Kraft getreten. Durch die Umgebungslärmrichtlinie (URL) soll die Erfassung und Bewertung von Umweltlärm in den Mitgliedstaaten der EU vereinheitlicht werden, um so die Grundlage für die Weiterentwicklung und Ergänzung bestehender Gemeinschaftsmaßnahmen in Bezug auf Lärmemissionen zu schaffen. Gleichzeitig werden die Mitgliedstaaten zukünftig verpflichtet, Aktionspläne mit Lärmschutz- und Lärminderungsmaßnahmen aufzustellen. Schließlich zielt die Richtlinie auf eine verbesserte Information der Öffentlichkeit über Belastungen durch Umgebungslärm.

Die entscheidende Neuerung aber besteht darin, dass die Richtlinie sowohl für die Erfassung der Lärmquellen in strategischen Lärmkarten als auch für die Aufstellung von Aktionsplänen mit Lärminderungsmaßnahmen verbindliche Fristen vorsieht und auf diese Weise den Handlungsdruck auf Seiten der Kommunen deutlich erhöht.

Bei der Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie in deutsches Recht war die Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes in Verbindung mit dem Erlass ergänzender Rechtsverordnungen vorgesehen. Das Umsetzungsgesetz ist am 30.7.2005 in Kraft getreten (§ 47 BimSchG). Rechtsverordnungen liegen derzeit noch nicht vor. Nach Umsetzung in nationales Recht sind weitere Details der Durchführung durch die Länder zu regeln.

Die Städte und Gemeinden stehen nun vor der Aufgabe, sich unter erheblichem Zeitdruck auf die neuen Vorgaben zur Lärmkartierung und Lärminderungsplanung einzustellen. Dabei gilt es gleichzeitig, die bisherigen positiven Erfahrungen der Kommunen mit der Lärminderungsplanung aufzugreifen und zu integrieren.

In Artikel 3 der Richtlinie wird die strategische Lärmkarte definiert, die zur Gesamtbewertung der auf verschiedene Lärmquellen (Straßen-, Schienen- und Flugverkehr, Industrie und Gewerbe) zurückzuführenden Lärmbelastungen in einem bestimmten Gebiet oder für die Gesamtprognosen für ein solches Gebiet dienen soll. Entsprechende Angaben sind in § 47 c BImSchG enthalten. Nachdem der erste Entwurf der Verordnung über Strategische Lärmkarten vom Bundesrat abgelehnt wurde, liegt seit dem 29.8.2005 ein überarbeiteter Entwurf vor, der bisher jedoch noch nicht vom Bundesrat verabschiedet wurde.

Nachdem die Zuständigkeit für die Lärmkartierung nach der Umsetzung der EU-Richtlinie in nationales Recht hauptsächlich bei den Kommunen liegt soll der Versuch unternommen werden, eine Verfahrenslösung zur Unterstützung der Kommunen bei dieser aufwändigen Aufgabe zu finden. Ziel des Projekts ist es daher, im Austausch mit ausgewählten Vertretern/innen aus Kommunen und Landesbehörden sowie weiterer relevanter Institutionen für die Erstellung von strategischen Lärmkarten konkrete Arbeitsabläufe, Bewertungsschritte und Entscheidungssituationen zu beschreiben und zu analysieren. Dabei sollen Probleme, Fragestellungen und Lösungsansätze herausgearbeitet werden, die im Rahmen der künftigen Entwicklung und Herstellung strategischer Lärmkarten von Bedeutung sind.

Das Vorhaben wird vom Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert und vom Deutschen Städtetag unterstützt. Beteiligt sind in der Werkstatt neben kommunalen Vertreterinnen und Vertretern unter anderem auch das Verkehrsministerium, das Landesvermessungsamt, der Verband deutscher Verkehrsunternehmen und das Eisenbahnbundesamt (Rösler, Lorke).

2.6 UmSicht – Internet-Zeitschrift für den kommunalen Umweltschutz

UmSicht ist das Internetforum für den kommunalen Umweltschutz. Es enthält Informationen zu ausgewählten Themen des kommunalen Umweltschutzes, Nachrichten aus der Fachkommission Umwelt des Deutschen Städtetages, ein Diskussionsforum für den Informationsaustausch, Praxisbeispiele, Literaturhinweise, eine Projektbörse, wichtige Links und vieles mehr. Ziel des Internetforums ist es, den kommunalen Umweltämtern, Umweltressorts und Umweltbeauftragten einen umfassenden Service anzubieten und ihnen gleichzeitig die Gelegenheit zu eröffnen, selbst Aufsätze und Informationen über ihre eigenen Probleme und Aktivitäten zu veröffentlichen. UmSicht dient somit dem Erfahrungsaustausch und enthält wichtige Informationen aus den Städten für die Städte. UmSicht ist ein exklusives Angebot: Zugangsberechtigt sind ausschließlich Umweltämter und Umweltbeauftragte aus den Städten. Im Jahr 2005 waren die Themen „Luftreinhaltung“, insbesondere angesichts der Feinstaub-Problematik, und „Umwelt und Wirtschaft“ wesentliche Schwerpunkte des Erfahrungsaustauschs in UmSicht.

Aufgrund des großen Interesses des Arbeitskreises „Umwelt“ des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU), in dem die Umweltbeauftragten der kommunalen Unternehmen vertreten sind, wurde im Jahr 2005 in UmSicht neben dem bisher ausschließlich durch die kommunalen Umweltämter zugänglichen Portal eine zusätzliche Nutzung für die kommunalen Unternehmen eingerichtet. Dieses neue Portal enthält wichtige Informationen zum Umweltschutz aus den kommunalen Unternehmen für die kommunalen Unternehmen. Es ist ein exklusives Angebot für die Umweltbeauftragten aus den kommunalen Unternehmen und ebenso wie das Portal „Kommunale Umweltämter“ nur mit Pass-

wort zugänglich. Der VKU hat die Startfinanzierung über eine Laufzeit von zwei Jahren übernommen, danach wird der Betrieb auf ein kostenpflichtiges Jahresabonnement umgestellt. (Rösler, D. Becker [AB 3], Lorke, Reichel [AB 7])

2.7 11. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten

Der Deutsche Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten wird seit 1995 vom Deutschen Institut für Urbanistik gemeinsam mit einer Gastgeberstadt und weiteren Kooperationspartnern – dem Arbeitskreis „Energieeinsparung“ des Deutschen Städtetages, den kommunalen Spitzenverbänden (Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag) – ausgerichtet.

Am 3. und 4. April 2006 wird der 11. Fachkongress in Bremerhaven stattfinden. Mit den Vorbereitungen dazu wurde bereits im Jahr 2005 begonnen. Auf dem Fachkongress sollen Ansätze und Beispiele für erfolgreiches Energiemanagement vorgestellt und diskutiert werden. Diese dokumentierten, wie in Kommunen mit Intelligenz und Kreativität sowohl ökonomische als auch ökologische Ziele in konkrete Maßnahmen und Projekte umgesetzt werden können. In insgesamt 20 unterschiedlichen Workshops werden neben den Schwerpunkten der effizienten Energieverwendung und der Nutzung erneuerbarer Energien auch Fragen der Vertragsgestaltung, des In- und Contractings sowie der Beratung und Öffentlichkeitsarbeit diskutiert. Ein spezieller Themenblock wird sich dem Energiemanagement in kleineren und mittleren Kommunen widmen. Der Kongress dient als Fortbildungsveranstaltung und zugleich als Plattform des Erfahrungsaustauschs (Rösler, Lorke).

3. Projektvorbereitende Arbeiten

3.1 Aktivitäten von Denkmalpflegestiftungen in Städten

Die Denkmalpflege befindet sich in einem turbulenten Umfeld, das Risiken und Chancen beinhaltet. Zu den Risiken zählen die Finanzknappheit und das Image der Denkmalpfleger als Verhinderer, zu den Chancen u.a. ein wachsendes zivilgesellschaftliches Engagement, das auch finanzwirksam werden kann, z.B. in (Bürger-)Stiftungen.

In einer gemeinsamen Veranstaltung des Difu mit der Stiftung Denkmalschutz Berlin sollen die Chancen von Stiftungen genauer umrissen werden. Im Rahmen einer für das zweite Halbjahr 2006 geplanten Fachtagung im Ernst-Reuter-Haus in Berlin wird das Themenfeld „Stiftungen – Denkmalschutz“ anhand folgender Gesichtspunkte erörtert:

- Rahmenbedingungen: Lage der Denkmalpflege in den Städten,
- Umgang mit Denkmälern in kommunalen Besitz,
- Aufgaben und Aktivitäten der Stiftungen,
- die Bedeutung der Stiftungen als öffentliche Arbeitgeber,
- steuerrechtliche Fragen (Echter).

3.2 Die Bedeutung der Wasserrahmenrichtlinie für die Kommunen

Die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), die am 22.12.2000 in Kraft getreten ist, bildet die gemeinsame Grundlage für die zukünftige Entwicklung der Wasserpolitik und damit sowohl für den Gewässerschutz als auch für eine nachhaltige Wasserver- und Abwasserentsorgung. Die Erreichung der Ziele und die einzelnen Schritte zur Umsetzung der WRRL sind an festgesetzte Fristen gebunden. So musste bis Ende 2004 die Bestand-

saufnahme einschließlich Analyse von Belastungen und Auswirkungen sowie wirtschaftlicher Aspekte abgeschlossen und von jedem EU-Staat ein entsprechender Bericht an die EU geliefert werden. Damit ist die Basis für die Überwachungsprogramme (Monitoring) der Wasserwirtschaft geschaffen und sind die Weichen für die Erstellung der Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme der Flussgebietseinheiten gestellt. Eine entscheidende Phase, mit der auch erhebliche Konsequenzen für die Kommunen verbunden sein werden, wurde damit eingeleitet.

Ziel des Projekts ist es, einerseits dem vorhandenen Informationsbedarf der Kommunen Rechnung zu tragen und andererseits sowohl auf Konfliktpotenziale als auch auf mögliche Chancen, die im Rahmen der Umsetzung der WRRL für die Kommunen bestehen können, aufmerksam zu machen. Dabei sollen Probleme, Fragestellungen und Lösungsansätze herausgearbeitet werden, die im Rahmen der bereits eingeleiteten Schritte zur weiteren Umsetzung der WRRL von Bedeutung sein werden. Ein wichtiges Anliegen besteht darin, drohende Konflikte zu vermeiden, die beim Monitoring und vor allem bei der Vorlage der endgültigen Bewirtschaftungspläne sowie Maßnahmenprogramme der Flussgebietseinheiten aus Sicht der Kommunen befürchtet werden.

Zur Erreichung der o.g. Ziele des Vorhabens werden insgesamt vier Veranstaltungen in unterschiedlichen Regionen der Bundesrepublik und eine Abschlussveranstaltung durchgeführt. Zusätzlich sollen jeweils Vertreter/innen aus den angrenzenden EU-Nachbarstaaten eingeladen werden, um den Erfahrungsaustausch auch über die Grenzen hinweg zu befördern. Nach Durchführung der Veranstaltungen werden die Ergebnisse ausgewertet und wichtige Impulse herausgearbeitet, so dass diese allen mit der WRRL befassten Institutionen zur Verfügung gestellt werden können.

Das Vorhaben soll vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gefördert und in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag durchgeführt werden (Rösler, Lorke).

4. Andere Aktivitäten (Auswahl)

- Ständiger Gast der Fachkommission „Wohnungswesen“ des DST (Echter).
- Mitglied der Arbeitsgruppe „Kommunale Denkmalpflege“ des DST (Echter).
- Mitglied der Arbeitsgruppe „Denkmalschutz“ des Städtetages Nordrhein-Westfalen, Tagung am 16.11.2005 in Pulheim (Echter).
- Mitglied der Arbeitsgruppe „Strategische Partnerschaft“ des Städtetages Nordrhein-Westfalen (Echter).
- Mitglied der Arbeitsgruppe „Städtebauliche Denkmalpflege“ der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland als Vertreter des DST, Tagung am 22.9.2005 in Kempen (Echter).
- Mitglied der Redaktionsgruppe „Handbuch der städtebaulichen Denkmalpflege“ der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland (Echter).
- Mitglied des Arbeitskreises „Theorie und Lehre der Denkmalpflege e.V.“, Tagung vom 28.–30.9.2005 in München (Echter)
- Mitwirkung an der Internationalen Tagung der ETH Zürich „Baudenkmale zwischen Vertrautheit und Fremdheit“ vom 10–12.2.2005 in Zürich (Echter).
- Mitwirkung an der Expertenrunde „Bestandserhebung zu historischen Stadtkernen mit denkmalwerter Bausubstanz der Arbeitsgruppe „Städtebaulicher Denkmalpflege“ der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland mit Vertretern des BMVBW und des IRS am 6.6.2005 in Berlin (Echter).
- Vertretung des DST bei der Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland vom 29.6–1.7.2005 in Münster (Echter).

Andere Aktivitäten

- Mitwirkung an der Aktion „DenkMalStadt“ Veranstaltungsreihe des Ministeriums für Bauen und Verkehr NRW, des Städtetages NRW, der Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen u.a. am 24.8. 2005 in Siegen und am 21.9.2005 in Gelsenkirchen (Echter).
- Mitwirkung an der Tagung „Perspektiven und Investitionschancen in der Wohnungsmarktregion Köln/Bonn/Rhein-Sieg“ des vhw und des Ministeriums für Bauen und Verkehr NRW am 21.10.2005 in Köln (Echter).
- Ständiger Gast bei der Fachkommission „Stadtentwicklungsplanung“ des Deutschen Städtetages; 64. Sitzung am 21./22.4.2005 in Karlsruhe und 65. Sitzung am 24./25.11.2005 in Esslingen (Heinz).
- Vortrag „Difu-Projekte mit EU-Bezügen“ im Rahmen der Sitzung der deutschen EU-ROCIITIES am 18.2.2005 in Münster (Heinz).
- Teilnahme am Urban Research Working Group – Meeting von EUROCIITIES vom 10.–11.3.2005 in Brüssel (Heinz).
- Vortrag „Public Private Partnerships: Principles, Chances and Risks“ im Rahmen der INTERREG III C Conference des Assembly of European Regions am 5.5.2005 in Ponta Delgada, Azoren (Heinz).
- Teilnahme am 8. Weltkongress von METROPOLIS vom 11.–13.5.2005 in Berlin (Heinz).
- Vortrag „Städte und Globalisierung“ im Rahmen der Vortragsreihe „Ökonomische Rahmenbedingungen und Standortlehre im internationalen Zusammenhang“ an der TU Berlin am 4.7.2005 in Berlin (Heinz).
- Impulsstatement im Rahmen der Auftaktveranstaltung für das „European Urban Knowledge Network (EUKN)“ am 5.7.2005 in Bonn (Heinz).
- Teilnehmer an der Veranstaltung „The European Urban Knowledge Network goes Life“ auf Einladung des BBR am 27.10.2005 in Paris (Heinz).
- Vortrag zum Thema „The German Institute of Urban Affairs“ im Rahmen der „Nanning International Conference on Sustainable Urban Development“ vom 9.–11.11.2005 in Nanning, Volksrepublik China (Heinz).
- Mitglied der Lenkungsgruppe der KOSIS-Gemeinschaft Urban Audit II im Verband Deutscher Städtestatistiker (Mittag).
- Mitglied der Experten-/Steuerungsgruppe zur Zwischenevaluierung des Bund-Länder-Programms „Die Soziale Stadt“ beim Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Mittag).
- Mitglied der Arbeitsgruppe „EU-Wasserrahmenrichtlinie: Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung“ des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, (Rösler).
- Ständiges Mitglied der Fachkommission Umwelt des Deutschen Städtetages, Tagung am 7./8.4.2005 in Wiesbaden (Rösler).
- Ständiger Gast des Arbeitskreises Energieeinsparung des Deutschen Städtetages, Sitzungen am 22./23.3.2004 in Dresden und am 11./12.10.2004 in Berlin (Rösler).
- Ständiges Mitglied der Umweltamtsleiterkonferenz der Mittelstädte, Tagungen am 2./3.6.2005 in Lübeck und am 1./2.12.2005 in Aachen (Rösler).
- Ständiges Mitglied der Amtsleiterkonferenz Umwelt des Städtetages NRW, Tagungen am 15.6.2005 in Duisburg und am 16.11.2005 in Köln (Rösler).
- Ständiges Mitglied der Umweltamtsleiterkonferenz der Großstädte, Tagung am 22./23.9.2005 in Düsseldorf (Rösler).
- Vortrag zum Thema „Kommunale Zusammenarbeitsstrukturen zur Berücksichtigung von Umwelt- und Gesundheitsbelangen in Planungsverfahren“ auf der Arbeitstagung Umweltmedizin/-hygiene des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) NRW am 15.11.2005 in Dortmund (Rösler).

5. Veröffentlichungen

5.1 Difu-Publikationen

Difu-Beiträge zur Stadtforschung

- Hasso Brühl, Claus-Peter Echter, Franciska Frölich von Bodelschwingh und Gregor Jekel, unter Mitarbeit von Klaus Mittag, Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance?, Berlin 2005 (Difu-Beiträge zur Stadtforschung, Bd. 41).

Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK)

- Heinz, Werner, Lorke, Vera, Konzeption und Betreuung des Bandes „Europa und die Städte“ (Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, H. II 2005).

Umweltberatung für Kommunen

- Cornelia Rösler (Hrsg.), Informationspool für kommunale Energiebeauftragte, Dokumentation des 10. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten, Köln/Berlin 2005.

Difu-Profildienste

- Claus-Peter Echter und Jessica Le Bris, Situation der Denkmalpflege und Denkmaltopographie, Berlin 2005 (Difu-Profildienst „Soziale Fragen und Kultur“).
- Cornelia Rösler, Manuela Rottmann, Martin Held, Umgebungslärmrichtlinie Berlin 2005 (Difu-Profildienst „Umwelt“).

5.2. Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen

- Claus-Peter Echter, Michael Krautzberger, Denkmalschutz/Denkmalpflege, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover 2005, S. 167–171.
- Werner Heinz, PPP – Neuer Handlungsspielraum für die Kommunen?, in: Finanzministerium des Landes NRW (Hrsg.), Finanz Report online, August 2005.
- Werner Heinz, Public Private Partnership, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover 2005, S. 824–829.
- Werner Heinz, Mitglied des Redaktionsausschusses des von der ARL herausgegebenen „Handwörterbuchs der Raumordnung“, Hannover 2005.
- Cornelia Rösler, Arno Bunzel, Vera Lorke, Kommunale Zusammenarbeitsstrukturen zur Berücksichtigung von Umwelt- und Gesundheitsbelangen in Planungsverfahren, herausgegeben vom Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes NRW, Düsseldorf 2005.
- Cornelia Rösler, Agenda 21, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover 2005, S. 25–29.
- Cornelia Rösler, Kommunale Zusammenarbeit zur Berücksichtigung von Umwelt- und Gesundheitsbelangen in Planungsverfahren, in: Eildienst – Informationen für Rat und Verwaltung, Städtetag NRW, Heft 11/2005, S. 355–357.

Arbeitsbereich Fortbildung

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Dipl.-Sozialwirt Hasso Brühl
Rosa Hackenberg
Dipl.-Volkswirt Rüdiger Knipp
Dr. phil. Paul von Kodolitsch
Dr. rer. nat. Gerd Kühn
Bettina Leute
Dipl.-Soz. Robert Sander

1. Überblick

Im mehrjährigen Vergleich stieß das Fortbildungsangebot des Difu im Jahr 2005 wieder auf eine große Nachfrage. Der gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnende Teilnehmerrückgang ist auf die in 2004 außergewöhnlich hohe Anzahl von Fachtagungen (hauptsächlich als Folge der Aktivitäten zur Baurechtsnovelle 2004) zurück zu führen. Mehrere Seminare wurden im Berichtsjahr wiederholt bzw. werden im Jahr 2006 erneut durchgeführt. 2005 musste eine Veranstaltung abgesagt werden. Insgesamt ist das Difu im Fortbildungs-„Geschäft“, zumal angesichts der nach wie vor schwierigen Haushaltssituation vieler Städte und trotz des anhaltenden Wettbewerbsdrucks auf dem Fortbildungsmarkt, weiterhin sehr erfolgreich gewesen. Der auch im Arbeitsbereich Fortbildung einsetzende Generationswechsel zwingt im Übrigen zu strategischen Überlegungen mit Blick auf die Fortsetzung der Fortbildungstätigkeit des Difu.

Im Berichtsjahr wurden 31 (Vorjahr: 28) Veranstaltungen mit insgesamt 1602 (1780) Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Darunter waren 17 (13) Seminare mit 730 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, sechs (zehn) Fachtagungen sowie zwei Erfahrungsaustausche mit insgesamt 752 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Für die Landeshauptstadt München wurden zwei Inhouse-Veranstaltungen mit zusammen ca. 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Zu erwähnen sind auch vier Veranstaltungen im Rahmen der Reihe „Difu-Dialoge“; sämtlich durchgeführt im Ernst-Reuter-Haus.

In Fortsetzung der Bearbeitung des Themenfeldes Demographischer Wandel wurden zwei weitere Veranstaltungen durchgeführt. Mehrere Seminare nahmen planungsrechtliche Themen in den Blick; mehrfach eingeladen wurde ebenso zu Veranstaltungen zu den kommunalen Aufgabenbereichen Gestaltung des ÖPNV im Wettbewerb und zur Lärminderungsplanung. Darüber hinaus wurde im Fortbildungsangebot des gesamten Difu in breit gefächelter Form auf weite Teile des kommunalen Handlungsspektrums eingegangen: von Umweltthemen, Ausländer- und Schulpolitik, Ordnungs- und Sicherheitspolitik, über aktuelle stadtentwicklungs- und wirtschaftspolitische Themen bis hin zu Feldern mit langjährigen Themenkonjunkturen, wie der Verwaltungsmodernisierung. Dabei wurde nicht nur die bewährte Zusammenarbeit mit der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung und dem Deutschen Städtetag fortgesetzt, sondern auch verstärkt mit anderen Einrichtungen kooperiert.

Im Berichtsjahr wurden im Arbeitsbereich mehrere Forschungsprojekte abgeschlossen, wobei das Difu-Eigenprojekt „Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance?“ bei der kommunalen Klientel, der Wohnungswirtschaft sowie der gesamten Fachöffentlichkeit auf ein außerordentliches Interesse gestoßen ist. Im Rahmen des ExWoSt-Forschungsfeldes „Stadtquartiere in Umbruch“ des BBR wurde das Gutachten „Kommunale Planungspraxis quo vadis?“ mit Fragen zur Auswirkung des demographischen Wandels gemeinsam mit der TU Berlin bearbeitet. Zum Abschluss gebracht wurden zudem die Projekte „Zielvorstellungen über das künftige Leistungsspektrum der Berliner Bezirke auf der Grundlage von Infrastrukturdaten“ (im Auftrag des Berliner Bezirks Reinickendorf), das Projekt „Gemeinsame Difu/DST-Umfrage zum Stand der Verwaltungsmodernisierung“ sowie das Projekt „Nahversorgung in Großstädten – Entwicklungen, Probleme, Handlungsmöglichkeiten“ (unter Beteiligung von zehn Großstädten und in Kooperation mit einem externen Partner). Begonnen wurde im Jahr 2005 das Projekt „Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg“, gemeinsam bearbeitet mit externen Beteiligten.

Dr. Paul von Kodolitsch, der mehr als 32 Jahre im Difu tätig gewesen ist, davon fast 18 Jahre im Arbeitsbereich Fortbildung, hat das Institut mit Erreichen der Altersgrenze Ende Juni 2005 verlassen. Er hat über viele Jahre nicht nur die Fortbildungsaktivitäten, sondern auch das Profil des Difu maßgeblich mitbestimmt. Die von ihm zuletzt vorgenommene

inhaltliche und redaktionelle Betreuung der Deutschen Zeitschrift für Kommunalwissenschaften wird seit Juli 2005 von Klaus-Dieter Beißwenger erledigt.

2. Fortbildungsaktivitäten des Difu

Nachfolgend werden die Fortbildungsaktivitäten des Difu aufgeführt. Dabei fällt ins Auge, dass sich neben den Mitarbeitern des AB Fortbildung zunehmend auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus anderen Arbeitsbereichen beteiligen.

2.1 Berlin-Seminare

- Die EU-Wasserrahmenrichtlinie: Konsequenzen für die Kommunen vom 14.–15.2.2005 (Rößler [AB 4] in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag [DST]).
- Das Zuwanderungsgesetz: Neue Perspektiven für die Ausländerpolitik vom 21.–23.2.2005 (von Kodolitsch, Schuleri-Hartje [AB 1] in Zusammenarbeit mit der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung [BAKÖV]).
- Personalmanagement zwischen Kostendruck und Fachkräftemangel vom 4.–6.4.2005 (Knipp).
- Evaluierung – Qualitätsmanagement und politische Steuerung in der Stadtentwicklung vom 11.–13.4.2005 (Sander, Becker, H. [AB 1]).
- Sport- und Freizeitstättenplanung unter Veränderungsdruck vom 25.–27.4.2005 (Brühl).
- Kommunale Ordnungsdienste – Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit in der Stadt vom 9.–11.5.2005 (von Kodolitsch).
- Wirtschaftlicher Umgang mit kommunalen Immobilien vom 8.–10.6.2005 (Knipp).
- Neue Branchen und Flächenpotenziale: Nutzungsmanagement als kommunale Herausforderung vom 13.–15.6.2005 (Sander, Becker, H. [AB 1]).
- Marktorientierte Direktvergabe und Ausschreibungen im ÖPNV vom 29.–31.8.2005 (Kühn, Lehmbrock [AB 3]).
- PPP – Perspektive für Bund, Länder und Kommunen vom 10.–12.10.2005 (Knipp, Rottmann [AB 3] in Zusammenarbeit mit der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung [BAKÖV]).
- Der demographische Wandel: Handlungs- und Konfliktfelder für und zwischen Bund, Ländern und Kommunen vom 17.–19.10.2005 (Hollbach-Grömig [AB 2], Sander in Zusammenarbeit mit der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung [BAKÖV]).
- Umweltprüfung in der Bauleitplanung vom 24.–26.10.2005 (Sander, Bunzel [AB 1]).
- Reform des kommunalen Rechnungswesens vom 9.–11.11.2005 (Knipp).
- Ganztagschule als Aufgabe kommunaler Schulpolitik vom 21.–23.11.2005 (Brühl in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag [DST]).
- Migrantenunternehmen und lokale wirtschaftliche Entwicklung vom 28.–30.11.2005 (Kühn, Floeting [AB 2]).
- Wohnen in der Innenstadt – eine Trendumkehr? vom 5.–7.12.2005 (Brühl).

2.2 Vor-Ort- und Regionalseminare, Fachtagungen, Inhouse-Seminare, Difu-Dialoge

- Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte „Zuwanderer in der Stadt“ am 16.2.2005 in Berlin (Reimann [AB1], Schuleri-Hartje [AB 1]).
- Fachtagung „Arenen, Stadthallen und Veranstaltungszentren“ vom 17.–18.2.2005 in Berlin (Kühn, Huter [DST], von Kodolitsch) in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag und dem Europäischen Verband der Veranstaltungs-Center e.V).
- Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte „Deutsche Städte und Globalisierung“ am 2.3.2005 in Berlin (Heinz [AB 4]).
- 10. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten vom 11.–12.4.2005 in Hagen (Rößler [AB 4]).
- Fachtagung „Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit“: Kommunale Umwelt gesundheitsfördernd gestalten vom 14.–15.4.2005 in Berlin (Projektkonsortium „Lokale Agenda 21 – Umwelt und Gesundheit“ – Böhme [AB 1], Agenda-Transfer GmbH, Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), Institut für Medizinsoziologie der Universität Hamburg, Landesinstitut für den öffentlichen Gesundheitsdienst Nordrhein-Westfalen).
- Kommunaler Erfahrungsaustausch „Lärminderungsplanung“ am 30.5.2005 in Berlin (Rottmann [AB 3], Lehmbrock [AB 3]).
- 35. Interkommunaler Erfahrungsaustausch zur Stadterneuerung und Sozialplanung vom 25.–27.5.2005 in Potsdam (Sander, Becker, H. [AB 1] in Zusammenarbeit mit der Stadt Potsdam).
- Fachtagung „Stadtmarketing: Stand – Entwicklungen – Perspektiven“ vom 28.–29.9.2005 in Berlin (Hollbach-Grömig [AB 2], Kühn).
- Fachtagung „Standortfaktor Umwelt“ vom 28.–29.9.2005 in Essen (Rösler [AB 4] in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag und der Stadt Essen). [ausgefallen]
- Inhouse-Seminar „Gender Mainstreaming und Planung“ für das Referat Stadtplanung und Bauordnung der Landeshauptstadt München am 29.9.2005 (Bock [AB1], Bauer [Planungsbüro BiP – extern]).
- Fachtagung „Lärminderungs- und Luftreinhalteplanung“ vom 17.–18.10.2005 in Berlin (Lehmbrock [AB 3], Heinrichs [CS-Plan – extern], Schröter [Informationskreis für Raumplanung – extern]).
- Workshop „Demographischer Wandel – Auswirkungen und Herausforderungen für die Stadtpolitik“ vom 8.–9.11.2005 in Berlin (Deutscher Städtetag [Thielen] in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Urbanistik Sander, Hollbach-Grömig [AB 2]).
- Inhouse-Seminar „Umweltprüfung in der Bauleitplanung“ für das Bau- und Planungsreferat der Landeshauptstadt München am 14.11.2005 (Bunzel [AB 1]).
- Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte „Siedlung und Mobilität 2050“ am 30.11.2005 in Berlin (Bracher [AB 3], Eichmann [AB 3]).
- Fachtagung „Europäischer Nahverkehr – Planung, Organisation, Finanzierung“ vom 12.–14.12.2005 in Berlin (Eichmann [AB 3], mit Unterstützung des Deutschen Städtetages [Mietzsch] und in Kooperation mit der Deutschen Akademie für Verkehrswissenschaft).
- Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte „PPP und kommunale Investitionen“ am 14.12.2005 in Berlin (Grabow [AB 2], Reidenbach [AB 2]).

3. Projektarbeit

3.1 Wohnen in der Innenstadt

Die Wanderungsverluste der Städte an das Umland nehmen ab und das Interesse am Wohnen in der Stadt, insbesondere der Innenstadt, nimmt deutlich zu. Das Projekt untersuchte die Ursachen, Bedingungen und Erscheinungsformen der Wiederentdeckung der Innenstadt und innenstadtnaher Quartiere als Wohnstandort für die (gehobene) Mittelschicht. Die Ergebnisse des Projekts und die öffentliche Reaktion darauf bestätigen die Erwartung, dass eine neue Phase der Stadtentwicklung einsetzt, dass das Image der Innenstadt als Wohnort an Profil gewinnt und dass die Innenstadt in Teilen ihre Wohnfunktion zurück gewinnen kann. Es gilt, die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die künftige Stadtentwicklung und die Stadtpolitik im Einzelnen zu verfolgen.

Das Projekt wurde abgeschlossen und in der Reihe Difu-Beiträge zur Stadtforschung unter dem Titel „Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance?“ veröffentlicht. (Brühl, Echter [AB 4], Frölich-von Bodelschwingh [AB 1], Jekel, [AB 1], Mittag [AB4].

3.2 Zielvorstellungen über das künftige Leistungsspektrum der Berliner Bezirke auf der Grundlage von Infrastrukturdaten

Aufgrund seiner extremen Haushaltsnotlage und vor dem Hintergrund des anstehenden Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht hat der Berliner Senat am 1.4.2003 die Neuordnungsagenda 2006 beschlossen. Als teil der Finanzplanung 2003 – 2007 enthält sie alle wesentlichen Neuordnungsaktivitäten der laufenden Legislaturperiode, einschließlich der Darstellung ihrer finanzwirtschaftlichen Auswirkungen.

Zu den in diesem Zusammenhang sowohl vom Senat als auch durch den Rat der Bürgermeister initiierten Projekten gehörte auch das unter der Federführung des Bezirksamtes Reinickendorf von Anfang September 2004 bis Ende September 2005 laufende Projekt „Zielvorstellungen über das künftige Leistungsspektrum der Berliner Bezirke auf der Grundlage von Infrastrukturdaten“. Unter wissenschaftlicher Begleitung durch das Difu sollte am Beispiel der Jugendfreizeitstätten exemplarisch verdeutlicht werden, wie auf der Grundlage von Infrastrukturdaten Zielvorstellungen über das künftige Leistungsspektrum der Berliner Bezirke erarbeitet werden können.

Im März 2005 hat das Difu vereinbarungsgemäß das als Grundlage für die Erörterungen einer aus bezirklichen Vertretern bestehenden Arbeitsgruppe vorgesehene Kurzgutachten vorgelegt, nachfolgend die Arbeitsgruppe methodisch und inhaltlich unterstützt und somit alle vertraglichen Verpflichtungen fristgemäß erfüllt. Die Erstellung des Projektabschlussberichts lag in der Verantwortung des Bezirksamtes Reinickendorf von Berlin. (Knipp, Reidenbach [AB 2]).

3.3 Gemeinsame Difu/DST-Umfrage zum Stand der Verwaltungsmodernisierung

Nach vier Umfragen des Deutschen Städtetages zum Stand der Verwaltungsmodernisierung (1994, 1996, 1998 und 2000) haben sich Jahre 2004 der Deutsche Städtetag und das Deutsche Institut für Urbanistik erstmals gemeinsam an die deutschen Städte gewandt, um aktuelle Erkenntnisse über inhaltliche Schwerpunkte, Fortschritte und Probleme des Modernisierungsprozesses zu gewinnen.

Im Mai 2005 sind die Umfrageergebnisse unter dem Titel „Verwaltungsmodernisierung in deutschen Kommunalverwaltungen – Eine Bestandsaufnahme“ in den Difu-Materialien veröffentlicht worden. (Knipp, von Kodolitsch, Frölich [AB 1]).

3.4 Internetlösung Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg

Über ein Pilotprojekt lässt der Berliner Bezirk Lichtenberg seine Bürgerinnen und Bürger bei der Aufstellung des Haushaltes für das Jahr 2007 direkt an politischen Entscheidungsprozessen teilhaben. In einem klar strukturierten und transparenten mehrstufigen Beteiligungsverfahren können sie bei Online-Dialogen, Bürgerversammlungen und Umfragen an der Entscheidung darüber mitwirken, welche Leistungen in welcher Qualität und Quantität erbracht werden sollen und wie das Geld sinnvoll verteilt werden kann, um den größten Nutzen zu erzielen. Die Mitwirkung bezieht sich auf die steuerbaren Aufgaben des Bezirks. Dazu zählen Kultureinrichtungen, Musik- und Volkshochschulen, Sportförderung, Jugend- und Gesundheitsförderung, Seniorenprogramme, Grünflächenpflege, Wirtschaftsförderung und Teile der Straßenbauplanung.

Im Rahmen des Projektes hat das Difu die Aufgabe übernommen an der Evaluation des Online-Angebotes zum Bürgerhaushalt des Bezirks Lichtenberg mitzuwirken. Ergebnisse sind im 3. Quartal 2006 zu erwarten. (Knipp).

3.5 Nahversorgung in Großstädten – Entwicklungen, Probleme, Handlungsmöglichkeiten

Im Lebensmitteleinzelhandel findet seit geraumer Zeit ein Verdrängungswettbewerb statt, der seit einigen Jahren von den Discountern dominiert wird. Verlierer sind vor allem kleinere, nicht mehr konkurrenzfähige Supermärkte. Neben den alten Versorgungsnetzen in Stadtteilzentren und Nahversorgungszentren ist ein Netz von neuen, eher abseits gelegenen „Ortsschildlagen“ entstanden. Die Angebotsvielfalt an den alten Standorten geht zurück; sie verlieren gegenüber den weitmaschigen neuen Standortnetzen an Boden. „Schwächelnde“ oder gar fehlende Frequenzbringer beschädigen die Gemeinschaft von Handel und diversen Dienstleistern an den alten Standorten. Die mobilen Bewohner reagieren mit einer Abwanderung zu den dezentralen autoorientierten Einkaufsstandorten; immobile Haushalte können in Schwierigkeiten geraten.

Im Mittelpunkt des inzwischen abgeschlossenen Projekts standen zunächst die Durchführung und Auswertung einer Umfrage unter zehn Großstädten (Bonn, Bremen, Dortmund, Dresden, Erfurt, Karlsruhe, München, Münster, Nürnberg und Stuttgart) zur Situation bei der Nahversorgung und zum Umgang mit auftretenden Problemen. In einem ersten im Herbst 2004 durchgeführten Workshop wurden in einem Erfahrungsaustausch zwischen den am Projekt beteiligten Großstädten Entwicklungsprozesse analysiert und damit begonnen, Instrumente zur Sicherung der Nahversorgung zu diskutieren. Im zweiten Workshop (Januar 2005) wurde die Diskussion um den „richtigen Werkzeugkasten“ vertieft fortgesetzt.

Zentraler Befund im Endbericht: Zumindest in den Großstädten ist die Grundversorgung in Wohnungsnähe noch nicht gefährdet; bis auf dünn besiedelte Randbereiche der großen Kommunen sind in der Regel 90 Prozent der städtischen Wohngebiete ausreichend versorgt. Aber: Erforderlich ist kommunales Handeln mit Blick auf den Handel. Als Instrumente kommen rechtliche Regelungen, Einzelhandelskonzepte, Planungs- und Baumaßnahmen in den Zentren der Nahversorgung und kooperative Verfahren in betracht. Der Endbericht soll nach Freigabe durch die zehn Auftraggeber in der Reihe Difu-

Beiträge zur Stadtforschung veröffentlicht werden. (Kühn in Kooperation mit Rolf Junker, Planungsbüro Junker und Kruse, Stadtforschung/Stadtplanung, Dortmund [extern]).

3.6 Kommunale Planungspraxis – quo vadis

Das Gutachten „Kommunale Planungspraxis quo vadis“ wurde im Rahmen des Forschungsfeldes „Stadtquartiere im Umbruch“ des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) im Auftrag des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung von Januar bis November 2005 durchgeführt. Im Schwerpunkt des Gutachtens geht es um die Ermittlung der gewandelten Anforderungen in der kommunalen Planungspraxis unter den Bedingungen einer ‚Stadtentwicklung ohne Wachstum‘ und die Gewinnung von Hinweisen zu künftigen Anforderungen für die Organisation, Kompetenz und Qualifikation in der kommunalen Planung.

Das Gutachten wurde in vier aufeinander aufbauenden Arbeitsschritten bearbeitet, die aus einer Auswertung zentraler vorliegender Studien, Untersuchungen und wissenschaftlicher Beiträge, einer schriftlichen Umfrage (319 Städte und Gemeinden mit tatsächlichem und/oder prognostiziertem Bevölkerungsrückgang), einer Expertenbefragung in 20 ausgewählten Städten sowie einem Expertenworkshop zur Absicherung der Ergebnisse bestanden.

Wichtige Ergebnisse des Gutachtens sind:

- dass auf politischer Ebene der beobachtbare und/oder prognostizierte Bevölkerungsrückgang häufig verdrängt wird, da damit eher ein negatives Image verbunden wird,
- dass es ein deutliches Ost-West-Gefälle im Umgang mit der Thematik gibt und in den ostdeutschen Städten Schrumpfung offensiver angegangen wird,
- die Risiken vor allem in unzureichender Finanzausstattung gesehen wird, um den Wandel zu bewältigen (vor allem Rückbau der Infrastrukturen),
- die nicht-fiskalischen planungsrechtlichen Instrumente und Verfahren vor allem aber informelle Planungs- und Beteiligungsverfahren als ausreichend angesehen werden, um den Wandel zu bewältigen,
- die Qualifikationen des Personals in den kommunalen Ämtern und in den Stadtwerken ausreichend sind, um die anstehenden Aufgaben des Stadtum- und Stadtrückbaus problemadäquat zu bewältigen.

Stadtumbau und Stadtrückbau müssen als lernendes System verstanden werden. Die Implementierung der „Lernerfolge“ aus Städten mit bereits umfangreichen Um- und Rückbauerfahrungen in die Planungspraxis der Gemeinden mit geringem oder prognostiziertem Bevölkerungsrückgang stellt dabei eine große Herausforderung für diese Gemeinden dar. Die kommunalen Planungsinstitutionen wachsen in eine neue Verantwortung hinein und müssen unter widrigen finanziellen und personellen Rahmenbedingungen ein weitgehend neues komplexes Handlungsfeld bestellen, das gleichzeitig hohe Integrationsnotwendigkeiten bei der Einbeziehung sehr unterschiedlicher, für die Stadtentwicklung aber sehr wichtiger Akteure erforderlich macht sowie die Erarbeitung langfristig ausgerichteter Leitbilder. Der Ergebnisbericht ist auf der Homepage des BBR veröffentlicht: http://www.bbr.bund.de/exwest/pdf-files/Online_stadtquartiere_Umbruch.pdf (Gutachten „Kommunale Planungspraxis quo vadis?“). (Sander, Becker, H. [AB 1], Henckel [extern]).

4. Andere Aktivitäten (Auswahl)

- Vortrag „Zur Wiederentdeckung des Wohnens in der Innenstadt“ am 25.2.2005; Tagung der Evangelischen Akademie Tutzing „Stadtgestalt – Ihre soziale Dimension“ vom 25.–27.2.2005 (Brühl).
- Statement zum Thema „Welches kulturelle/wirtschaftliche/soziale/ökologische Image soll dieser Stadtteil bekommen?“, CD-R Nachbereitung Strategie-Workshop „Südbahnhof/Brunecker Straße“, Nürnberg; im Januar 2005 (Brühl).
- Vortrag „Wohnen in der Stadt“ im Deutsch-Türkischen Club am 8.3.2005 im Hotel Esplanade, Berlin (Brühl).
- Vortrag „Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance?“ sowie Plenumsdiskussion, Tagung am 30.11.2005 zu „Quo vadis Wolfsburg? Zurück in die Stadt“ in Wolfsburg, Veranstalter Stadt Wolfsburg (Brühl).
- Vortrag „Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance?“ sowie Plenumsdiskussion, „Hearing Wohnen in der Innenstadt“ der Stadt Essen am 15.12.2005 (Brühl).
- Vortrag im Rahmen des Seminars „Doppelt gebucht hält besser?“ an der Evangelischen Akademie Loccum am 16.3.2005 (Knipp).
- Mitwirkung am Praxis-Fachgespräch „Von der Kunst, das Notwendige möglich zu machen – Auswirkungen der verhaltensbezogenen Aufklärung für die praktische Arbeit von Controller/innen in der öffentlichen Verwaltung“ an der Fachhochschule für Wirtschaft und Technik Berlin, am 6.12.2005 (Knipp).
- Erstellung eines Positionspapiers „Innerstädtische Einkaufszentren“, gemeinsam mit Fachleuten aus anderen Institutionen (Kühn).
- Vorbereitung, Moderation und Dokumentation einer Veranstaltung zum Stadtentwicklungskonzept (STEK) der Stadt Stuttgart am 10.5. 2005 in Stuttgart (Kühn).
- Vortrag „Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf Städte und Gemeinden – Wirkungsweisen zwischen Bürgernähe und rationeller Verwaltung“ beim Mandatsträgertreffen 2005 der Vereinigung liberaler Kommunalvertreter Rheinland-Pfalz am 12. 2.2005 in Mainz (Sander).
- Vorbereitung, Moderation und Dokumentation von fünf Veranstaltungen zum Stadtentwicklungskonzept (STEK) der Stadt Stuttgart am 16.2., 2.3., 5.4., 7. und 6.7.2005 in Stuttgart (Sander).
- Vorbereitung, Moderation und Dokumentation eines Fachgesprächs „Neue Managementaufgaben: Qualifizierung der inneren Stadt“ im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin am 21.3.2005 in Berlin (Sander).
- Vorbereitung, Moderation und Dokumentation eines Kolloquiums „Städte für alle – über visionären und machbaren Städtebau: Martin Neuffer und Rudolf Koldewey“, zusammen mit der Landeshauptstadt Hannover am 20.6.2005 in Hannover (Sander).
- Leitung der Arbeitsgruppe „Korruptionsbekämpfung“ im 7. Speyrer Qualitätswettbewerb (von Kodolitsch).

5. Veröffentlichungen

5.1 Veröffentlichungen in Difu-Publikationen

- Knipp, Rüdiger, von Kodolitsch, Paul, Verwaltungsmodernisierung in deutschen Kommunalverwaltungen – Eine Bestandsaufnahme, Mai 2005 (Difu-Materialien).
- Brühl, Hasso, Echter, Claus-Peter, Frölich von Bodelschwingh, Franciska, Jekel, Gregor, Wohnen in der Innenstadt – eine Renaissance? Berlin 2005 (Difu-Beiträge zur Stadtforschung).
- Bracher, Tilman, Eichmann, Volker, Hertel, Christof (extern), Kühn, Gerd, Lehmbrock, Michael, Preuß, Thomas, Verkehrssystem und Raumstruktur. Neue Rah-

menbedingungen für Effizienz und Nachhaltigkeit, (Difu Beiträge zur Stadtforschung).

- Bretschneider, Michael, Henckel, Dietrich, Mäding, Heinrich, Reidenbach, Michael, Sander, Robert, Zwicker, Daniel, Der Aufbau Ost als Gegenstand der Forschung – Untersuchungsergebnisse seit 1990, März 2005 (Difu-Reihe Materialien).
- Hollbach-Grömig, Beate, Floeting, Holger, von Kodolitsch, Paul, Sander, Robert, Siener, Manuela (extern), Interkommunale Kooperation in der Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik, Februar 2005 (Difu-Materialien).

5.2 Veröffentlichungen außerhalb von Difu-Publikationen

- Brühl, Hasso, Wiederentdeckung innenstadtnahen Wohnens, in: *Planerin* Heft 1_05, März 2005
- Brühl, Hasso, Wohnen in der Innenstadt – eine Wiederentdeckung in: Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen, Statistischer Quartalsbericht 2/2005
- Brühl, Hasso, Rückkehr in die Stadt, in: Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH, Rückkehr in die Stadt, Forum EINS, Oktober 2005, Abdruck aus: Difu-Berichte 1/2 2005
- Knipp, Rüdiger, Fortschritte erzielt, in: *Kommune21*, Heft 11/2005

Arbeitsbereich Information und Dokumentation

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Beatrixe Albrecht
Dr.-Ing., Dipl.-Volksw. Michael Bretschneider
Dipl.-Math. Renate Christian
Christel Fuchs
Dipl.-Math. Norbert Gietzen
Dipl.-Ing. Christine Grabarse
Dipl.-Dok. (grad.) Rita Gräber
Dipl.-Ing. Peter Gröning
Ina Kaube
Dipl.-Ing. Heidrun Kunert-Schroth
Susanne Plagemann, M.A.
Dipl.-Päd. Rita Rabe
Doris Reichel, M.A.
Jörg Schumacher
Christiane Walter

Studentische Mitarbeiter

Anselm Helbig
Andreas Stolzenberg
Ralf Winkler
Marko Pilop
Robert Kania
Jochen Taeschner

1. Zur Situation des Arbeitsbereichs „Information und Dokumentation“

Im Jahr 2005 wurde der Inhalt bestehender Internetangebote weiter ausgebaut sowie eine neue Internetpräsenz entwickelt. Insgesamt umfasst das Internetangebot nun 15 Domänen/Subdomänen mit rund 12 500 Seiten. Die Internet-Aktivitäten haben daher in der Difu-Arbeit unverändert eine hohe Bedeutung.

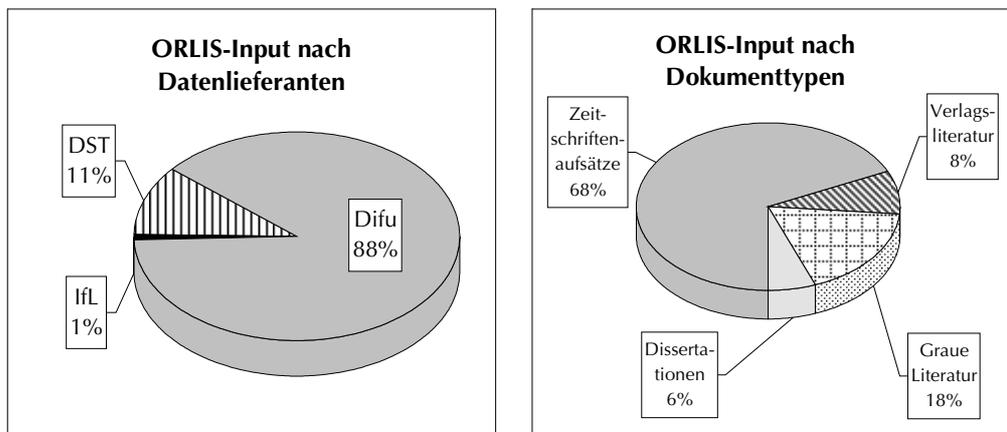
Im Datenbankbereich konnte das internationale Datenbankportal URBADOC zum 1.1.2005 gestartet werden. Eine weitere Online-Distribution der Difu-Datenbanken wurde mit dem Fraunhofer Informationszentrum Raum und Bau vereinbart.

Im Projektbereich wurde der Wettbewerb „Kommunale Suchtprävention“ zum dritten Mal ausgelobt, diesmal unter dem Thema „Alkoholprävention vor Ort“.

2. Datenbankproduktion und -betrieb

2.1 Literaturdatenbank ORLIS

Die Datenbank umfasste am 31.12.2005 einen Bestand von 272 351 Literaturnachweisen. Der Zuwachs betrug im Jahr 2005 9 008 neue Literaturnachweise: 7 955 Dokumentationseinheiten (DE) wurden im Difu erstellt. 1 053 Dokumentationseinheiten wurden durch Übernahme von Bibliotheksdaten des DST (981) und des IfL (72) erstellt.



Die Neuerwerbungsdaten der Bibliotheken des DST und des IfL werden als elektronische Daten vom Difu übernommen und nach den ORLIS-Spezifikationen aufbereitet.

Im Rahmen der Projekte „Soziale Stadt“ und „Fahrradportal zum Nationalen Radverkehrsplan“ wurden aus ORLIS heraus Literaturdatenbanken erstellt, teilweise mit PDF-Volltext-Dateien verknüpft. Sie umfassen 1 873 Quellen zu den Themenbereichen der Projekte (z.B. Quartiermanagement, Stadterneuerung, Wohnumfeld, Fahrradförderung, nicht-motorisierter Verkehr). Die Datenbanken werden im Internet kostenlos für die Öffentlichkeit angeboten.

ORLIS enthält nicht nur Literaturhinweise, sondern auch Links zu Volltexten. Von den ca. 770 Volltext-Dateien sind im Jahr 2005 214 neu hinzugekommen. Diese Art des Zugriffs auf die Originalliteratur ist nur für einen kleinen Teil von ORLIS (zwei bis fünf Prozent eines jährlichen Neuzugangs) realisierbar (Plagemann, Albrecht, Christian, Fuchs, Gräber, Rabe, Reichel, Schumacher, Walter).

2.2 Umfragedatenbank *kommDEMOS*

2.2.1 Dateninput

Das Umfragnachweissystem *kommDEMOS* ist ein Fachinformationsinstrument zur Unterstützung des Informationsbedarfs im Bereich der kommunalen Umfrageforschung. Ziel ist die Mehrfachnutzung von Befragungserfahrungen und -Ergebnissen. Materialgrundlage sind Ergebnisberichte zu Befragungen, die von Kommunen bzw. in ihrem Auftrag durchgeführt wurden oder aufgrund ihres Themas von kommunalem Interesse sind.

Zum Jahresende 2005 enthielt *kommDEMOS* 1 760 standardisierte Umfragenbeschreibungen („Steckbriefe“), der Jahreszugang betrug 81 Einheiten. Bei kommunalen Urhebern wurden in die Datenbank zusätzlich die gescannten Fragebogenmuster (derzeit 705) aufgenommen. Außerdem wurden 105 Ergebnisberichte integriert, für die PDF-Dateien zur Verfügung standen (Albrecht, Bretschneider, Schumacher).

2.2.2 Datenbankverwendung

Die Datenbank *kommDEMOS* wurde auch im Jahr 2005 für die Beantwortung individueller Anfragen eingesetzt. Der größere Nutzerblock entfällt jedoch mittlerweile auf die Online-Nutzung durch die Zuwanderstädte des Difu. In wenigen begründeten Einzelfällen wurde die Datenbank befristet für wissenschaftliche Nutzer aus dem Universitätsbereich geöffnet.

Darüber hinaus wurde die Datenbank abermals als Instrument zur Analyse von Eigenschaften kommunaler Umfragen (Metaanalysen) eingesetzt. So wurde eine Analyse zur langfristigen Entwicklung der Ausschöpfungsquoten von kommunalen Bürgerumfragen in neun ausgewählten Städten durchgeführt. Die Untersuchung wurde mit den mit Bürgerumfragen befassten Statistikstellen der Städte Erfurt, Frankfurt/Main, Halle, Hannover, Leipzig, Münster, Nürnberg, Stuttgart und Wuppertal abgestimmt (Bretschneider, Schumacher, Kaube).

3. Informationsdienstleistungen und -produkte

3.1 Difu-Internetangebote

Das Angebot des Difu im Internet umfasst mittlerweile folgende jeweils eigenständige Domains:

Deutsches Institut für Urbanistik (www.difu.de)

- Verein für Kommunalwissenschaften (www.vfk.de)
- Bundestransferstelle „Soziale Stadt“ – Internetangebot zum Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ (www.sozialestadt.de)
- Bundeswettbewerb „Alkoholprävention vor Ort“ (www.kommunale-suchtpraevention.de)
- Fahrradportal zur Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans (www.nationaler-radverkehrsplan.de)
- Fläche im Kreis – Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung (www.flaeche-im-kreis.de)
- Kommunalweb – Portal für kommunale Forschung und Praxis (www.kommunalweb.de)

- netWORKS-Group – Sozial-ökologische Regulation netzgebundener Infrastruktursysteme, ein Projekt des Forschungsverbundes „netWORKS“ (www.networks-group.de)
- Bund-BIN – Bundesaktion „Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ (www.bund-bin.de), neu seit Mai 2005.
- URBANDATA – Europäische Vereinigung für Forschung und Information zur Urbanistik (www.urbandata.org)

Folgende Sub-Domains werden betrieben:

- Edoc-Server für die Speicherung elektronischer Dokumente der Datenbank Orlis (edoc.difu.de) mit dem Ziel der langfristigen Archivierung
- MEDIA@Komm (mediakomm.difu.de)
- KOMM!Forum – Kommunales Forum E-Government (kommforum.difu.de)
- PlanNet Europe – European Planning Law Network on Environmental Impact Assessment in Urban Planning (plannet.difu.de)
- UmSicht – Die Internetzeitschrift für den kommunalen Umweltschutz (umsicht.difu.de), exklusives Angebot für Umweltämter und kommunale Unternehmen (nur mit Passwort abrufbar)

Die Difu-Homepage wird kontinuierlich gepflegt und erweitert. Mit Stand Dezember 2005 werden rund 4 900 Webseiten (2004: ca. 4 600) angeboten. Folgende Schwerpunkte sind zu nennen:

- Eine Projektdatenbank informiert zurzeit über 220 Forschungsprojekte, die seit 1996 durchgeführt wurden.
- Das jeweils aktuelle Seminarprogramm kann eingesehen werden.
- Alle Veröffentlichungen des Difu werden mit Kurzbeschreibungen vorgestellt; einige Publikationen werden auch im Volltext angeboten.
- Die „Difu-Berichte“ werden als PDF und im Volltext angeboten.
- Die zweimal jährlich erscheinende „Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften DfK“ wird in ihrer englischen Übersetzung im Volltext nur im Internet angeboten.
- Die Projektforen „Forum Stadtökologie“, „Tatorte.InfoNetz“, „Informationstechnologien und Kommunen“ bieten thematisch vertiefende Informationen mit Volltextangeboten.
- Die Serviceangebote wie Archiv, Diskussionsforen, Suchmaschine für die Difu-Seiten, Datenbank mit Mitarbeiterinformationen und Gästebuch unterstützen die Besucher der Homepage und bieten Kommunikationsmöglichkeiten. Insbesondere durch die Mailingliste „difu-news“ lassen sich 5 620 Personen regelmäßig über Neuigkeiten im Difu-WWW informieren.
- Im „Difu-Extranet“, welches nur den Difu-Zuwendern über ein Passwort zugänglich ist, können die Datenbanken ORLIS und *kommDEMOS* durch die Nutzer selbst online recherchiert werden. 98 Prozent der Zuwenderstädte nutzen diesen Service. Weitere Angebote sind eine Datenbank, in der nach den Titeln und Standorten kommunaler Zeitschriften recherchiert werden kann (1 697 Zeitschriftennachweise), Berichte über durchgeführte Difu-Seminare und Bibliographien zu den Difu-Seminar-Themen, Vorträge und Texte von Difu-Mitarbeitern und ausgewählte Difu-Publikationen im Volltext. 47 Zuwenderstädte haben einen Pauschalzugang, so dass alle Mitarbeiter unmittelbar aus dem Verwaltungsnetz heraus auf das Difu-Extranet zugreifen können, daneben sind zur Zeit 1 126 individuelle Passwörter vergeben.
- Die Ergebnisse des Städte-Wettbewerbs MEDIA@Komm (2000–2004) sind mit 800 Webseiten und einer eigenständigen englischen Sprachversion dokumentiert. Das Projekt wurde im Jahr 2004 abgeschlossen, die Internetangebote sind daher nicht erweitert und aktualisiert worden.

- Im Internetangebot „KOMM!forum – Kommunales Forum E-Government“ werden auf 500 Seiten Dokumente, Arbeitshilfen, Praxisbeispiele, Informationen über Produkte und Unternehmen angeboten.
- Die Umweltzeitschrift „UmSicht“ ist ein spezielles Angebot mit rund 350 Internetseiten für Umweltämter und Umweltbeauftragte aus Städten, die diesen Dienst exklusiv nutzen können. Über eine Mailingliste wird regelmäßig über Neuigkeiten informiert. Die Zeitschrift wird seit Mitte 2005 über die eigene Sub-Domäne um-sicht.difu.de angeboten und um einen Bereich für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommunaler Unternehmen erweitert.

Das Internetangebot des Vereins für Kommunalwissenschaften (VfK) informiert auf rund 300 Webseiten über Ziele und Geschichte des Vereins und über das Ernst-Reuter-Haus, das nicht nur Sitz des Difu und des VfK, sondern auch des Städtetages und weiterer Institutionen ist. Der umfangreichste Teil des Informationsangebots enthält die Tagungsankündigungen und Publikationen der „Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe“. Darüber hinaus wird die am Verein neu gegründete „Arbeitsgruppe gesundheitsfördernde Gemeinde- und Stadtentwicklung (AG-GSE)“ vorgestellt.

Die Homepage der Bundestransferstelle „Soziale Stadt“ wurde 2005 weiter ausgebaut. Kontinuierlich steigende Abrufzahlen spiegeln das Interesse am Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ wider. Das Angebot eigenständiger englischer und französischer Sprachversionen wurde 2005 um zahlreiche Seiten erweitert. Ausführliche datenbankgestützte Darstellungen der bundesweiten Projekte, eine Datenbank kleinräumig orientierter Einzelprojekte, nicht nur aus Programmgebieten der Sozialen Stadt, eine frei zugängliche Literaturdatenbank, die große Online-Textsammlung und weitere Informationen sowie Diskussionsforen werden auf rund 2 700 Webseiten zur Verfügung gestellt. Die Datenbanken wurden kontinuierlich mit weiteren Einträgen gefüllt:

- Die Projektdatenbank enthält 388 Einträge und informiert über stadtteilbezogene/sozialräumliche Projekte (nicht nur aus den Programmgebieten der „Sozialen Stadt“).
- Die Literaturdatenbank wird in Kooperation mit der Produktion der ORLIS-Datenbank erstellt. Sie dokumentiert die Literatursammlung des Projekts „Soziale Stadt“ sowie die aktuelle Literatur zum gesamten Themenspektrum des Bund-Länder-Programms und enthält 1 664 Literaturnachweise, davon 269 mit Volltext.

Über Neuigkeiten aus der Programmbegleitung und den Programmgebieten werden 3 964 Abonnenten der Mailingliste „SozialeStadt-News“ regelmäßig informiert. Darüber hinaus wird eine Linkliste angeboten, die zum Jahresende rund 450 Internetlinks enthielt.

Das Projekt „Fläche im Kreis – Kreislaufwirtschaft in der städtischen/stadtregionalen Flächennutzung“ bietet auf rund 160 Seiten Informationen zum Projekt, zur Ausschreibung und Auswahl der Planspielregionen an.

Das Internetportal zur Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans wurde im Jahr 2004 neu entwickelt. Die nur mit Passwort zugängliche und mit einer differenzierten Rechteverwaltung versehene Plattform dient den an der Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans beteiligten Gremien zum Informations- und Dokumentenaustausch. Darüber hinaus wird ein öffentlich zugänglicher Bereich angeboten, dessen Inhalte zum Teil von den Arbeitsgremien selbstständig eingestellt werden können. Auf rund 540 Seiten werden Informationen aus Bund und Ländern, Termine, Neuigkeiten, Links und eine Literaturdatenbank zum Thema „Radverkehr“ für die interessierte Fachöffentlichkeit angeboten.

Zur Bundesaktion „Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ wurde das Internetangebot www.bund-bin.de entwickelt und im Mai 2005 freigeschaltet. Die Bundesaktion geht auf eine Anregung des Rates für Nachhaltige Entwicklung zurück. Über die Bundesaktion „Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ können pro Jahr etwa 20 zivilgesellschaftliche Projekte gefördert werden, die über ein Bewerbungsverfahren ausgewählt werden. Alle Informationen und die Selbstdarstellungen der geförderten Projekte sind über die Internetseite abrufbar.

Das Internetangebot zum Forschungsprojekt „Sozial-ökologische Regulation netzgebundener Infrastruktursysteme“ des Forschungsverbundes „netWORKS“ umfasst rund 100 Seiten. In deutscher und englischer Sprache wird über den Forschungsverbund, die Projektziele und -ergebnisse berichtet; Forschungsberichte werden im Volltext zum Download angeboten. Eine Linkliste mit rund 140 einschlägigen Internetadressen ergänzt das Angebot. Ergebnisse, neue Veröffentlichungen und Veranstaltungsankündigungen werden über die Mailingliste „netWORKSGroup-News“ angekündigt, die von 269 Personen abonniert wurde.

„Kommunalweb“ – das Internetportal für die kommunale Forschung und Praxis bietet mit Webkatalog, Terminkalender, Branchenbuch, einer News-Rubrik, einer Bücherecke und einer Übersicht über aktuelle Wettbewerbe den Einstieg zu kommunalrelevanten Internetangeboten. Kommunalweb umfasst derzeit 1 165 Webseiten, eine Datenbank mit über 5 800 Links auf externe Internetadressen, durchschnittlich 80 aktuelle Veranstaltungstermine, ein Branchenbuch mit 366 Einträgen, eine Newsdatenbank mit 1 409 kommunal relevanten Pressemeldungen und Hinweise auf 1 407 Bücher (davon 251 Neuerscheinungen des Jahres 2005) und aktuelle Wettbewerbe.

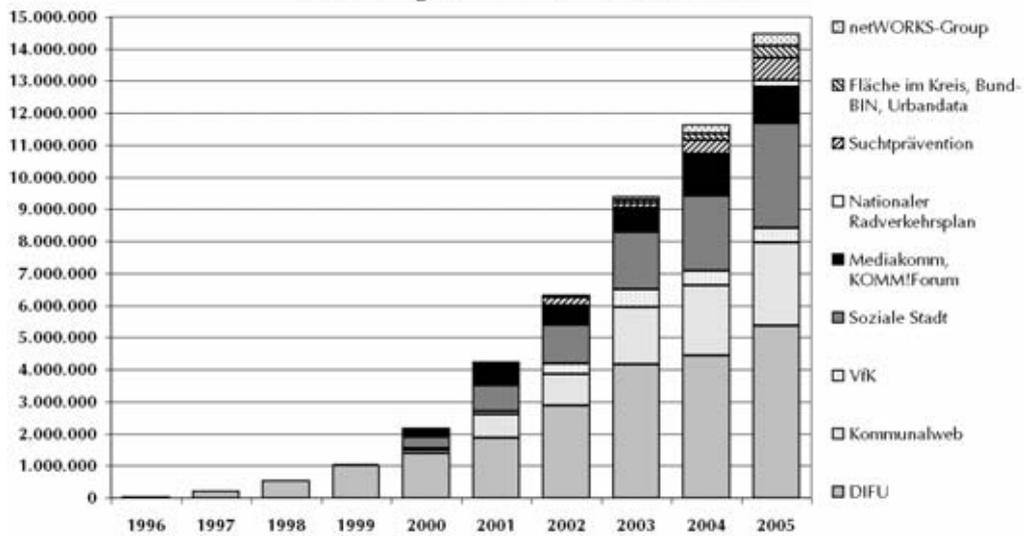
Der Wettbewerb zur kommunalen Suchtprävention wurde für die Jahre 2005/2006 unter dem Motto „Alkoholprävention vor Ort“ ein drittes Mal gestartet. Auf rund 140 Internetseiten werden Informationen zur aktuellen Wettbewerbsdurchführung angeboten. Die eingereichten Beiträge werden in einer nach verschiedenen Kriterien durchsuchbaren Datenbank dokumentiert. Darüber hinaus sind Informationen zu den ersten beiden Wettbewerben, die in den Jahren 2001/2002 und 2003/2004 durchgeführt wurden, abrufbar – die bei diesem Wettbewerb eingereichten Beiträge und die Wettbewerbsveröffentlichung sind ebenfalls dokumentiert.

Informationen zur Vereinigung URBANDATA werden auf einer international ausgerichteten Internetsite angeboten. Das Internetangebot bietet alle Informationen in einer jeweils eigenen Sprachwelt in den sieben Sprachen der beteiligten Länder.

Die Difu-Internetangebot werden von der interessierten Öffentlichkeit aus Praxis und Forschung geschätzt und erfreuen sich eines hohen Bekanntheits- und Nutzungsgrades:

- 20 000–25 000 WWW-Seiten anderer Anbieter verweisen durch einen „Link“ auf eine der o.g. Homepages (Quellen: Google, Altavista).
- Die Nutzungshäufigkeit erhöhte sich auch im Jahr 2005: Durchschnittlich wurden pro Monat durch 1 205 000 Zugriffe („Hits“) ca. 743 000 Webseiten („Pageimpressions“) aufgerufen.

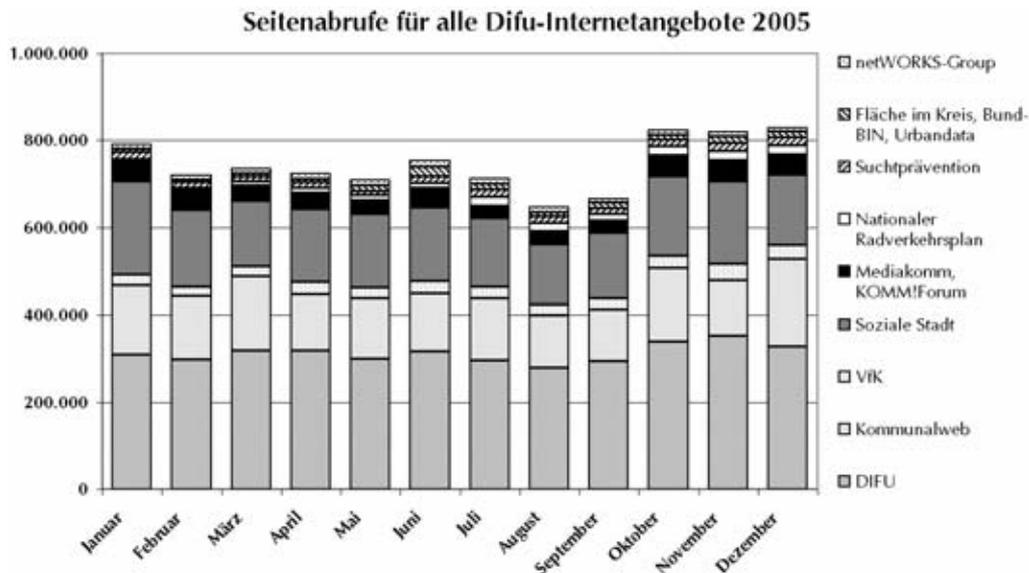
Entwicklung der Internetabrufe seit 1996



Neben den Inhalten der allgemeinen Difu-Homepage werden besonders die Internetangebote der Projekte „Soziale Stadt“ und „Kommunalweb“ nachgefragt. Innerhalb des Difu-Angebotes dominierten die elektronische Version der Difu-Berichte, Veröffentlichungshinweise, die Forschungsinformationen und die Seminarankündigungen. Im Folgenden zeigt eine Gesamtübersicht den Stand der Nutzung aller Webangebote des Difu (nur inhaltliche Seitenabrufe/Pageimpressions):

Inhaltliche Seitenabrufe 2005

	DIFU	Kommunalweb	VIK	Soziale Stadt	Nationaler Radverkehrsplan	Suchtprävention	MEDIA@Komm	KOMMIForum	Net-WORKS-Group	Fläche im Kreis	Bund-Bin.de	URBANDATA	Gesamt
Jan	308.771	157.026	24.053	214.397	5.347	15.471	22.924	24.024	12.214	5.518		2.314	792.059
Feb	296.317	144.821	21.201	176.188	5.024	13.069	30.667	14.835	10.888	4.122		2.077	719.209
März	317.382	169.134	22.214	151.478	8.492	12.625	20.992	14.271	11.736	4.348		2.474	735.146
April	316.758	128.811	28.150	166.963	10.224	13.878	18.918	19.648	12.442	4.153		2.802	722.747
Mai	298.120	137.430	25.355	169.604	10.780	10.534	16.938	14.294	12.411	4.108	6.859	2.377	708.810
Juni	316.277	131.643	27.972	168.479	11.494	14.146	28.089	17.896	15.474	4.672	15.626	2.249	754.017
Juli	295.001	142.027	25.539	157.437	21.347	15.860	15.980	12.146	12.317	3.653	8.578	2.476	712.361
Aug	278.795	120.094	24.578	137.228	18.684	15.145	13.736	15.009	12.302	3.650	4.460	1.999	645.680
Sept	293.622	118.161	25.143	149.237	15.503	14.024	14.701	13.049	10.448	3.820	5.382	2.448	665.538
Okt	339.002	165.908	28.706	182.435	19.508	14.757	35.986	13.871	9.987	4.619	5.434	2.642	822.855
Nov	351.838	126.210	36.977	190.413	21.150	19.074	31.292	16.589	10.504	5.071	6.930	2.894	818.942
Dez	327.793	197.955	32.676	161.708	19.071	18.871	27.569	20.075	9.148	5.002	5.875	2.877	828.620
Gesamt	3.739.676	1.739.220	322.564	2.025.567	166.624	177.454	277.792	195.707	139.871	52.736	59.144	29.629	8.925.984



(Plagemann, Reichel, Schumacher, stud. HK)

3.2. Datenbankprodukte und -dienstleistungen

3.2.1 Dokumentationen

- Die Serien „Graue Literatur“ und „Kommunalwissenschaftliche Dissertationen“ sind in der angekündigten Weise mit drei Ausgaben erschienen (Plagemann, Fuchs, Gräber, Walter, Schumacher).
- Im Jahr 2005 sind elf seminarbegleitende Bibliographien erstellt worden, die den Teilnehmern von Difu-Fortbildungsveranstaltungen kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Rund ein Drittel ging in den freien Verkauf. Die Seminarbegleitenden Bibliographien sind für die Zuwanderstädte des Difu nach den jeweiligen Veranstaltungen im Extranet abrufbar (Kunert-Schroth).

3.2.2 ORLIS-Datenbankprofile

Die ORLIS-Datenbankprofile informieren quartalsweise über die Neuzugänge der Literaturdatenbank ORLIS zu einzelnen Sachgebieten. Sie sollen den Nutzer kontinuierlich informieren und sind als Ergänzung zu den Datenbankrecherchen, welche den individuellen Ad-hoc-Bedarf abdecken, anzusehen.

Folgende Themen werden angeboten:

- Finanzen und Verwaltung
- Stadtplanung/Stadtentwicklung
- Umwelt
- Wirtschaft
- Wohnen
- Verkehr

2005 bezogen 85 Nutzer, überwiegend aus den Difu-Zuwenderstädten, insgesamt 334 Abonnements für gedruckte Ausgaben oder Versand per E-Mail. Aus dem Difu-Extranet wurden die Datenbankprofile im Jahr 2005 2 514 mal abgerufen.

Im Hinblick auf die Themen ergeben sich folgende Nutzungszahlen:

Themen	Abonnements der Printausgabe (4 Lieferungen/Jahr)	Einzelabrufe von Datenbankprofilen im Difu-Extranet
Umwelt	56	341
Verkehr	57	263
Stadtplanung	63	799
Verwaltung	47	508
Wirtschaft	52	355
Wohnen	59	248

(Plagemann, Albrecht, Schumacher)

3.2.3 Online-Datenbanken im Difu-Extranet und Datenbankrecherchen

Im Jahr 2005 wurden 47 Datenbankrecherchen im AB 7 durchgeführt. Davon bezogen sich zwei Drittel der Anfragen auf die ORLIS-Datenbank und ein Drittel auf die *kommDEMOS*-Datenbank (Kunert-Schroth).

Die Online-Nutzung der Datenbanken war 2005 rückläufig und pendelt sich nun über mehrere Jahre gesehen bei einem Level von ca. 2 000 Recherchen jährlich ein.

Difu-Extranet: Online-Recherchen ORLIS/*kommDEMOS*

	Gesamt- zugriffe*	<i>kommDEMOS</i> - Recherchen	ORLIS-Recher- chen	Angemeldete Benutzer**	kennwortfreie Zugänge**
2000	18.449	965	2.270	526	
2001	17.835	887	1.809	744	10
2002	17.379	933	1.845	1.088	34
2003	28.836	915	3.088	1.221	43
2004	23.682	678	2.692	1.267	48
2005	18.001	895	1.522	1.226	47

(Kunert-Schroth, Bretschneider, Plagemann, Schumacher)

3.2.4 Europäisches Datenbankportal URBADOC

Das Portal URBADOC wurde im Januar 2005 mit der Erstübernahme der Datenbanken aus fünf Ländern in Betrieb genommen. Im Laufe des Jahres erfolgten weitere Datenbankaktualisierungen.

Die Entwicklung des Portals wurde noch nicht endgültig abgeschlossen, in 2006 werden noch Funktionen, vorwiegend im Bereich der Nutzerverwaltung, ausgebaut.

URBADOC wird vorwiegend von Universitäts-Bibliotheken oder Forschungseinrichtungen abonniert, die auf diese Art ihren Nutzern einen kostenfreien und komfortablen Zugriff auf die Datenbanken ermöglichen.

URBADOC im Überblick:

Land	Produzent	Datenbank
Deutschland	Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)	ORLIS
Großbritannien	Greater London Authority, Research Library	URBALINE/ACOMPLINE
Frankreich	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ministère de l'Aménagement, du Territoire, de l'Équipement et des Transports (MATET) ▪ Institut de l'Aménagement et d'Urbanisme de la Région Ile-de-France (IAURIF) 	URBAMET
Spanien	Centro de Información y Documentación Científica (CINDOC)	URBATERR
Italien	Archinet (Zusammenschluss von Universitätsinstituten der Fachgebiete Architektur und Stadtplanung)	Docet, Bibliodata, Art-Press, Archivo Masieri
Gesamtzahl der Literaturnachweise auf URBADOC:		ca. 850 000

(Plagemann, Reichel, Schumacher)

3.2.5 Difu-Datenbanken auf IRBdirekt

Das Difu und das Fraunhofer Informationszentrum Raum und Bau (IRB) haben 2005 einen Vertrag zum Online-Vertrieb der Difu-Datenbanken durch das IRB abgeschlossen. Das IRB macht über sein Internetportal IRBdirekt die Datenbanken ORLIS und *komm-*Demos allgemein zugänglich. Die Umsetzung dieser Vereinbarung erfolgt im Jahr 2006.

Die Einbindung in das bau- und raumwissenschaftliche Datenbankportal des IRB bietet ein gutes Umfeld für beide Datenbanken und erweitert die bestehende Produktpalette (Plagemann, Schumacher).

3.3 Profildienste

Zu den exklusiv für Difu-Zuwenderstädte erarbeiteten Profildienst-Reihen wurden sieben Profildienste in insgesamt rund 1 963 Exemplaren zu folgenden Themen erstellt:

- Soziale Fragen und Kultur (2 Lfg., 345 Ex.)
- Umwelt (3 Lfg., 988 Ex.)
- Wirtschaft (2 Lfg., 630 Ex.)

Insgesamt werden die Profildienste in sieben Themenblöcken angeboten, die zurzeit in 13 erweiterte Themenbereiche untergliedert sind. Da Profildienste ein kostenloser Service sind und exklusiv für Zuwenderstädte erstellt werden, können sie auch nicht gegen Entgelt von Dritten bezogen werden ([wiss. Mitarbeiter Difu], Walter).

4. Kooperationen

- Deutscher Städtetag (DST).
Im Kontext der ORLIS-Produktion ist der Datenaustausch mit der Bibliothek des DST ein wichtiger Baustein. Die Daten werden vom Difu in aufbereiteter Form an die SEBI weitergeleitet sowie in ORLIS aufgenommen. Im Gegenzug wird die DST-Bibliothek mit ORLIS-Daten beliefert.
- Fraunhofer-Institut für Raum und Bau (IRB).
Die Kooperationsbeziehung zwischen Difu und IRB umfasst die Lieferung von

ORLIS-Daten für die IRB-Datenbank RSWB und den Vertrieb der Difu-Datenbanken durch IRBdirekt.

- Senatsbibliothek Berlin (SEBI).
Die Zusammenarbeit mit der Senatsbibliothek Berlin (SEBI) wurde gemäß dem Kooperationsvertrag zwischen Difu und der Berliner Senatsverwaltung für kulturelle Angelegenheiten fortgeführt. Die Kooperation umfasst auch den Datenaustausch zwischen SEBI (Erwerbungsdaten) und Difu (ORLIS-Daten).
- Bibliothek des Instituts für Länderkunde, Leipzig (IfL).
Das IfL beteiligt sich an der ORLIS-Datenbankproduktion. Die Bibliothek liefert kontinuierlich die Neuerwerbungen in elektronischer Form und ergänzt durch ihren geographischen Bezug die Themenpalette von ORLIS.
- Technische Universität Berlin (TUB)/Deutsches Forschungsnetz (DFN).
Die Internet-Anbindung des Difu erfolgt im DFN über das Rechenzentrum der TUB.
- URBANDATA
Die internationale Vereinigung URBANDATA hat zur Aufgabe, internationale Informationsarbeit zu fördern. Ihr Schwerpunkt liegt beim Betrieb des gemeinsamen Datenbankportals URBADOC im Internet. Prof. Mäding wurde 2004 für zwei Jahre zum Präsidenten von URBANDATA gewählt.
- Verband Deutscher Städtestatistiker (VDSt).
Die Zusammenarbeit mit dem VDSt bezieht sich im AB7 vor allem auf den Ausbau und die Nutzung von *kommDEMOS* (vgl. auch AB4, Mittag).

5. Servicefunktionen innerhalb des Difu

5.1 EDV-Planung, -Beratung und -Betreuung

Der Arbeitsbereich Information und Dokumentation betreut die gesamte EDV-Technik des Difu sowie des VfK, die zurzeit rund 150 PCs, dazugehörige Peripheriegeräte, Softwareprogramme, das interne Netzwerk und die externe Internetanbindung umfasst.

Ständige Aufgaben sind:

- Installation, Wartung und Pflege der Hardware,
- Installation, Wartung und Pflege der Software,
- Datensicherung und Virenschutz,
- Schulung, Beratung und Betreuung der Anwender,
- Administration des Difu-Netzwerks und der Internetanbindung
- Unterstützende Beratung und Betreuung digitaler Kopiertechnik.

Weiterhin werden im Arbeitsbereich die administrative Betreuung der Telekommunikations-Anlage und Wartungsarbeiten vorgenommen.

Der EDV-Lenkungsgruppe, dem arbeitsbereichsübergreifenden Beratungsgremium, wird in folgenden Bereichen zugearbeitet:

- Entwicklung und Pflege von hauseigenen Ergonomie-, Hard- und Softwarestandards,
- Weiterentwicklung der EDV-Konzeption des Difu,
- Planung und Umsetzung von Investitionsentscheidungen.

Für 2005 sind folgende Arbeitsschwerpunkte zu nennen:

- Unterstützung des Deutschen Städtetages bei der EDV-Administration am Standort Berlin (PC-Dienste und Telefonanlage).
- Umsetzung und Pflege des Sicherheitsupdate-Konzepts für das Windows-Clientbetriebsystem.

- Neuinstallation von NetWare-Servern auf der Basis von NetWare 6.5.
- IT-Unterstützung bei der Umstellung des Vertriebs auf der Basis von KHK.
- Neuinstallation der Linux-Internet-Server (Mail, WWW, Datenbanken).
- Einrichtung eines serverseitigen Spamfilters.

(Plagemann, Gietzen, Grabarse, Gröning, Schumacher).

5.2 Bibliothek

Das Sammelgebiet der Institutsbibliothek erstreckt sich auf Fachliteratur, die im Difu-Verlag bzw. im Verlag des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. (VfK) erscheint, auf Fachliteratur, die in Kooperation mit anderen Herausgebern publiziert sowie auf Literatur, die im Schriftentausch erworben wird.

Aufgrund der Kooperation mit der Senatsbibliothek Berlin (SEBI) werden viele Werke und Zeitschriften, die das Difu erhält, an die SEBI abgegeben. Damit ist die bundesweite Zugänglichkeit der Literatur für die Fachöffentlichkeit gewährleistet. Aus diesem Grund unterhält das Difu keinen eigenen umfangreichen Präsenzbestand. Die Difu-Bibliothek bestellt Literatur für die Arbeitsbereiche (Monographien, Periodika, Loseblattsammlungen) und organisiert den Zeitschriftenumlauf (rund 400 Titel) im Institut. Ein Großteil der Zeitschriften wird auch zur Erfassung von Zeitschriftenaufsätzen für ORLIS herangezogen.

Alle Veröffentlichungen mit dem Standort Difu-Bibliothek und die Literaturbestellungen aus den Arbeitsbereichen bilden die Grundlage für den elektronischen Bibliothekskatalog, der von den Mitarbeitern im Difu-Intranet eingesehen werden kann. Quartalsweise wird eine Neuerwerbungs-/Zugangsliste erstellt und den Arbeitsbereichen zur Verfügung gestellt (Gräber).

Arbeitsbereich Stadtentwicklung und Recht:

- Entwicklung, Pflege und Aktualisierung des Internetangebots für die Bundestransferstelle „Soziale Stadt“ (Reichel).

Arbeitsbereich Umwelt und Verkehr:

- Entwicklung, Pflege und Aktualisierung des Internetangebots für das Projekt „Sozial-ökologische Regulation netzgebundener Infrastruktursysteme“ des Forschungsbundes „netWORKS“ (Reichel).
- Entwicklung, Pflege und Aktualisierung des Internetangebots „Fahrradportal“ zur Umsetzung des Nationalen Radverkehrsplans (Reichel).
- Entwicklung, Pflege und Aktualisierung des Internetangebots „Fläche im Kreis“ (Reichel).
- Entwicklung, Pflege und Aktualisierung des Internetangebots „Bundesaktion Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ (Reichel).

Arbeitsbereich Köln:

- Entwicklung, Pflege und Aktualisierung der Internet-Umweltzeitschrift „UmSicht“ (Reichel).
- Mitarbeit im Projekt „Schule und Bildung im Stadtteil“ (Kunert-Schroth).

6. Projekte

6.1 Umfrage „Probleme der Stadtentwicklung und Kommunalpolitik 2004“

Im Jahr 2005 wurde die Umfrage ausgesetzt, um der Gefahr eines Rückgangs der Antwortbereitschaft des Panels entgegenzuwirken. Außerdem wurde anlässlich der Tagung der Fachkommission Stadtentwicklungsplanung des DST im Dezember in Esslingen über die künftige Fortführung der Umfrage beraten: Die Mitglieder der Fachkommission sprachen sich für eine Fortsetzung im zweijährigen Erhebungsrhythmus aus und plädierten für die Umbenennung in: „Hauptaufgaben der Stadtentwicklung und Kommunalpolitik“ (Bretschneider, Albrecht, Schumacher).

6.2 Kommunalen Wettbewerb „Alkoholprävention vor Ort“

Nach zwei Wettbewerben zum Thema „Kommunale Suchtprävention“ erhielt das Difu von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) auch den Auftrag zur Betreuung eines dritten Wettbewerbs „Alkoholprävention vor Ort“. Wie schon in den vorangegangenen Wettbewerben soll eine vollständige Präsentation aller Beiträge im Internet erfolgen (vgl. Abschnitt 3.1 „Difu-Internetangebote“). Außerdem wurde die Ausschreibung des neuen Wettbewerbs so in das Internet eingestellt, dass die Teilnahme online erfolgen konnte.

Die Bewerbungsfrist endete am 15.12.2005, bis zu diesem Zeitpunkt sind 111 Wettbewerbsbeiträge eingereicht worden. Eine am Difu gebildete Arbeitsgruppe wird nunmehr die Vorprüfung vornehmen. Die Auswahl der zu prämierenden Arbeiten wird die Jury im März treffen und dabei das Preisgeld in Höhe von insgesamt 70 000 Euro verteilen. Auch zu diesem dritten Wettbewerb in der Reihe „Kommunale Suchtprävention“ wird vom Difu ein Dokumentationsband erarbeitet. Darüber hinaus werden die Wettbewerbsbeiträge vollständig über das Internet zur Verfügung gestellt (Bretschneider, Böhme [AB 1.], Brühl [AB 5], Kaube, Kunert-Schroth, Rakete [ext.], Reichel, Trapp [AB 3]).

6.3 Tagungsbegleitende Informationsdienste auf dem Gebiet der Jugendhilfe

Für die Arbeitsgruppe „Fachtagungen Jugendhilfe“ (AGFJ) des Vereins für Kommunalwissenschaften wurden 2005 folgende Leistungen erbracht:

- Veröffentlichung einer Literaturliste Jugendhilfe 2004, die – nach Sachgebieten der Jugendhilfe geordnet – 1 350 Literaturnachweise enthält und einen Überblick über die Fachliteratur zur Jugendhilfe des Jahres 2004 gewährt.
- Erarbeitung von fünf Tagungsreadern für die Teilnehmer an den Fachtagungen des Vereins für Kommunalwissenschaften zum Themenbereich der Jugendhilfe. Die Tagungsreader enthalten die jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen, Richtlinien, Emp-

- fehlungen, ausgewählte Kommentare und Auszüge aus themenbezogener, möglichst praxisnaher und aktueller Fachliteratur.
- Erstellung von fünf Auswahlbibliographien mit Literaturnachweisen aus ORLIS für die Teilnehmer an den Fachtagungen und Workshops der Arbeitsgruppe „Fachtagungen Jugendhilfe“.
 - Zusammenstellung von fünf Auswahlbibliographien mit Literaturnachweisen aus ORLIS zu aktuellen Themen der Jugendhilfe für die Internetseite der Arbeitsgruppe „Fachtagungen Jugendhilfe“.
 - Zusammenstellung von Literaturnachweisen aus ORLIS für die sechs Tagungsdokumentationen, die von der AGFJ im Jahr 2005 veröffentlicht wurden.
 - Mitarbeit an der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung und Durchführung der Fachtagungen und Workshops der AGFJ.
 - Zusammenstellung und Beschaffung von Fachliteratur und anderen Informationsmaterialien für Büchertische zu den jeweiligen Veranstaltungen der AGFJ.
 - Führung (Beschaffung, Einarbeitung, Auswertung für die ORLIS-Datenbank und Verwaltung) der Handbibliothek des Projekts (derzeitiger Bestand 1 900 Buchtitel sowie 20 Abonnements von Fachzeitschriften).

(Rabe)

6.4 Projekt COMMIN (Promoting Spatial Development by Creating COMmon MIND scapes)

Das im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III B finanzierte Projekt COMMIN entwickelt unter Integration aller elf Staaten des Programmgebietes Ostseeraum strategische Instrumente für einen transnationalen Erfahrungsaustausch zu raumrelevanten Problemstellungen sowie für eine nachhaltige räumliche Entwicklung. Dazu gehören die Erarbeitung von Grundlagen für eine effiziente Kommunikation, die Qualifizierung von Experten sowie nationale Politikberatung. Das Difu beteiligt sich insbesondere an der Erstellung einer Website mit beschreibenden Texten und Beispielen zu räumlichen Planungs- und Entwicklungsinstrumenten aus den elf involvierten Staaten. Ziel dieser redaktionellen Arbeit ist unter anderem die transnationale sprachliche Harmonisierung der häufigsten Begriffe. Dabei kann das Difu auf Vorerfahrungen aus dem Projekt „MULETA – Multilingual and Multimedia Tool on Environment, Town and Country Planning, Building and Architecture“ (1999-2001) zurückgreifen. Im Mittelpunkt der Arbeit in diesem Jahr stand die Mitarbeit an wesentlichen Inhalten des Webportals, insbesondere dem Glossar zu Planungsbegriffen. Hier wurden auf Grundlage eigener Forschungsprojekte Begriffsdefinitionen im Bereich des Planungsrechts, des Städtebaus sowie der integrativen Stadtentwicklung erarbeitet. Des Weiteren erfolgte die Mitwirkung im nationalen Redaktionsteam. Lead-Partner des Projekts ist die Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover (ARL). (Zwicker [IL], Becker [AB 1], Bunzel [AB 1], Plagemann).

7. Weitere Aktivitäten (Auswahl)

- Mitglied des Projektbeirats der Böckler-Stiftung; Beiratssitzung zum Projekt „Aufbau eines Bürger-Panels“ (Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Projektleitung Prof. Klages), am 31.5.2005 in Düsseldorf (Bretschneider).
- Vortrag beim „Kolloquium Aufbau Ost“ des Raumwissenschaftlichen Netzwerks 4R der Leibniz-Gemeinschaft am 3.2.2005 (Bretschneider).

- Vortrag zum „Projekt Aufbau Ost“ in der TU, Institut für Stadt- und Regionalplanung, am 9.5.2005 in Berlin (Bretschneider).
- Vortrag „Suchtprävention“ zur 3. Tagung „Gesundheitsmanagement“ an der FU Berlin, am 10.11.2005 in Berlin (Bretschneider).
- Vortrag zur Difu-Befragung „Aktuelle Probleme der Stadtentwicklung und Kommunalpolitik“ bei der Fachkommission Stadtentwicklungsplanung des DST, am 24.11.2005 in Esslingen (Bretschneider).
- Arbeitstreffen der Mitglieder der Arbeitsgruppe Urbandata, 9.–11.3.2005 in Paris (Plagemann, Reichel).
- Ständiger Gast beim IT-Arbeitskreis der Leibniz-Institute, Arbeitstreffen vom 21.–22.4.2005 in Halle (Plagemann).
- TRIP-User-Meeting 2005 bei TietoEnator, Arbeitstreffen vom 29.–30.9.2005 in Frankfurt (Plagemann).
- URBANDATA-Jahresversammlung am 12.–14.10.2005 in Berlin (Plagemann, Reichel, Mäding [IL]).

8. Veröffentlichungen

8.1 Difu-Publikationen

- Hauptprobleme der Stadtentwicklung und Kommunalpolitik 2004, Difu-Materialien, 5/2005 (Bretschneider, Albrecht, Schumacher).
- Der Aufbau Ost als Gegenstand der Forschung. Untersuchungsergebnisse seit 1990. Difu-Materialien 4/2005 (Mäding, Bretschneider, Henckel, Reidenbach, Sander, Zwicker).
- Die Beteiligung an kommunalen Bürgerumfragen 1970–2004. Ein Beitrag zur Methodenforschung. Difu-Materialien 11/2005 (Bretschneider, Kaube, Schumacher).

Dokumentationsserien

- Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landesplanung, Heft 1, Juli 2005; Heft 2, Dezember 2005 (Fuchs).
- Kommunalwissenschaftliche Dissertationen, November 2005 (Gräber, Walter).

Seminarbegleitende Bibliographien

- 1/05 Zuwanderungsgesetz – neue Perspektiven für die Ausländerpolitik
- 2/05 Flächenpolitik – Naturschutz – Stadtentwicklung – Finanzen
- 3/05 Politische Steuerung, Evaluation und Qualitätsmanagement in der Stadtentwicklung
- 4/05 Kommunale Sportpolitik und Sportstättenentwicklung
- 5/05 Kommunale Ordnungsdienste
- 6/05 Gebäudemanagement für kommunale Immobilien
- 7/05 Public-Private-Partnership – Perspektiven für Bund, Länder und Kommunen
- 8/05 Demographischer Wandel – Handlungsfelder bei Bund, Ländern und Kommunen
- 9/05 Reform des kommunalen Rechnungswesens
- 10/05 Ganztagschulen – als Aufgabe kommunaler Schulpolitik
- 11/05 Wohnen in der Innenstadt

(Kunert-Schroth)

8.2 Publikationen außerhalb des Difu

Bretschneider, Michael: Leistung und Beschreibung von Datenquellen, die für die Umfrageforschung zur Verfügung stehen: Daten der Kommunen, in: ZUMA, Regionale Standards, Mannheim 2005, S. 213–224.

Bretschneider, Michael: Wo drückt den Städten der Schuh? Probleme der Stadtentwicklung und Kommunalpolitik von 1979 bis 2003. Umfrage des Deutschen Instituts für Urbanistik, in: Das Parlament Nr. 01/-02/31.1.2005.

Anhang

Allgemeines

- Kurzinformation über das Institut
- Zuwender des Difu
- Institutsausschuss

Personalia

- Personalbestand Gesamtjahr 2005 (inklusive studentische Hilfskräfte)
- Beschäftigte im Deutschen Institut für Urbanistik 2000/2005 im Vergleich
- Institutsleitung
- Redaktion
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Arbeitsbereiche
- Allgemeine Verwaltung

Abkürzungsverzeichnis

Stand: Februar 2006

Deutsches Institut für Urbanistik

Partner bei der Lösung kommunaler Aufgaben

Siedlungsentwicklung, Flächennutzung und Städtebau: Stadterneuerung, soziale Stadtentwicklung, Stadtentwicklungsplanung, Stadtentwicklung unter Schrumpfungsbedingungen, Stadtumbau, neue Stadtlandschaften, Flächenmanagement, Wirkungsforschung Städtebaurecht, Gender Mainstreaming

Wohnen: Demographie und Wohnungsmarkt, Ungleichverteilung in der Wohnraumversorgung, Lebensstile und Wohnwünsche, soziale Wohnraumförderung und Eigentumsbildung

Wirtschaft und Arbeitsmarkt: Neuorientierung kommunaler Wirtschaftspolitik, Einzelhandel, Stadtmarketing, kommunale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, Auswirkungen neuer Technologien, E-Government

Finanzpolitik: Gemeindefinanzreform, Haushaltssicherung, kommunale Anlagen- und Schuldenpolitik, neue Finanzierungsmodelle

Infrastruktur: Aufgabenwandel bei der Daseinsvorsorge, Schrumpfung und Infrastruktur, Beihilfen und Ausschreibungspflichten

Verkehr: Grundlagen der Mobilitätsentwicklung, Integration von Raum- und Verkehrsplanung in Stadt und Region, Mobilitätsmanagement und Verkehrsregulierung, Erreichbarkeit und Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum, neue Anforderungen im ÖPNV, Förderung des Radverkehrs

Umwelt: Flächeninanspruchnahme und Bodenschutz, Luftreinhaltung und Lärminderung, kommunale Konzepte für Klimaschutz und Energiesparen, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Umweltmanagementsysteme und Umweltverträglichkeitsprüfung, Lokale Agenda 21

Gesellschaft, Sozialpolitik und Gesundheitsförderung: Wachsende Ungleichheit, Segregation, Migration und Integration, Alterung der Gesellschaft, Gesundheitsförderung, Sicherheit

Bildung, Kultur und Denkmalpflege: Schule im Quartier, Kultur und Identität, Baukultur und Denkmalpflege

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) wurde 1973 auf Initiative der deutschen Städte gegründet, um Kommunalverwaltungen durch wissenschaftlich fundierte Forschung und Fortbildung die Lösung ihrer kommunalen Aufgaben zu erleichtern und längerfristige Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten für die städtische Entwicklung aufzuzeigen. Das Institut untersucht Fragestellungen der Kommunalpolitik, erforscht interdisziplinär Grundprobleme der Kommunen und erarbeitet methodische Grundlagen und Konzepte für die kommunale Planungs- und Verwaltungspraxis. In seinen Arbeitsschwerpunkten unterstützt es einzelne Städte auch bei der Lösung aktueller Probleme, soweit es sich um exemplarische Problemstellungen handelt.

Als Gemeinschaftseinrichtung von mehr als 100 Zuwendern (hauptsächlich Städten sowie Kommunalverbänden und Planungsgemeinschaften) orientiert das Difu seine Arbeit gezielt am Bedarf der Städte und bietet ihnen ein breites Spektrum von Leistungen an. Forschungsberichte, Studien, Fortbildungsseminare sowie Informations- und Dokumentationsangebote dienen der anwendungsorientierten Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse, dem Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen und der Unterstützung bei der Umsetzung von Planungszielen in kommunales Verwaltungshandeln. Die Ergeb-

Themenspektrum

Zielsetzung und
Forschungsaufgaben

nisse der forschenden Arbeitsbereiche werden von den dienstleistenden Arbeitsbereichen zielgruppengerecht aufbereitet.

Fortbildung

Berufsbegleitende Fortbildungsveranstaltungen des Instituts zu aktuellen kommunalpolitischen Themen richten sich hauptsächlich an Führungskräfte, leitende Mitarbeiter der Verwaltung sowie Mitglieder von Vertretungskörperschaften. Den Großteil der jährlich rund 20 Weiterbildungsaktivitäten stellen Berlin-Seminare. Sie werden im Ernst-Reuter-Haus in Berlin durchgeführt. Darüber hinaus führt das Institut in Zusammenarbeit mit einzelnen Städten Kurzseminare auch vor Ort durch, deren Programme auf die speziellen Bedürfnisse der jeweiligen Städte oder Regionen zugeschnitten werden. Größere Fachtagungen runden das Fortbildungsangebot des Difu ab.

Information und Dokumentation

Informations- und Dokumentationsleistungen des Instituts dienen dem interkommunalen Erfahrungsaustausch und dem Transfer von Forschungsergebnissen in die kommunale Praxis. Grundlage hierfür sind die Erstellung von Datenbanken, individuelle Datenbankrecherchen sowie die Herausgabe von Dokumentationsserien zu verschiedenen Themengebieten.

Veröffentlichungen

Das Difu gibt verschiedene Veröffentlichungsreihen heraus: „Difu-Beiträge zur Stadtforschung“, „Materialien“, „Arbeitshilfen“, „Umweltberatung für Kommunen“, „Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften“, „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“ und „Aktuelle Information“ und den Newsletter „Berichte“. Darüber hinaus bietet das Institut ein umfangreiches Informationsangebot im Internet unter www.difu.de an.

Zuwender und Träger des Instituts

In den Kreis der Zuwender des Difu können nur unmittelbare oder mittelbare Mitgliedstädte des Deutschen Städtetages sowie Mitgliedstädte des Deutschen Städte- und Gemeindebundes aufgenommen werden. Zuwenderstädte profitieren vom regelmäßigen Angebot des Instituts, das ihnen kostenlos den Bezug der Institutsveröffentlichungen sowie die Teilnahme an Seminaren und anderen Weiterbildungsveranstaltungen zu stark ermäßigten Gebühren ermöglicht.

Rechtsträger des Deutschen Instituts für Urbanistik ist der Verein für Kommunalwissenschaften e.V., dessen acht Mitglieder vom Deutschen Städtetag und vom Land Berlin, dem Sitzland des Instituts, benannt werden.

Finanzierung und personelle Situation

Zur Finanzierung des Instituts tragen derzeit die Zuwenderstädte (23%), der Verein für Kommunalwissenschaften e.V. (13%), das Land Berlin (10%) sowie der Bund (10%) bei. Hinzu kommen Eigenmittel des Instituts, beispielsweise Projektförderungen sowie Einnahmen aus Seminaren und Veröffentlichungen (44%). Nahezu zwei Drittel der im Rahmen von Dauer- und Zeitverträgen beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus allen kommunalrelevanten Fachgebieten.

Weiterführende Informationen

Weiterführende Informationen über die Institutsarbeit: Die Broschüre Leistungsprofil gibt einen Gesamtüberblick über das Institut, seine Forschungsthemen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Eine Aufstellung aller lieferbaren Difu-Publikationen befindet sich im aktuellen Veröffentlichungsverzeichnis. Einmal jährlich wird ein Seminarprogramm über die Fortbildungsangebote des Instituts herausgegeben. Vierteljährlich erscheint der Difu-Newsletter „Berichte“. Das Informationsmaterial ist kostenlos und kann bei der Pressestelle angefordert oder über das Internet herunter geladen werden.

Zuwenderstädte

Amberg
Aschaffenburg

Backnang
Bautzen
Beelitz
Berlin
Bielefeld
Bocholt
Bochum
Bonn
Bottrop
Braunschweig
Bremen

Cottbus
Cuxhaven

Darmstadt
Dortmund
Dresden
Düsseldorf

Erfurt
Erlangen
Essen
Esslingen

Falkensee
Flensburg
Forchheim
Frankfurt/M.
Friedrichshafen
Fürth

Garbsen
Gelsenkirchen
Gießen
Gotha
Göttingen

Hamburg
Hamm
Hanau
Hannover
Heidelberg
Hennigsdorf
Herne
Hildesheim

Iserlohn

Jena

Kaiserslautern
Karlsruhe
Kiel
Koblenz
Köln
Konstanz
Kronberg

Lahr
Landau
Landshut
Langenhagen
Leipzig
Lingen
Ludwigsburg
Lüdenscheid
Lünen
Lutherstadt Wittenberg

Magdeburg
Mainz
Mannheim
Marburg
Mühlhausen
Mülheim/Ruhr
München
Münster

Neubrandenburg
Neuss
Nürnberg

Offenbach
Offenburg
Oldenburg
Osnabrück

Passau
Potsdam
Prenzlau

Ravensburg
Regensburg
Reutlingen
Rheine
Rosenheim
Rüsselsheim

Saarbrücken
Schweinfurt
Stadtroda
Stendal
Stuttgart

Sulzbach-Rosenberg
Suhl

Trier
Tübingen

Unna
Viersen

Weiden
Weimar
Wiesbaden
Wiesloch
Wismar
Wolfsburg
Wuppertal

Weitere Zuwender

- **Regionalverband Ruhr**
- **Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/ Rhein-Main**
- **Region Hannover**
- **Regionale Planungsgemeinschaft Havel-land-Fläming**
- **Verband Region Stuttgart**
- **Zweckverband Großraum Braunschweig**

Zuwender 2006 insgesamt:

- 103 Städte
- fünf Verbände
- eine Planungsgemeinschaft

Institutsausschuss

Vorstand des Vereins für Kommunalwissenschaften

Dr. Stephan Articus (DST)

Vertretung: Monika Kuban (DST)

Zwei weitere Vereinsmitglieder

OB Martin Biermann (Celle)

Vertretung: OB Brigitte Russ-Scherer
(Tübingen)

Staatssekretär Klaus Teichert (Berlin)

Vertretung: OB Manfred Otto Ruge (Erfurt)

Praktikerinnen oder Praktiker

Sen. Dir.

Vertretung:

Dr. Horst-Michael Pelikahn (Hamburg)

Beigeordnete Ulrike Löhr (Düsseldorf)

Stadtrat Ullrich Sierau (Dortmund)

Vertretung: Beigeordneter Bernd Streitberger

Stadtbaurätin

Prof. Christiane Thalgot (München)

Vertretung: Dr. Roland Fleck (Nürnberg)

Dr. Manfred Wienand (DST)

Vertretung: N.N.

Stadtrat Herbert Lorenz (Ingolstadt)

Vertretung: N.N.

OB Dr. Jürgen Zieger (Esslingen)

Vertretung:

OB Gudrun Heute-Bluhm (Lörrach)

Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftler

Prof. Dr. Klaus J. Beckmann (Aachen)

Prof. Dr. Ingrid Breckner (Hamburg)

Prof. Dr. Jürgen Friedrichs (Köln)

Dr. Hans-Heinrich Lindemann (UBA, Dessau)

Prof. Dipl.-Ing. Elke Pahl-Weber (Berlin)

Prof. Dr. Christoph Reichard (Potsdam)

Prof. Dr. Gerd Schmidt-Eichstaedt (Berlin)

Prof. Dr. Horst Zimmermann (Marburg)

Drei Vertreterinnen oder Vertreter des Bundes

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen:

Min.-Dir. Dr. Wilhelm Söfker

Bundesministerium der Finanzen: Min.-Dir. Detlev Biedermann

Bundesministerium des Innern: Stephan Kohn

Institutsleiter

Prof. Dr. rer. pol. Heinrich Mäding

Vertretung: Dr. jur. Rolf-Peter Löhr

Drei Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter des Difu

Dipl.-Ing. Christa Böhme

Vertretung: Dr. Heidede Becker

Dipl.-Ing. agr. Thomas Preuß

Vertretung: N.N.

Dipl.-Volksw. Michael Reidenbach

Vertretung: Dr. Beate Hollbach-Grömig

Stand: Februar 2006

Personalbestand Gesamtjahr 2005 (inkl. stud. Hilfskräfte)

Personalstand des Difu	Wissenschaftliches Personal		Nichtwissenschaftliches Personal		Gesamtpersonal	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Mitarbeiterinnen	26	45,61	35	87,50	61	62,89
Mitarbeiter	31	54,39	5	12,50	36	37,11
Insgesamt	57		40		97*	

* Zum Stichtag 31.12.05 waren am Institut noch insgesamt 86 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (inkl. vier studentischer Hilfskräfte) beschäftigt.

Personalveränderungen 2005

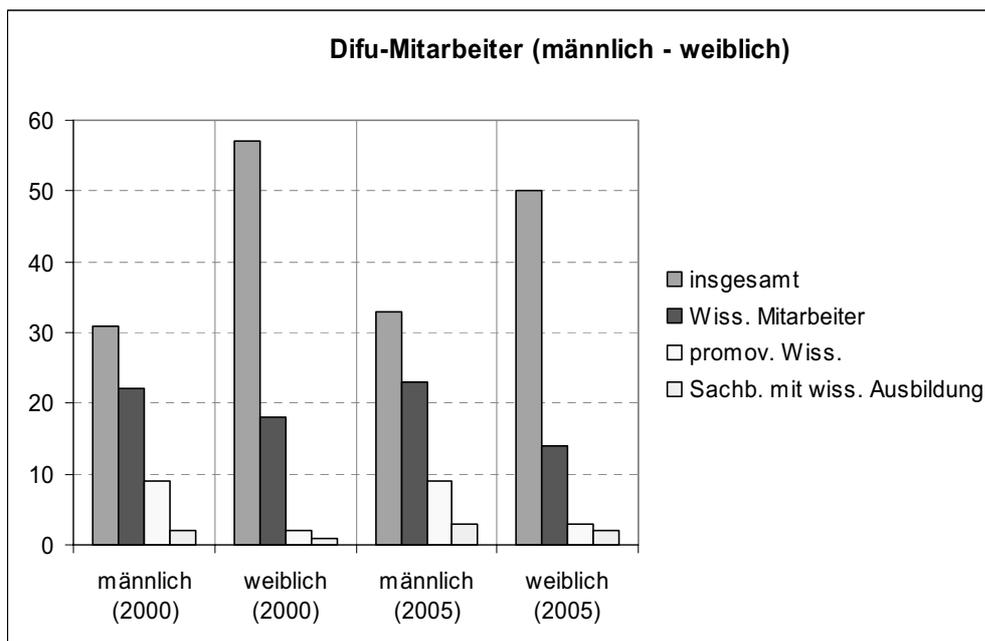
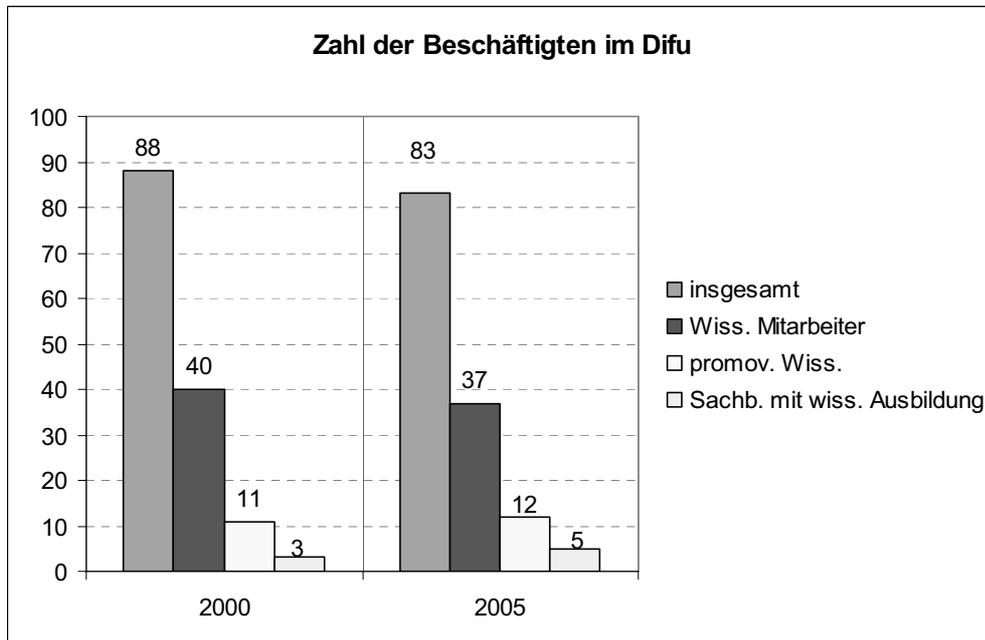
Das Difu stellte 2005 folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein:

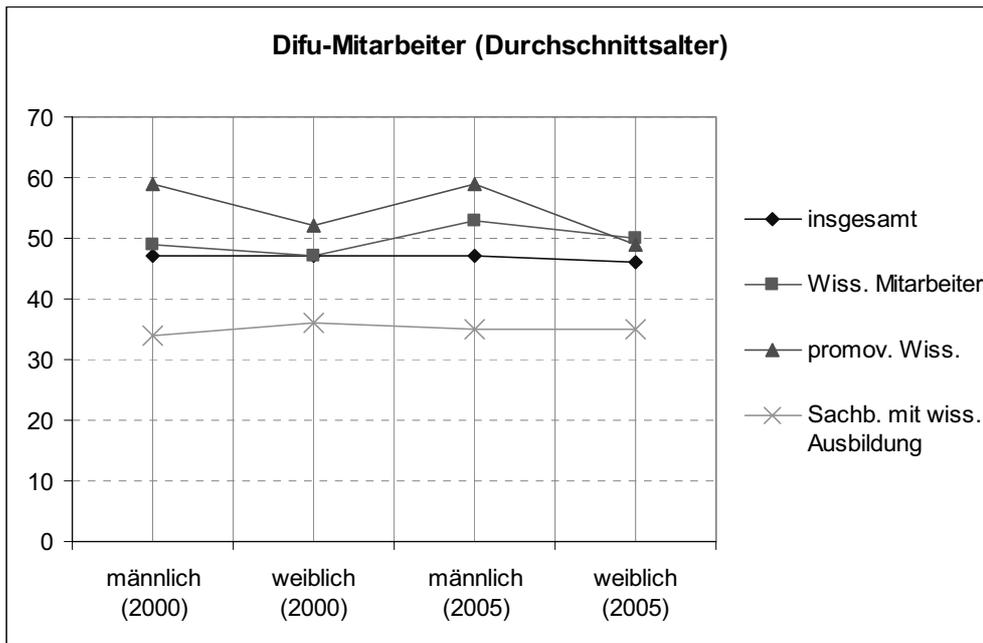
Anna Becker (wissenschaftliche studentische Hilfskraft, AB2)
Katrin Bienge (wissenschaftliche studentische Hilfskraft, AB2)
Ina Kaube (Sachbearbeiterin, AB7)
Irmgard Michels (Sekretärin, AB4)
Ricarda Pätzold (wissenschaftliche studentische Hilfskraft, AB2)
Norman Stober (wissenschaftliche studentische Hilfskraft, AB2)
Anja Zahn (wissenschaftliche studentische Hilfskraft, AB2)

Folgende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verließen 2005 das Institut:

Anna Becker (wissenschaftliche studentische Hilfskraft, AB2)
Katrin Bienge (wissenschaftliche studentische Hilfskraft, AB2)
Sönke Duhm (wissenschaftliche studentische Hilfskraft, AB3)
Claus Engbergs (wissenschaftliche studentische Hilfskraft, AB5)
Maria Hamann (Sekretärin, AB3)
Thomas Hoch (wissenschaftliche studentische Hilfskraft, AB1)
Beate Hoerkens (wissenschaftliche Mitarbeiterin, AB6)
Dr. Paul von Kodolitsch (wissenschaftlicher Mitarbeiter, AB5)
Ricarda Pätzold (wissenschaftliche studentische Hilfskraft, AB2)
Daniela Riedel (wissenschaftliche studentische Hilfskraft, AB2)
Norman Stober (wissenschaftliche studentische Hilfskraft, AB2)

**Beschäftigte im Deutschen Institut für Urbanistik 2000/2005
im Vergleich (ohne stud. Hilfskräfte, Stand: 30.6.05)**





Telefon:
030/39001-App.-Nr.

E-Mail:
vorname.name@difu.de

Institutsleitung

Institutsleiter:	Prof. Dr. rer. pol. Heinrich Mäding
Telefon:	030/39001-214
Stellvertretender Institutsleiter:	Dr. jur. Rolf-Peter Löhr
Telefon:	030/39001-220
Wissenschaftlicher Assistent des Institutsleiters	Dipl.-Verw.Wiss. Daniel Zwicker
Telefon:	030/39001-154
Sekretariat Institutsleiter:	Regina Haschke
Telefon:	030/39001-215
Telefax:	030/39001-216
Sekretariat Stellvertr. Institutsleiter:	Cathrin Kameni
Telefon:	030/39001-218
Telefax:	030/39001-128

Redaktion

Klaus-Dieter Beißwenger	Redaktion
Telefon:	030/39001-282
Dipl.-Pol. Patrick Diekelmann	Redaktion
Telefon:	030/39001-254
Organisationssekretariat, Vertrieb	Sylvia Koenig-Venker
Telefon:	030/39001-256
Telefax:	030/39001-275
Christina Blödorn	Layout
Telefon:	030/39001-188

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Leitung:	Sybille Wenke-Thiem
Telefon:	030/39001-209
Sekretariat:	Cornelia Schmidt
Telefon:	030/39001-208
Telefax:	030/39001-130

Arbeitsbereich Stadtentwicklung und Recht

Koordinator

Dr.-Ing. Arno Bunzel, Ass. jur.
App. 238

Öffentliches Bau- und Planungsrecht, Umweltrecht

Organisationssekretariat

Susanna Mayer, App. 237

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Dr.-Ing. Heidede Becker
App. 298

Städtebau, Stadterneuerung, Wohnungsbau

Dr. rer. pol. Stephanie Bock
App. 189

Stadt- und Regionalentwicklung, Gender Mainstreaming

Dipl.-Ing. Christa Böhme
App. 291

Integrative Stadtteilentwicklung, Gesundheitsförderung

Dipl.-Geogr. Thomas Franke
App. 107

Integrative Stadtteilentwicklung, Soziale Integration

Dipl.-Ing. Franciska Frölich-v.
Bodelschwingh
App. 245

Stadtentwicklung, Sozialpolitik, Raumplanung, Planungsrecht

Dr. rer. pol. Albrecht Göschel
App. 235

Stadtentwicklung

Dipl.-Geogr. Gregor Jekel
App. 190

Stadtentwicklung, Wohnungspolitik

Dipl.-Ing. Ulrike Meyer
App. 270

Stadtentwicklung, Städtebauliche Planung

Franziska Paiteris
App. 204

Sekretariat

Dipl.-Ing. Luise Preisler-Holl
App. 266

Landschafts- und Freiraumentwicklung

Dr. rer. soc. Bettina Reimann
App. 191

Stadtentwicklung, Zuwanderungspolitik

Christa Rothäusler
App. 200

Raumordnung, städtebauliche Planung, Statistik

Dipl.-Volksw.
Ulla-Kristina Schuleri-Hartje
App. 234

Zuwanderungspolitik, Altenpolitik, Sozialpolitik

Dipl.-Ing. Wolf-Christian Strauss
App. 296

Integrative Stadtteilentwicklung, Städtebauliche Planung, Planungsrecht

Telefon:
030/39001-App.-Nr.

E-Mail:
vorname.name@difu.de

Arbeitsbereichs-Fax:
030/39001-269

Telefon:
030/39001-App.-Nr.

E-Mail:
vorname.name@difu.de

Arbeitsbereichs-Fax:
030/39001-116

Arbeitsbereich Wirtschaft und Finanzen

Koordinator

Dr. rer. pol. Busso Grabow
App. 248

Kommunale Wirtschaftspolitik, Empirische
Wirtschaftsforschung, E-Government

Organisationssekretariat

Marlen Petukat, App. 202

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Dipl.-Geogr. Holger Floeting
App. 221

Innovations- und Technologiepolitik, Wirtschaft-
licher Strukturwandel, Kommunale Wirtschafts-
förderung

Barbara Geffe
App. 206

Sekretariat

Dr. rer. nat.
Beate Hollbach-Grömig
App. 293

Kommunale Wirtschaftspolitik, Stadtmarketing,
demographische Entwicklung

Dipl.-Volkswirt
Michael Reidenbach
App. 295

Finanzausgleich, Steuerpolitik, Kommunale
Investitionstätigkeit, Infrastrukturfinanzierung

Dipl.-Sozialwiss.
Antje Seidel-Schulze
App. 198

Empirische Sozialforschung, Stadtentwicklung,
Statistik

Arbeitsbereich Umwelt und Verkehr

Koordinator

Dipl.-Volkswirt Tilman Bracher
App. 260

Integrierte Siedlungs- und Verkehrsentwicklung,
Verkehrswirtschaft, Mobilität, Radverkehr

Organisationssekretariat

Doris Becker, App. 264

Organisationssekretariat und Sachbearbeitung

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Dipl.-Ing. Michael Lehmbrock
App. 252

Integrierte Siedlungs- und Verkehrsentwicklung,
Straßennutzung, Städtebau, Planung

Dipl.-Sozialök./Dipl.-Volkswirt
Jens Libbe
App. 115

Umweltmanagement, Infrastruktursysteme,
Begleitforschung und Evaluation

Dipl.-Agrar-Ing. Thomas Preuß
App. 265

Flächenmanagement, Naturschutz,
Lokale Agenda 21

Ass. jur. Manuela Rottmann
App. 299

Kommunal-, Verkehrs- und Umweltrecht

Dipl.-Soz. Jan Hendrik Trapp
App. 115

Wandel kommunaler Aufgabenwahrnehmung,
Infrastruktursysteme, Wasserwirtschaft

Roswitha Winkler-Heinrich
App. 151

Sekretariat

Telefon:
030/39001-App.-Nr.

E-Mail:
vorname.name@difu.de

Arbeitsbereichs-Fax:
030/39001-241

Telefon:
0221/340308-App.-Nr.

E-Mail:
vorname.name@difu.de

Arbeitsbereichs-Fax:
0221/340308-28

Abteilung Köln

Koordinator

Dr. phil. Werner Heinz, Dipl.-Ing.
App.10

Stadtentwicklung und Stadtmanagement
Regionale Entwicklungspolitik

Organisationssekretariat

Kamilla Vuong, App. 15

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Dr.-Ing. Dipl.-Soz. Claus-Peter Echter
App. 11

Denkmalpflege, Stadtbaugeschichte,
Wohnungspolitik

Dipl.-Ing. Vera Lorke
App. 14

Stadt- und Regionalentwicklung

Dipl.-Psych. Klaus Mittag
App. 12

Sozial-, Jugendhilfe- und Schulentwicklungs-
planung, Statistik, Umfrage- und Indikatoren-
forschung

Dipl.-Ing. Cornelia Rösler
App. 18

Kommunaler Umweltschutz,
Klimaschutz und Energieeffizienz, Umwelt-
planung

Arbeitsbereich Fortbildung

Koordinator

Dr. rer. nat. Gerd Kühn
App. 255

Einzelhandel, Kommunale Gewerbepolitik
und Wirtschaftsförderung, Städtischer
Personen- und Güterverkehr

Organisationssekretariate

Rosa Hackenberg, App. 259
Bettina Leute, App. 258

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Dipl.-Sozialwirt Hasso Brühl
App. 243

Wohnungspolitik, Stadtentwicklung,
Sozialpolitik, Kultur

Dipl.-Volksw.
Rüdiger Knipp
App. 242

Verwaltungsmodernisierung, Öffentliche
Finanzwirtschaft, Strategische Steuerung,
Facility-Management

Dipl.-Soz. Robert Sander
App. 267

Städtebau, Stadt- und Regionalplanung,
Stadterneuerung, Umwelt, demographischer
Wandel

Telefon:
030/39001-App.-Nr.

E-Mail:
vorname.name@difu.de

Arbeitsbereichs-Fax:
030/39001-268

Telefon:
030/39001-App.-Nr.

E-Mail:
vorname.name@difu.de

Arbeitsbereichs-Fax:
030/39001-160

Arbeitsbereich Information und Dokumentation

Koordinatorin

Susanne Plagemann, M.A.
App. 274
Informationsmanagement, Literaturdatenbank
ORLIS, Urbadoc, Internet, IT-Planung,
Informationsdienste

Organisationssekretariat

Beatrixe Albrecht, App. 287
Sachbearbeitung Kommunalweb, *kommDEMOS*,
Vertrieb „ORLIS-Datenbankprofile“ und
„Urbadoc“

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Dr.-Ing. Michael Bretschneider
Dipl.-Volksw.
App. 281
Umfragenachweissystem *kommDEMOS*,
Forschungsbedarfsanalysen, „Vorbildliche Strategie-
kommunaler Suchtprävention“

Dipl.-Math. Renate Christian
App. 289
Literaturdokumentation, Datenbankrecherche
ORLIS

Christel Fuchs
App. 276
Graue Literatur zur Stadt-, Regional- und Landes-
planung, Literaturdokumentation

Dipl.-Math. Norbert Gietzen
App. 158
DV-Administration Difu, Netzwerkmanagement

Dipl.-Ing. Christine Grabarse
App. 288
DV-Administration Difu, Netzwerkmanagement,
DV-Schulungen

Dipl.-Dok. (grad.) Rita Gräber
App. 279
Kommunalwissenschaftliche Dissertationen, Lite-
raturdokumentation, Bibliothek

Dipl.-Ing. Peter Gröning
App. 156
DV-Administration Difu, Netzwerkmanagement

Ina Kaube
App. 131
„Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprä-
vention“

Dipl.-Ing. Heidrun Kunert-Schroth
App. 297
Datenbankrecherche ORLIS, Seminarbegleitende
Bibliographien, Sozial- und Jugendhilfeplanung

Dipl.-Päd. Rita Rabe
App. 271
Literaturdokumentation

Doris Reichel, M.A.
App. 233
Web-Content-Management

Jörg Schumacher
App. 251
DV-Administration, Datenbankverwaltung,
Internet

Christiane Walter
App. 277
Kommunalwissenschaftliche Dissertationen,
Literaturdokumentation, Profildienste

Allgemeine Verwaltung

Leitung

Dr. jur. Rolf-Peter Löhr, App. 218/220
E-Mail: loehr@difu.de

Sachgebiet Finanzen

Dipl.-Betriebsw. (FH) Leitung
Daniela Sobczak, App. 137
E-Mail: sobczak@difu.de

Diana Bang
Stephanie Böttcher
Petra Devermann
Roswitha Thieke
Annegret Weinberg
Andreas Weindl
Synke Wenger

Sachgebiet Personal

Ingelore Damm, App. 213 Leitung
E-Mail: damm@difu.de

Brigitte Haak
Gerhard Handke
Monika Lange
Ingrid Sperling
Monika Zuchhold

Sachgebiet Zentrale Dienste

Dipl.-Pol. Verena Rösner, App. 199 Leitung
E-Mail: roesner@difu.de

Garnet Glaser
Rosina Haase
Silke Hambloch
Gisela Hirschmann
Jelto Köhler
Monika Lange
Michael Liedtke
Angelika Meller
Karsten Paetzold
Hardy Rudolph
Astrid Wagner-Hopf
Rainer Wagner
Anke Warthemann

Anmerkung: Die Übersicht beinhaltet sowohl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung des Deutschen Instituts für Urbanistik als auch der Verwaltung des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V., einschließlich der Hausverwaltung des Ernst-Reuter-Hauses und der Betreuung des Seminarzentrums.

Telefon:
030/39001-App.-Nr.

E-Mail:
vorname.name@difu.de

Arbeitsbereichs-Fax:
030/39001-100

Abkürzungsverzeichnis

AB1	Arbeitsbereich Stadtentwicklung und Recht
AB2	Arbeitsbereich Wirtschaft und Finanzen
AB3	Arbeitsbereich Umwelt und Verkehr
AB4	Abteilung Köln
AB5	Arbeitsbereich Fortbildung
AB7	Arbeitsbereich Information und Dokumentation
AG	Arbeitsgruppe
AGETHUR	Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Thüringen e.V.
AGFJ	Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe
AG-GSE	Arbeitsgruppe Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung Berlin
AiV	Architekten- und Ingenieurverein zu Berlin, Berlin
AK	Arbeitskreis
APUG	Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit
ARL	Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover
ARSU	Arbeitsgruppe für regionale Struktur- und Umweltforschung GmbH, Oldenburg
BAköV	Bundesakademie für die öffentliche Verwaltung im Bundesministerium des Innern, Berlin
BauGB	Baugesetzbuch
BBR	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn/Berlin
BCSD	Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing Deutschland e.V., Keve- laer
BDA	Bund Deutscher Architekten
BERI	Brownfield European Regeneration Initiative
BfS	Bundesamt für Strahlenschutz, Salzgitter
BID	Business Improvement District
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin/Bonn
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin/ Bonn
BMVBS	Bundesministerium für Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung, Berlin/Bonn
BMVBW	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin/ Bonn
BMWA	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Berlin/Bonn
BPPP	Bundesverband Public Private Partnership, Hamburg
BTU	Brandenburgische Technische Universität, Cottbus
Bund-BIN	Bundesaktion „Bürger initiieren Nachhaltigkeit“

BZgA	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln
CINDOC	Centro de Información y Documentación Científica, Madrid
COMMUN	Promoting Spatial Development by Creating COMMon MINdscapes
CORP	Competence Center of Urban and Regional Planning, Wien/Österreich
CS-Plan	CS Planungs- und Ingenieurgesellschaft mbH, Berlin
DASL	Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, München
DE	Dokumentationseinheiten
DfK	Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften
DFN	Deutsches Forschungsnetz
Difu	Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin
DIN	Deutsches Institut für Normung, Berlin
DST	Deutscher Städtetag, Berlin/Köln
DStGB	Deutscher Städte- und Gemeindebund, Berlin/Bonn
E&C	Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EFRE	Europäischer Fond für regionale Entwicklung
EMF	Elektromagnetische Felder
ERFA	Erfahrungsaustausch
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule
EUKN	European Urban Knowledge Network
EU	Europäische Union
Ev.-luth.	Evangelisch-lutherisch
ExWoSt	Experimenteller Wohnungs- und Städtebau
FB	Fachbereich
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn/Berlin
FGSV	Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Köln/Berlin
FH	Fachhochschule
FONA	Forschung für die Nachhaltigkeit
GdW	Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Berlin
GEFAK	Gesellschaft für angewandte Kommunalforschung mbH, Marburg
GIS	Geographisches Informationssystem
GVFG	Gemeindeverkehrs-Finanzierungsgesetz
GM	Gender Mainstreaming
H.	Heft
ha	Hektar
HAWK	Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst, Fachhochschule Hildesheim/Holzminde/Göttingen

Abkürzungen

Abkürzungen

HEGISS	Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt
HK	studentische Hilfskraft
HU	Humboldt-Universität Berlin
IAURIF	Institut de l'Aménagement et d'Urbanisme de la Région Ile-de-France
IfL	Institut für Länderkunde
IHK	Industrie- und Handelskammer
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologien
IL	Institutsleitung
ILS	Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen, Dortmund
IMS	Informationen zur modernen Stadtgeschichte
INU	Istituto Nazionale di Urbanistica, Italien
InWIS	Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung GmbH an der Ruhr-Universität Bochum
IPA	International Play Association
IRB	Informationszentrum Raum und Bau
IRS	Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Erkner
ISOE	Institut für sozial-ökologische Forschung, Frankfurt am Main
ISR	Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin
IT	Informationstechnologie
IuK	Informationsverarbeitung und Kommunikation
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung, Halle
IZA	Institut zur Zukunft der Arbeit, Bonn
IZMF	Informationszentrum Mobilfunk, Berlin
IZT	Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Berlin
KCW	Kompetenz-Center Wettbewerb, Berlin/Hamburg
KGSt	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung, Köln
kommDEMOS	Difu-Datenbank „Kommunale Demoskopie“
KOMM!Forum	Difu-Datenbank „Kommunales Forum E-Government“
KOSIS	Kommunales Statistisches Informationssystem des Verbands Deutscher Städtestatistiker, Nürnberg
KTH	Kungliga Tekniska högskolan, Stockholm/Schweden
LAG	Landesarbeitsgemeinschaft
MATET	Ministère de l'Aménagement, du Territoire, de l'Équipement et des Transports
<i>MEDIA@Komm</i>	Difu-Datenbank „Multimedia in Städten und Gemeinden“
MORO	Modellvorhaben der Raumordnung
MULETA	Multilingual and Multimedia Tool on Environment, Town and Country Planning, Building and Architecture

MUNLV	Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
NRW	Nordrhein-Westfalen
ÖGD	Öffentlicher Gesundheitsdienst
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ORLIS	Difu-Datenbank „Orts-, Regional- und Landesplanungsinformationssystem“
OSCI	Online Services Computer Interface
PGN	Planungsgruppe Nord, Kassel
PISA	Programme for International Student Assessment
PlanNet Europe	Difu-Datenbank „European Planning Law Network on Environmental Impact Assessment in Urban Planning“
PlanzV	Planzeichenverordnung
PPP	Public Private Partnership
REFINA	Forschung für die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und ein nachhaltiges Flächenmanagement
RGRE	Rat der Gemeinden und Regionen Europas, Köln
RICARDA	Regional Intellectual Capital Reporting – Development and Application of a Methodology for European Regions
RSWB	IRB Datenbank „Literaturdatenbank zum Planen und Bauen“
RWTH	Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen
SEBI	Senatsbibliothek Berlin
SGB	Sozialgesetzbuch
SMART	Site-specific Management Approach and Redevelopment Tools
sofia	Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse, Darmstadt
SPI	Sozialpädagogisches Institut Walter May, Berlin
SRL	Vereinigung der Stadt-, Regional- und Landesplaner, Berlin
STEK	Stadtentwicklungskonzept
TA	Technikfolgenabschätzung/Technology Assessment
TELLUS	Transport and Environment Alliance for Urban Sustainability
TRANSFORMES	Integration of TRANSport and urban FORM in the European region of Strasbourg
TU	Technische Universität
TUB	Technische Universität Berlin
UfK	Umweltberatung für Kommunen
UmSicht	Internet-Zeitschrift für kommunalen Umweltschutz des Difu
URBADOCS	Online-Datenbankportal der Vereinigung URBANDATA
URBALINE	Internationale Literatur-Datenbank (englisch)
URBAMET	Association des professionnels de l'urbanisme, de l'habitat et des déplacements, Frankreich

Abkürzungen

Abkürzungen

URBANDATA	Europäische Vereinigung für Forschung und Information zur Urbanistik
URBATERR	Internationale Literatur-Datenbank (spanisch)
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
UVPG	Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz
VCD	Verkehrsclub Deutschland e.V.
VDSt	Verband Deutscher Städtestatistiker, Nürnberg
VdW	Verband der Wohnungswirtschaft
VfK	Verein für Kommunalwissenschaften e.V., Berlin
VHS	Volkshochschule
vhw	Volksheimstättenwerk, Berlin
VKU	Verband kommunaler Unternehmen, Köln
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WIK	Wissenschaftliches Institut für Kommunikationsdienste, Bad Honnef
WiN	Wohnen in Nachbarschaften
WRRL	EU-Wasserrahmenrichtlinie
WRS	Wirtschaftsförderung Region Stuttgart GmbH
ZAR	Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik
ZIF	Zentrum für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung, Hildesheim/Holzwinden/Göttingen
ZUMA	Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim